

rote blätter 19

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

**HRG – Wie
geht es weiter**



**DKP-
Vorsitzender
H. Mies
über neue
Bundes-
regierung**

**Berichte aus
Portugal,
Chile, Israel**

In diesen Tagen

CHILE-SOLIDARITÄT,
VIETNAM-SOLIDARITÄT,
GRIECHENLAND...



NC-KAMPAGNE,
BAFÖG-KAMPAGNE,
HRG-KAMPAGNE...



MAN KOMMT UND KOMMT
NICHT DAZU, SICH INTEN-
SIV AUF DIE WM
VORZUBEREITEN



UND JETZT MUSS ICH HIER IN
DEN ROTEN BLÄTTERN AUCH
NOCH DEN WITZBOLD
MACHEN!



URRRGLIK!!



NAJA, ICH MUSS JETZT
GEHEN... VOLLVERSAMMLUNG
-- LEST MAL SCHÖN
WEITER



5 St 74

Sonderbeilage

2. BV-Tagung
8./9. Juni 74



Jetzt am Ball bleiben: SPARTAKUS weiter stärken!

Jetzt am Ball bleiben: Spartakus weiter stärken!

„Die Studenten müssen mitten hinein in das politische Leben unseres Landes, ihre Forderungen müssen gewissermaßen in die aktuelle politische Landschaft passen, müssen ansetzen an den brennendsten aktuellen Fragen der Klassenauseinandersetzung.“

Diese Aussage des 3. Bundeskongresses gibt eine notwendige Entwicklungsrichtung der Studentenbewegung genau richtig an – das konnte der Bundesvorstand des MSB Spartakus auf seiner 2. Tagung am 8./9. Juni feststellen. Der Brandt-Rücktritt, die neue Regierungserklärung, die Verschärfung der Inflation und der Wille der Bundesregierung, die Lasten der Krise dem werktätigen Volk aufzubürden, der Aufruf zur Solidarität aller Sozialdemokraten mit der Schmidt-Genscher-Regierung – in dieser „politischen Landschaft“ stehen die Studenten mitten drin, und das muß auch ihr Handeln bestimmen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt gibt sich nur noch wenig Mühe, Demokratie und Reformen zu versprechen. Statt dessen soll der ohnehin unzureichende Bildungsgesamtplan als finanziell unrealisierbar auf den großen Aktenhaufen gescheiterter staatsmonopolistischer Bildungsreformpläne wandern. Die bildungspolitische Aussage reiht sich bruchlos ein in ihre Gesamttendenz: Da soll die Bevölkerung ihre „Leistungserwartungen“ gegenüber dem Staat zurückschrauben, da sollen „übertriebene Forderungen“ abgewehrt werden, und dies alles, um den Großkonzernen höhere „Erträge“ und „sozialen Frieden“ geben zu können. Wenn schon die Möglichkeiten immer begrenzter werden, dieses System durch einige Reformchen oder deren Versprechen ein wenig herauszuputzen, so muß das kapitalistische Profitsystem dreist und offen gerechtfertigt werden: Für höhere Löhne brauchen wir Wirtschaftswachstum. Für Wirtschaftswachstum brauchen wir mehr Investitionen. Für mehr Investitionen brauchen die Unternehmer mehr „Erträge“. Also: Wer höhere Löhne will, muß erst einmal für höhere Gewinne, also niedrigere Löhne sein.

Da zeigt sich, wie er es machen will: Lohnforderungen stoppen, Preise steigen lassen, Reformervwartungen der Bevölkerung zurückschrauben, den Gewinnerwartungen der Monopole gerecht werden. Fazit: „Uns geht es gut“ (Schmidt).

Was sind die Schlußfolgerungen für uns?

Die sozialen Interessen der Bevölkerung und ebenso der Studenten werden noch weniger als bisher berücksichtigt – und schon jetzt müssen zahlreiche Arbeiter Reallohneinbußen hinnehmen! Also müssen wir, gemeinsam mit der gesamten werktätigen Bevölkerung, mit den Gewerkschaften den Kampf gegen Preistreiberei, für Verstaatlichung und demokratische Kontrolle, insbesondere der Erdölgiganten, verstärken. Dies ist die politische Landschaft, in die die Forderung nach sofortiger BAFÖG-Erhöhung, nach Rücknahme der Darlehnsregelung paßt, ebenso wie die nach mehr Geld für die Bildung, die Absicherung einer qualifizierten Ausbildung, weniger Geld für die Rüstung und die Konzernprofite!

Von den Herrschenden unseres Landes geht Unsicherheit aus. Unsicherheit, ob man sein Studium einigermaßen geregelt zu Ende führen kann, ob einem nicht fehlendes Geld oder eine neue Studienordnung einen Strich durch die Rechnung macht. Unsicherheit sollen die Berufsverbote verbreiten. Werden die Kräfte der Reaktion das politische Klima in unserem Land weiter verschärfen, und was sollen wir dagegen tun? Manche meinen, nun wäre es besser, das Studium schnell durchzuziehen, im Beruf könne man ja wieder politisch aktiv werden. Sie denken: Ich muß erst mal leise treten, sonst werde ich wieder rausgeschmissen, bei der Stellenknappheit.

Andere meinen, daß bei aller Kritik an diesem System außerhalb der herrschenden Parteien sowieso nichts zu machen ist, daß man durch Diskussion und Aufklärung in der SPD doch vielleicht mal etwas ändert am Charakter dieser Partei.

Die andere Möglichkeit ist: seine Haltung in Kampf umzusetzen, nicht erst morgen, und nicht in reine Aufklärungsversuche, sondern jetzt im Kampf um die dringende Lösung der drängendsten Probleme. Das ist der Weg, den der 3. Bundeskongreß des MSB gezeigt hat. Diesen Weg der „revolutionären Tagespolitik“, des erfolgreichen Kampfes, schlägt der MSB Spartakus den Studenten vor.

Der 3. Bundeskongreß hat dafür ein konkretes Programm entwickelt. Jetzt kommt es darauf an, an den unmittelbaren Problemen der Studenten, den Mensapreisen, Wohnheimmieten, dem Vorlesungsangebot etc., deutlich zu machen, daß etwas verändert werden kann. In den Aktionsformen, im Gespür für die Probleme können wir hier eine Menge von der Arbeiterjugend, der SDAJ, lernen.

Jetzt brauchen die Studenten durchdachte Vorschläge, was zu tun ist zur Verbesserung ihrer Lage, wie man es anpacken muß. Weg und Ziel müssen überzeugend dargestellt werden. Viele Studenten wollen auch eine Antwort, die über die kurzfristige Massenbewegungen hinausgeht, weil sie eine reale Alternative zu diesem System wollen und auch bereit sind, dafür zu kämpfen, wenn sie wissen, daß ihr Engagement Erfolg haben wird.

Das Studentenaktionsprogramm des Spartakus stellt diesen Zusammenhang von „revolutionärer Tagespolitik“ und anti-monopolistischem Kampf ganz konkret her. Kurz: die Studenten brauchen die Initiative, die Ideen, die Aktivität, den Kampfgeist des MSB Spartakus. Das haben auch die Aktionen gegen das HRG bestätigt.

Jetzt gilt es, den Spartakus weiter zu stärken. Wer sofort etwas tun will und wissen will, wie es weitergeht, der muß organisiert kämpfen, der gehört in den MSB Spartakus.

	Thema	Titel
4	Briefe	
6	Nachrichten	
10	Gastkommentar	Franz Xaver Kroetz: Laßt den Tetzlaff sterben!
11		Wie geht es weiter in der Bundesrepublik? Interview mit Herbert Mies
15	Kolumne	Mathias Dohmen: Fatale Kontinuität
16		HRG: Sofortforderungen weiter auf der Tagesordnung
18		30. Juni: Demonstrationen überall
20		Komsomol-Kongreß Moskau
21		4. SDAJ-Kongreß: Sofortforderungen der Jugend verabschiedet
22	Internationales	Frankreich: Das Krähen des gallischen Hahns von Jürgen Büscher
23		Israel: Israels Jugend zwischen Realismus und Illusion von Hans Lebrecht, Tel Aviv

	Thema	Titel
26		Portugal: Bericht aus Lissabon von E.-O. Schwabe
28		Chile: Neue Zeugnisse des Terrors
		Hutzelfeldt: Ins Armenviertel
31		Erlebnisse bei der Wohnungssuche berichtet von R. Bruns
34	Theorie	Sir Popper und der RCDS von Michael Wilmes
38	Kolumne	Bleibt uns Hitler nicht erspart? von W. Beutin
40	rb Musik	Rausgeschmissener Sozialdemokrat Volksfrontanhänger ... Interview mit F. J. Degenhardt
42		Bayrisch Blues, Neue Folklore von Peter Jakobi vorgestellt von Ulrich Maske
44	rb Buch	Ferienbüchertips
47	rb Film	Filmbesprechungen: Serpico, Supermarkt, Harold and Maude
48	Sport	Stefan Siegert: Interview mit Netzer
50		„Uns Uwe“ zur WM

rote blätter

Studentenmagazin
Organ des
Marxistischen Studentenbundes
SPARTAKUS
53 Poppelsdorfer Allee 58a
Tel. 0 22 21 / 63 12 02 / 03

Postadresse:
MSB SPARTAKUS Bundesvorstand
53 Bonn, Postfach

Herausgeber
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS

Verantwortlich
Franz Hutzelfeldt

Gestaltung
Friederike Görke

Fotos/Karikaturen Taroni, Scholz,
Rose, Polydor-Bild, Siegert

Druck Plambeck & Co Druck und
Verlag GmbH
404 Neuss, Xantener Straße 7

Auflage
25 000

Preis
1,— DM

Erhältlich bei jedem SPARTAKUS-Büchertisch oder beim MSB SPARTAKUS-Bundesvorstand Bonn

Namentlich gekennzeichnete Artikel können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Dieser Ausgabe liegt als Sonderbeilage das unkorrigierte Manuskript der 2. Bundesvorstandssitzung des MSB SPARTAKUS bei

Wir empfehlen allen Lesern die Beilage der Deutschen Volkszeitung

briefe

Zu dem Artikel von Marianne Friedberg, „Freiheit und Unfreiheit im Sozialismus“, rote blätter Nr. 18, erreichte uns folgender Leserbrief:

In dem Artikel „Freiheit und Unfreiheit im Sozialismus“ von Marianne Friedberg (RB 18) wird die These aufgestellt: „Erst wenn diese (sozialistische) Gesellschaft nicht mehr einer hochgerüsteten imperialistischen gegenübersteht, kann ein umfassender Prozeß des Absterbens des Staates einsetzen, verschwinden immer mehr Organe, deren Aufgabe es war, Macht über Menschen auszuüben.“ (S. 40) Mit anderen Worten: Der Prozeß des Absterbens des Staates kann erst dann einsetzen, wenn sich die Arbeiterklasse international gegen den Imperialismus durchgesetzt hat, es keinen Imperialismus mehr gibt. In dieser Intention kann diese Aussage nicht richtig sein. Klar ist zunächst, daß das endgültige Absterben des Staates erst unter der genannten Bedingung möglich ist. Die sozialistische Staatsmacht kann jedoch nicht losgelöst von der Entwicklung der sozialistischen Demokratie betrachtet werden. Der Prozeß ihrer Verwirklichung läuft darauf hinaus, den Staat immer mehr zu einem Organ der gesamten Gesellschaft zu machen, d. h. tendenziell die ge-

samte Gesellschaft in die Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten in öffentliche Funktionen einzubeziehen. Gleichzeitig wandeln sich mit Entwicklung der sozialistischen Demokratie die Funktionen des Staates: standen in der Aufbauphase die repressiven, gegen die Rudimente alter Ausbeuterklassen gerichteten Funktionen im Vordergrund, so bilden mit zunehmender Entwicklung des Sozialismus die wirtschaftlich-organisatorischen neben den kulturell-erzieherischen Aufgaben die Hauptfunktionen des sozialistischen Staates. Der Prozeß des Absterbens des Staates setzt also bereits in der Phase des Sozialismus auch unter dem Fortbestehen des Imperialismus ein. Der Staat nimmt zunehmend gesellschaftlichen Charakter an, bzw. wird durch andere gesellschaftliche Organe ersetzt, innergesellschaftliche Repressionen verlieren an Bedeutung. Die Praxis des Aufbaus des Sozialismus/Kommunismus in der Sowjetunion und z. B. in der DDR beweisen das.

Volker Riechey
Uni Hamburg (WiWi)



Ein Problem für ein Studentenmagazin mit seinen sehr begrenzten finanziellen Mitteln bleibt immer die Aktualität, da der Redaktionsschluß sehr früh liegt.

Trotz neuem Format, guter Gliederung und guten Beiträgen der roten Blätter 17 eine Kritik: Wir bekamen die Hefte ca. 1 Woche vor dem ersten Mai, der in dieser Zeit auch Schwerpunkt unserer Politik war — aber nichts dazu in den roten blättern 17! Das Titelblatt hatte auch zum 1. Mai sein müssen! Das hat den Verkauf erschwert und uns noch einmal eine alte Kritik aufgreifen lassen: Macht die roten blätter aktueller! Zu unserer Freude und der aller Leser.

Peter Grabe, Hamburg

rote blätter 18 — S. 46 Entlarvende Realität kapitalistischen Strafvollzugs von K. P. Zyweck

... Ich finde es sehr wichtig, daß in den roten blättern auch Buchbesprechungen aus bürgerlichen Verlagen veröffentlicht werden. Das muß sogar noch sehr viel intensiver geschehen. Auch die Besprechung des Buches von Driest scheint mir die entscheidenden Fragen zu treffen. Vor allem weiß der Leser hinterher, warum es geht.

Allerdings mit einer Einschränkung. Wenn im Artikel mit Recht die „auf billige Wirkung auf den Leser bedachten Szenen des Gefangenlebens, z. B. die Sexualität“ kritisiert werden, entsteht doch genau der Verdacht einer ebenso „billigen Wirkungs“ mache, wenn dieselben Szenen über weite Zeilen wortgetreu zitiert werden. Und zwar, ohne daß sie zum Verständnis der Buchbesprechung auch nur ein I-Tüpfelchen beigetragen hätten. Die war auch so klar.

Klaus Fiedler, Frankfurt

Schreibt mehr Leserbriefe!

Zwar gibt es in diesem Semester Leserbriefe wie nie zuvor. Aber immer noch zuwenig. Denn eine Zeitung, vor allem aber ein Studentenmagazin, das auch die Fragen und Probleme der Studenten aufgreift, braucht die Meinung des Lesers, braucht seine Kritik.

Solche Leserbriefe brauchen keine großen Riesen zu sein! Kurze viertelseitige Stellungnahmen reichen voll. Außerdem brauchen wir immer jede Menge an Vorschlägen, was in die roten blätter hineingehört, was Ihr für die roten blätter vorschlagt!

Noch einmal für alle unsere Adresse:

rote blätter
MSB Spartakus
Bundesvorstand
53 Bonn, Postfach

In vielen Seminaren und Vorlesungen wurde der Inflationsartikel von Gerd Hautsch aus der Ausgabe 17 der roten blätter diskutiert. Aber nicht nur dort, wie dieser Leserbrief zeigt:

In einer Buchhandlung sah ich Eure Zeitung, kaufte die Aprilausgabe und fand Informatives vor allem in „Inflation“ von Gerd Hautsch.

Keine Tageszeitung stellt Ursache und Wirkung dieser Seuche so dar. Hautsch erschöpft sich nicht in Kritik, er zeigt Wege und Maßnahmen, um die Inflation zu mindern.

Hätte ich Geld, ich gäbe es Euch für den Druck dieses Artikels und seine Verbreitung. Nur wenige Bürger in diesem Lande kennen diese Zusammenhänge, diesen Betrug, dessen Kenntnis einen zwingen sollte, immer wieder in Leserbriefen und Zuschriften an Bundestagsabgeordnete sich zu wehren.

Was wissen die Bürger, wie die Preise „gemacht“ werden und wer sie „macht“? Viel Falsches, und sie werden in diesem falschen Wissen täglich bestärkt durch Presse, Rundfunk, Fernsehen. Darum bitte ich Euch hinzuweisen auf die „Inflations- und Preismacher“, in einfacher, verständlicher Form, je öfter, je besser! Einen Widerspruch sehe ich in den Ausführungen von G. Hautsch: Unter 3. nennt er einen Inflationsherd die permanenten Außenwirtschaftsüberschüsse, um auf S. 44, 1. Absatz, „die Ausweitung aller Möglichkeiten für die Ausweitung des Handels mit den sozialistischen Ländern“ zu fordern.

Wohlverstanden, ich bin für diese Ausweitung. Je stärker die Verflechtung zu Osteuropa, seiner Wirtschaft und seinen Menschen, um so größer meine Hoffnung, daß die hier verbreitete Selbstüberschätzung und Überheblichkeit abnimmt und realistischere, gesündere Ansichten Platz greifen.

Ungenau finde ich auch die Gegenüberstellung der horrenden Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt zum viel zu geringen Etat für Bildung, gerechterweise müssen auch die Ausgaben für Bildung in den Ländern erwähnt werden.

Wenn die hier von „Europa“ sprechen, meinen sie die „EWG“. Den größeren Teil unseres Kontinentes nennen sie mit abwertendem Unterton: der Osten, der Ostblock, die Warschauer Paktstaaten.

Dieser Osten aber ist der flächenmäßig größere Teil Europas; er besitzt auch mehr Einwohner und hat die größeren Ressourcen. Hinter dieser Verfälschung steckt System, und die Wirkung ist feststellbar, viele Bürger sind geneigt, dieses „Kleineuropa“ fälschlich für Europa zu halten.

Man sollte diesen Gernegroßen in Erinnerung rufen: Hochmut kommt vor dem Fall!

Franz Dahnes, Köln

rote blätter 18

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS



rb intern

Am Freitagabend, dem 24. Mai, erreichte den Bundesvorstand des MSB Spartakus eine einstweilige Verfügung, beantragt vom RCDS Bonn. Sie richtete sich offenbar gegen verschiedene Fakten, die in den roten blättern 18 in einer Dokumentation über den RCDS veröffentlicht worden waren. Allerdings wurden die roten blätter selbst in der Verfügung mit keinem Wort erwähnt. Als uns die Verfügung erreichte, waren in fast allen Städten die roten blätter 18 längst ausverkauft. Denn der RCDS-Artikel hatte wie eine Bombe eingeschlagen.

Die unbestechliche Beweisführung der roten blätter war offenbar auch der Grund, daß der RCDS-Bundesvorstand selber vor einer politischen oder auch juristischen Auseinandersetzung zurückschreckte, obwohl ihm viele Fakten direkt betrafen, und eine Gruppe vor-schickte.

Denn weder dem RCDS-Bundesvorstand noch einer einzel-

nen Gruppe ist es bislang gelungen, auch nur einen in den roten blättern aufgeführten Fakt in irgendeiner Weise zu entkräften.

Im Gegenteil: Die tägliche Praxis dieses CDU/CSU-Studentenverbandes liefert geradezu täglich neue Beispiele dafür, daß er seine Aufgabe als Ordnungsfaktor der Herrschenden in unserem Lande mit Bravour und ganz im Sinn von Großkapital und Reaktion erfüllt. So verprügelten in München RCDS-Schlägertrupps Studenten, die sich an einem Vorlesungsboykott beteiligen wollten.

An einem Ort prügelt dieser Verband, am anderen bemüht er die Gerichte. Das Ziel ist stets dasselbe: Den politischen Gegner ohne die offene politische Auseinandersetzung mit administrativen Maßnahmen oder sogar — wie in München — mit den Mitteln des Terrors zum Schweigen zu bringen.

Diese einstweilige Verfügung

ist lediglich bis zur mündlichen Verhandlung rechtsgültig. Der Vorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehnendorff, hat gegen die Verfügung Einspruch erhoben. Bei Redaktionsschluß hatte die Verhandlung noch nicht stattgefunden.

Eines läßt sich schon jetzt sagen: Diese einstweilige Verfügung war ein Schuß ins eigene Ofenrohr. Sie hat nur dazu beigetragen, daß noch mehr Studenten Klarheit über die Politik des RCDS gewonnen haben. In Hamburg, Münster und vielen anderen Städten wurden die Kommilitonen durch Wandzeitungen und Flugblätter vom RCDS-Versuch informiert, die freie Auseinandersetzung von politischer Meinung zu verhindern, die Veröffentlichung von Dokumenten zu unterdrücken, die den RCDS schwer belasten.

Schon vor der mündlichen Verhandlung, in der ja erst die eigentliche Entscheidung gefällt wird, hat das Gericht einige Anträge des RCDS zurückgewiesen. Auf Grund dieser ersten Gerichtsentscheidung können und werden wir weiter behaupten:

„Mit seiner Dokumentation (Eine Untersuchung der Haushaltspläne Deutscher Studentenschaften) bereite der RCDS Eingriffe der Regierung in die Finanzhoheit der ASten vor und leiste damit weitere Hilfe zur Schwächung der ASten und Fachschaften.“

„Der RCDS stehe nicht auf der Seite der Studenten. Er vertrete nicht ihre Interessen. Er stehe auf der anderen Seite, auf der Seite des Großkapitals.“

Daneben gibt es eine ganze Reihe von Punkten, gegen die der RCDS in Anbetracht unseres Beweismaterials eine einstweilige Verfügung gar nicht mehr zu beantragen versuchte. So unter anderem bei folgenden Punkten, um nur einige Beispiele zu nennen:

1. Die 25. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz in Münster Ende März ließ einen weiteren Ruck nach rechtsausen im RCDS sichtbar werden.
2. Für einen ordentlich geführten Wahlkampf veranschlagt der RCDS weit über 5000 DM.
3. Zur Intensivierung der Zahlungen (durch Großunternehmen) werden regelmäßig Mahnbriefe an die großen Firmen geschickt.
4. Finanziell abgesichert kann der RCDS seinen Angriff auf die Studentenbewegung führen.
5. Der RCDS legt seine Wahlkampfserie nach der

Parole an: Häufige Wiederholungen machen Lügen glaubhaft.

6. Der RCDS versucht, fortschrittliche Gruppen und ihre Anhänger mit allen Mitteln auszuschalten.
7. Wird ein Berufsverbot nicht umgehend ausgesprochen, dann setzt der RCDS seine Propagandamaschine in Kraft.
8. Der vom RCDS geforderte Wissenschaftspluralismus findet nicht statt. Der RCDS zieht es vor, den politischen Gegner, z. B. den marxistischen Wissenschaftler, mit Hilfe des Berufsverbotes zu erledigen.
9. Fortschrittliche Dozenten sind von den Spitzelaktionen des RCDS bedroht.
10. Der RCDS fordert die Einrichtung von Sondergerichten für studentische Störer.
11. Durch die Verbreitung von Angst soll die (dem RCDS) unbequeme politische Aktivität eingeschränkt werden.
12. Durch eine bundesweite Gerichtskampagne mit der NHB-Parole „klagt den VDS kaputt“, versucht der RCDS, den ASten und dem VDS die finanzielle Grundlage zu entziehen.
13. Durch eine zentral organisierte Kampagne einstweiliger Anordnungen und Prozesse versucht der RCDS, ASten, Fachschaften und VDS das politische Mandat zu nehmen und die studentischen Organe an diesem wichtigen Punkt zu treffen und zu schwächen.
14. Das RCDS-Sozialprogramm ist kein Programm, das real durchgesetzt werden soll. Das weiß der RCDS selbst. Dieses Programm hat zwei Funktionen: Einmal soll es den RCDS sozial profilieren. Zum anderen — und das ist entscheidend — soll es die Studenten von der Aktion abhalten. Darum fehlt dem Programm jeder Aktionsvorschlag.
15. Daß der RCDS seinen Protest gegen Rechtsradikale nur als Schutzbehauptung hinzufügt, um in Wirklichkeit die Demokraten zu treffen, das hat bei diesem Studentenverband schon eine lange Tradition.
16. Offenbar sind Dementis von RCDS-Funktionären ohne jeden Wert.

Bei allen diesen Aussagen hat der RCDS von vorneherein die Aussichtslosigkeit einer Auseinandersetzung selbst vor bürgerlichen Gerichten erkannt und auf eine Verfügung verzichtet.

Chile-Solidarität: Spartakisten backen Kuchen

„Die materielle und politische Solidarität mit Chile, das muß der Schwerpunkt unserer Internationalismusarbeit im Sommersemester sein.“ So haben wir es im Arbeitsplan des MSB Spartakus/PH-Heidelberg formuliert. Wir hatten uns das Ziel gesteckt, 400,— DM für Chile zu sammeln.

Am 7. Mai veranstalteten wir unseren Chile-Aktionstag, der als Auftakt unserer Seminar-sammlung galt. In der Vorhalle der PH bauten wir einen großen Stand auf. Lieder der chilenischen Gruppe Quilapayun wurden abgespielt. Auf vier Stellwänden dokumentierten wir den antifaschistischen Widerstandskampf in Chile.

Neben dem Verkauf der Chile-Schwarzbücher und Solidaritätsplakate führten wir einen Basar durch. Alte Bücher, Asterix-Hefte, Schmuckgegenstände, Haushaltgeräte, Schuhe, Kleidungsstücke, alles war vertreten. Größte Attraktion des Aktionstages war der Kuchenverkauf. Hier standen die Studenten oft dicht gedrängt. Viele von ihnen bezahlten 2,— DM für ein Stück Kuchen.



Der Erfolg des Aktionstages übertraf alle unsere Erwartungen. Sieben Chile-Schwarzbücher wurden verkauft. Ein Fernseher, den ein Spartakist aus unserer Gruppe repariert hatte, brachte 70,— DM für Chile ein. Sechs Kuchen wurden restlos aufgegessen. Insgesamt konnten wir an diesem Tag 375,— DM für Chile einnehmen. In Seminaren sammelten wir nochmals ungefähr 150,—, so daß wir inzwischen mehr als 525,— DM eingenommen haben. Unser Ziel, im Sommersemester 400,— DM für Chile zu sammeln, haben wir also bei weitem übererfüllt. Der Erfolg der Chile-Aktion ist uns Ansporn dafür, die Solidarität mit dem chilenischen Volk noch zu verstärken. Und das ist dringend notwendig, angesichts des bevorstehenden Terrorprozesses gegen Luis Corvalán und andere chilenische Demokraten.

nachrichten

7 Tage Arrest für Teilnahme an DGB- Kundgebung

Ein Kanonier der 4. Kompanie des 65. Panzerartillerie-Bataillons in Stadt-Allendorf (Hessen) wurde zu sieben Tagen Disziplinararrest verurteilt, weil er „trotz wiederholter Belehrung durch den Batteriechef während einer Mai-Kundgebung in Uniform in einer Gruppe von Soldaten marschiert“ ist. Der Kanonier war einer von insgesamt 23 Bundeswehrsoldaten, die in Uniform an der zentralen Mai-Kundgebung des DGB in Wetzlar teilgenommen hatten. Der Kommandant der Wetzlarer Bundeswehrkaserne hatte versucht, die teilnehmenden Soldaten durch die Polizei festnehmen zu lassen, was die Polizei jedoch mangels gesetzlicher Grundlage ablehnte. Auch der Versuch, die Soldaten nach der Kundgebung durch Feldjäger einfangen zu lassen, war mißlungen.

Bayern: 30 000 Bauarbeiter von Kündigung bedroht

Weitere 30 000 Bauarbeiter in Bayern müssen bis Ende Juni 1974 mit ihrer Entlassung rechnen. 60 000 Beschäftigte der bayerischen Bauwirtschaft wurden bereits seit Mitte des letzten Jahres arbeitslos. Dies teilte der Vorsitzende des Landesverbandes bayrischer Bauinnungen, Elchbauer, vor der Presse in München mit. Die Bauindustrie dieses Bundeslandes hat bis Mitte des Jahres somit rund ein Drittel ihrer bisherigen Kapazität und ihrer Arbeitskräfte verloren.

Spartakus und SDAJ verleihen Dohnanyi „Goldenen Lenker“

Wegen außerordentlicher Verdienste als Radfahrer der Konzerne gegen die Interessen der Arbeiterjugend und der Studenten wurde dem damaligen Bundesminister v. Dohnanyi der „Goldene Lenker“ überreicht. Ort des Festaktes war der Stuttgarter Killesberg. Den feierlichen Rahmen bildete der Berufsbildungskongreß des Friseurhandwerks. Die Verleihung wurde von Vertretern der SDAJ und des MSB Spartakus (Ortsvorsitzende H. Maidl und MSB-BV-Mitglied H. Schweer) vorgenommen. Auf einem roten Kissen gebettet konnte der „Goldene Lenker“ zusammen mit einer Urkunde dem Minister höchstpersönlich überreicht werden.

Der adelige Herr von Dohnanyi wurde damit in den Kreis jener Ordensträger des „Roten Kuckuck“ aufgenommen, die wie Schleyer (Daimler-Benz) und Rüstungsminister Leber sich für besondere Verdienste um „antidemokratische Lehrinhalte, Unternehmerwillkür, Militarismus und gegen Mitbestimmung und fortschrittliche Ausbildung“ verdient gemacht haben.

Die Ordensverleihung wurde durch einen Beitrag eines SDAJ-Genossen eingeleitet. Es wurde festgestellt, daß weder

CDU-Regierungen noch die jetzige SPD/FDP-Regierung Schritte unternommen hätten, ein Berufsausbildungsgesetz zu schaffen, das den Lehrlingen das Recht auf qualifizierte Arbeit garantiert.

Als der Genosse den Minister aufforderte, wie er es mit der Gewerkschaftsforderung nach Mitbestimmung der Auszubildenden hielte, kam es zu Tumulten. Einige anwesende Gäste des Friseurhandwerks nahmen die Aufforderung der rheinland-pfälzischen Staatssekretärin für Bildung, Dr. Hanna Laurien von der CDU — sichtlich neidisch auf den Orden —, zu wörtlich, die Vertreter des MSB und der SDAJ aus dem Saal herauszukatapultierten. Handgreiflich mit Bodenschlag wurde der SDAJ-Landesvorsitzende Manfred Zachmann daran gehindert, die Sachlage richtigzustellen. Von der demagogischen Rede der CDU-Vertreterin aufgeputscht, nahmen einige „Gäste“ die jungen Arbeiter und Studenten beim Kragen und beförderten sie nach draußen.

In einer Presseerklärung stellten SDAJ und MSB folglich noch am gleichen Tage fest (veröffentlicht in Stuttgart Nachrichten und Filder-Zeitung): Die Aktion habe sich nicht gegen die Friseure und andere kleine Handwerker gerichtet. Sie habe vielmehr darauf aufmerksam machen wollen, daß bei dem Berufsbildungsgesetz und auch in der Berufsbildungsdiskussion die Meinung der betroffenen Lehrlinge ignoriert werde.

Die gemeinsame Aktion von SDAJ und MSB Spartakus auf dem Stuttgarter Killesberg machte deutlich, daß sich Arbeiterjugend und Studenten nicht gegeneinander ausspielen lassen. Dazu stellte Steffen Lehdorff, der Bundesvorsitzende des MSB, auf dem 3. Bundeskongreß des MSB unter anderem fest: „Die Berufsausbildung steht nicht im Schatten der Hochschulbildung, wie Dohnanyi neuerdings behauptet, sondern das gesamte Bildungswesen in der BRD, seine Schulen, seine Berufsbildung, seine Hoch- und Fachhochschulen, stehen im Schatten von Monopolherrschaft und Rüstungsprofiten.“

MIR-Führer für gemeinsamen Widerstand

Der Führer der ultralinken MIR-Partei in Chile, Miguel Enriquez, forderte in einem Interview für die argentinische Tageszeitung „Noticias“ den gemeinsamen Widerstand aller Linkskräfte und des fortschrittlichen Flügels der Christdemokraten. Dieser Erklärung kommt besondere Bedeutung zu, da die MIR bisher hauptsächlich mit sektiererischen Vorwürfen gegen die Regierung der Unidad Popular hervorgetreten war.

Renovierung der US-Kasernen oder Bau eines zweiten Wohnheims?



„Hier baut das Land — immer noch nicht — das zweite internationale Wohnheim.“

Unter dieser Losung stand die Grundsteinlegung für ein weiteres, dringend benötigtes Wohnheim der Uni Mainz, die symbolisch von den Heimvertretern und dem AStA veranstaltet wurde.

Seit 1969 wird dieses Wohnheim geplant.

Die Kernfrage ist — wie bei zahlreichen Projekten, die zur Absicherung der sozialen Interessen der Studenten dienen — immer dieselbe: Wie steht es mit der Finanzierung? In Mainz werden für 20 Millionen die dortigen US-Kasernen renoviert. Ob das neue Wohnheim errichtet werden kann, hängt ab von völlig unreali-

stischen Richtwerten des Bundes und der Länder für den studentischen Wohnheimbau. 21 000 DM pro Einzelzimmer: Das mag bei Wettbewerben, wo nur geplant, aber nicht gebaut wird, genügen; in der Realität verhindern solche Richtwerte den Bau von Wohnheimen. Geld genug ist vorhanden. Das zeigt das Mainzer Beispiel. Die Frage ist nur: Wie wird es verteilt.

Die Mainzer Studenten gaben die Antwort: In einer symbolischen Grundsteinlegung machten zahlreiche Studenten klar, daß das Geld nicht länger in die Rüstungsetats fließen kann, sondern daß endlich die sozialen Interessen der Studenten abgesichert werden müssen.

Die Situation ist klar und bedrückend: Etwa 4 Prozent aller Mainzer Studenten wohnen in Wohnheimen; 30 Prozent sind gefordert; das Land Rheinland-Pfalz will 1980 auf 20 Prozent sein! Der Bundesdurchschnitt liegt bei 10,5 Prozent.

Die Grundsteinlegung in Mainz fand ein breites Echo in der örtlichen Presse und im Rundfunk. Die Arbeit des AStA in Mainz hat zum Ziel, nicht nur ein großes Echo zu erzielen, sondern einen Beitrag zur Veränderung der Prioritäten in den Haushalten zu leisten.

Die Forderungen, die vom AStA gestellt wurden, lauten darum:

- Umgehende Erweiterung der Kapazität der Wohnheime in Mainz,
- Deckung von Verlusten durch das Land Rheinland-Pfalz,
- sofortiger Mietstopp für ganz Mainz.

Die letzte Forderung wurde von über 2500 Mainzer Studenten unterstützt: Ein Beitrag dazu, studentische Forderungen einzuordnen in die Auseinandersetzungen, die die arbeitende Bevölkerung um die Erhaltung ihrer sozialen Rechte und ihren Ausbau führt.

6-Punkte-Erklärung der PRR

Seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens wurde eine Reihe wichtiger Fortschritte gemacht zur Normalisierung der Lage in Vietnam:

Die Beendigung der militärischen Aggression gegen die DRV, der Abzug der ausländischen Truppen aus Südvietnam, einzelne praktische Maßnahmen zur Realisierung einer Reihe von Artikeln des Pariser Abkommens. In der Erklärung der politischen Beratern

Ausschüsse der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages heißt es: „All dies schafft Voraussetzungen für die Stabilisierung der beginnenden Wende von Krieg zum Frieden, für den Übergang zur Lösung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in Nordvietnam und zur Entwicklung Südvietnams auf dem Wege des Friedens, der Unabhängigkeit, der Demokratie und Neutralität.“

Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, daß die Saigoner Verwaltung mit Unterstützung der USA, die Verwirklichung des Pariser Vietnam-Abkommens mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Gefährlichster Ausdruck dieser destruktiven Politik sind die systematischen bewaffneten Provokationen gegen die von der PRR der Republik Südvietnams kontrollierten Gebiete.

Demgegenüber zeichnete sich die Politik der PRR der RSV durch eine konsequente Vertragstreue und durch realistische Herangehen bei der Lösung der unzähligen konkreten Probleme aus.

Im März 74 ergriff die PRR der RSV eine erneute politische Initiative zur Lösung der entstandenen Probleme. Sie fordert in einer 6-Punkte-Erklärung

- sofortige Beendigung aller bewaffneten Aktionen, strikte Verwirklichung der im Abkommen festgelegten Feueereinstellung,
- Freilassung aller Zivil- und Militärpersonen die entgegen dem § 8 des Abkommens immer noch in den Gefängnissen und Konzentrationslagern Thieu festgehalten werden,
- unverzügliche und vollständige Gewährleistung der demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung, sofortige Auflösung der Konzentrationslager, sofortige Beendigung aller Zwangsumsiedlungen,
- schnelle Bildung des Nationalen Rates der Nationalen Eintracht und Versöhnung, Beendigung jedes Versuchs, durch die USA der Bevölkerung eine politische Tendenz aufzuzwingen, Respektierung der Existenz von zwei Verwaltungen, Armeen und Kontrollgebieten und der dritten politischen Kraft,
- Durchführung wahrhaft freier und demokratischer allgemeiner Wahlen, Beendigung jeden Versuchs, die Wahlen durch die USA zu manipulieren, aus den Wahlen soll eine verfassungsgebende Versammlung hervorgehen,
- Vereinbarungen der beiden südvietnamesischen Seiten zur Reduzierung der Trup-

pen und zur Freisetzung von zusätzlichen Mitteln zum friedlichen Aufbau.

Dieser Appell richtet sich an die gesamte demokratische Weltöffentlichkeit. Dieser Appell ist auch eine Herausforderung an die Fortschrittlichen Kräfte in der BRD, von der Bundesregierung zu verlangen, im Sinne dieses 6-Punkte-Plans, aktiv für die Verwirklichung von Geist und Buchstaben des Pariser Vietnam-Abkommens einzutreten. Das liegt gleichermaßen im Interesse des vietnamesischen Volkes und des werktätigen Volkes in der BRD.

Antifa-Ausstellung im Ruhrgebiet



„Antifaschistischer Widerstand im Ruhrgebiet 1933—1945“ — unter diesem Titel wird demnächst eine Ausstellung in der Ruhruniversität Bochum eröffnet. Studenten, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Angestellte der Abteilung Geschichtswissenschaft haben seit ca. einem Jahr zahlreiche, z. T. unveröffentlichte Materialien und Quellen zusammengetragen und Verbindungen geknüpft zu christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandskämpfern und ihren Organisationen. Ein erstes Ergebnis dieses Arbeitskreises ist die Ausstellung, die nicht nur Studenten und Schülern, sondern auch der arbeitenden Bevölkerung einen Einblick in den Kampf gegen den Faschismus geben soll.

Militärpsychologie an der Uni Bielefeld?

An der Universität Bielefeld — Fakultät für Pädagogik/Philosophie und Psychologie — soll ein H4-Lehrstuhl für Persönlichkeitspsychologie besetzt werden. Für die Besetzung der Stelle wurde von der Mehr-

heit der allein abstimmungsberechtigten Professoren (in Berufungsfragen sind nur Professoren abstimmungsberechtigt!) Siegfried Streufert aus den USA vorgeschlagen. Von den Assistenten, den Studenten und einigen Professoren wurde gegen diese Berufung protestiert, da inzwischen von Studenten, Assistenten und einigen Professoren herausgefunden wurde, daß eine enge Verbindung zwischen Streufert und der US-Marine besteht, und Streuferts Forschungen sich bisher fast ausschließlich mit militärpsychologischen Projekten — z. B. psychologische Kriegsführung etc. — beschäftigten.

Siegfried Streufert erhielt für seine Forschungen von 1967 bis 1974 über 300 000 Dollar vom US-Marinebüro (Office of Naval Research). Allein für ein Kriegsspielmodell erhielt er ein Honorar von 1000 Dollar, in dem der Vietnam-Krieg nachgeahmt wurde.

Abgesehen davon, daß eine solche Art von psychologischer Forschung für Lehrerstudenten und angehende Pädagogen und Psychologen unzumutbar ist, gibt es noch andere Gründe gegen die Berufung von Professor Streufert:

- Er hat keine Erfahrung mit den Hochschulen in der Bundesrepublik.
- Er hat kein Konzept für den Aufbau der psychologischen Fakultät in Bielefeld.
- Er kann keine kontinuierliche Aufbauarbeit leisten, weil er sich während der Semesterferien zur Weiterführung seiner Forschungsarbeiten in den Staaten aufhält.
- Er wird in Bielefeld einen exklusiven, kaum für die Lehre verwendbaren Forschungsapparat verlangen.

Aus diesen Gründen sprechen sich der Beauftragte der Abteilung Psychologie in Bielefeld, Assistenten und Studenten gegen die Berufung von Professor Streufert aus.

Jürgen Grumbach

Zensur für linke Schriftsteller

Auf der Suche nach einem vernünftigen Grund, weshalb seine Bücher bislang keinen Eingang in die mehr als fünfzig Öffentlichen Bücherhallen Hamburgs gefunden haben, entdeckte der Hamburger

Schriftsteller Peter Schütt im Zentralkatalog der Einkaufszentrale der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen die oben abgebildete Kurzrezension. Sie dürfte eine einfache Erklärung dafür sein, daß sogar solche Veröffentlichungen, die der Autor in den vergangenen Jahren einzelnen Büchereien zum Geschenk gemacht hat, bislang keine Aufnahme in den Ausleihbestand der öffentlichen Bibliotheken Hamburgs gefunden haben. In der Praxis laufen derartig handfeste Buch-Zensuren auf Zensur schlechthin hinaus. Sie sind nichts anderes als die Androhung eines Berufsverbotes für linke Schriftsteller: Normalerweise werden 40 bis 60 Prozent belletristischer Neuerscheinungen von öffentlichen Büchereien erworben.

Monopole verknappen Zeitungspapier: Preissteigerungen bis zu 60 %

Die marktbeherrschenden Monopole der Papierindustrie versuchen gegenwärtig durch künstliche Verknappung des Zeitungspapiers die Preise in die Höhe zu treiben. Diese Vermutung äußerte der Fraktionsvorsitzende der SPD im hessischen Landtag, Willi Görlach. Er forderte die Landesregierung auf, bei der Aufdeckung der Ursachen für die plötzliche Papierknappheit zu helfen, die offenbar — wie bei der Ölkrise — in einer künstlichen Angebotsdrosselung zu suchen seien. Im Zuge der Verknappung, die von den Händlern mit Streiks in Finnland und Schweden begründet werde, seien schon Preissteigerungen bis zu 60 % eingetreten.



Offensive Werbung für die roten blätter zu betreiben, diese Aufforderung haben viele Genossen und Kommilitonen bei den letzten Ausgaben in die Praxis umgesetzt. An vielen Hochschulen waren die roten blätter tatsächlich unmittelbar nach ihrem Erscheinen präsent, durch Flugblätter und Wandzeitungen. Hier ein Beispiel aus Bremen.

Wenn der Mensapächter streikt...



Am Mittwoch, dem 12. Mai, gab es in der Mensa der Musikhochschule Köln kein Essen. Die private Pächterin streikte und die Kommilitonen standen vor leeren Töpfen.

Wie kam es dazu? Am Anfang des Semesters hatte die Pächterin den Preis für das einzige Mensaessen von 1,30 DM auf 1,50 DM erhöht, Brötchen und Kaffee wurden um 10 Pfennig teurer. Der AstA, getragen von Spartakus und Unabhängigen, machte eine Sozialumfrage. Das Ergebnis: 50 Prozent der Befragten hatten weniger als 420 DM im Monat, 6 Prozent sogar weniger als 200 DM! Dieses Ergebnis brachte die Studenten in Bewegung, zumal die Auswertung der Fragebögen in der Mensa zur Zeit des Hochbetriebs stattfand. Aus der Mensa heraus riefen aktive Stu-

denten der AstA-Sozialreferentin die Zahlen aus den Fragebögen zu, die auf einer großen Wandzeitung eingetragen wurden. Sofort darauf diskutierten AstA und Studenten mit den anderen das weitere Vorgehen: Aufdeckung der Berechnungsgrundlage der Pächterin. Die antwortete auf ihre Weise: Am nächsten Tag erschien sie einfach nicht in der Hochschule, um den AstA von den Studenten zu isolieren. Das Gegenteil war der Fall: Der AstA organisierte Würstchen, Brötchen und Limo und verkaufte es zum Selbstkostenpreis, was den Appetit der Kommilitonen sehr anregte: Am Nachmittag waren 600 Brötchen verkauft. Für den nächsten Tag organisierte der AstA ein warmes Essen aus einer Großküche. Die Pächterin hatte inzwischen ihren Laden wieder aufgemacht, aber fast alle Studenten kauften das AstA-Essen und trugen sich in die Unterschriftenlisten ein. In der Nacht war der Mensa-Song auf den neuesten Stand gebracht und mit dem Song auf den Lippen, zogen 30 Studenten zum Verwaltungsdirektor, dem Vertragspartner der Pächterin, der hatte die Preis-erhöhung genehmigt. Auf Druck der Studenten sagte er zu, seiner Aufsichtspflicht nachzukommen. Die Bewegung kochte. Die Mensakampagne war Gesprächsthema Nr. 1 an der Hochschule. Am nächsten Tag konnte in der Mensa jeder beim Frühstück feststellen, daß es sich lohnt zu kämpfen: Kaffee und Brötchen gab es wieder zum alten Preis!

Teldec-Konzern zensiert Chile-Platte der Kreuzberger „Lok“

Der Schallplattenkonzern Telefunken-Decca (Tel-Dec) hat sich geweigert, im Auftrage der politischen Rock-Gruppe „Lokomotive Kreuzberg“ eine Chile-Solidaritäts-Platte zu pressen. Die „Lok“ bringt die Single selbst heraus und will

vom Endverkaufspreis jeweils eine Mark auf ein Solidaritäts-Konto überweisen. Tel-Dec hatte sich ursprünglich bereit erklärt, die Platte (Auflage 5000 Stück) zu den üblichen Kosten zu pressen. Nachdem die Tonbänder an die Firma geschickt waren, erhielten die „Lok“-Führer die schriftliche Auskunft: „Wir bestätigen den Eingang Ihrer Druckunterlagen und müssen Ihnen nach Einsicht dieser leider mitteilen, daß wir Ihren Auftrag nicht durchführen können, da wir grundsätzlich keine politisch tendenziösen Platten fertigen... Wir erhoffen Ihr Verständnis für unsere Entscheidung...“

Die Herausgabe verzögert sich nun um drei Wochen, weil erst ein neues Preß-Werk gefunden werden mußte.

Go in



Mit einem „Go in“ für den Erhalt des politischen Mandats beantworteten Hamburger Uni-Studenten die Versuche des Universitätspräsidenten Fischer-Appelt. Appelt hatte gefordert, daß ein Spendenaufruf für den Aufbau einer vietnamesischen Schule in Nam Ha aus dem Haushalt der Studentenschaft gestrichen werde und die gewählten ASTA-Vertreter dieses Flugblatt aus eigener Tasche finanzieren sollten. Weiter drohte Appelt mit der Sperrung der ASTA-Gelder, um so den ASTA der materiellen Grundlage für seine politische Arbeit zu berauben.

Über 100 Hamburger Fachhochschüler beteiligten sich am 9. Mai an einem Go in zum Großen Senat, um dort eine Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnung zu fordern.

In einem Flugblatt hatte die MSB-Spartakus-Gruppe die Situation der Fachhochschüler am Beispiel des Kommilitonen Kuddel Elektro, Student der Elektrotechnik an der Fachhochschule Hamburg, dargestellt:

— Volksschule, Lehre, Fachoberschulreife, meldet sich, weil er den Wahlkampfversprechen der „Großen Koalition“ Glauben schenkt, für ein Studium an der FH.

— Damit ist erst mal nichts! Numerus clausus! Aber dann hat es doch noch geklappt — nach 2 Semestern!

— An die Chancengleichheit glaubt er nicht mehr — weil sein Vater einen Inflationszuschlag erkämpft hat, hat er aber immer noch die Chance, zu studieren und sogar zu arbeiten!

(PS: Jeder ist seines Glückes „Schmidt“)

— Kuddel reißt sich zwar die Beine aus, aber er schafft das Grundstudium nicht in der vorgeschriebenen Zeit — kein Problem!

— Wiederholerkurse werden nicht angeboten. Dem HRG sei's gedankt, er muß sich jetzt keine Sorgen mehr machen, er studiert nämlich nicht mehr — Zwangsexmatrikulation.

Doch nehmen wir mal an, Kuddel Elektro schafft die erste Hürde:

— die Praxisbezogenheit des Studiums zahlt sich aus: 24 Wochen, abzuleisten in den Semesterferien!

— Die Industrie hilft dabei, die Siemens, Philipps und Körbers vermitteln nämlich die Plätze!

— Aber nicht an jeden und auch nicht an dich, Kuddel Elektro! Als die Preise deinem BAFöG davonliefen, hast du dich für deine Interessen eingesetzt und von Monopolstellung, demokratischer Kontrolle und Verstaatlichung gesprochen!

— Das hat man dir übel genommen. Praktikumsplatz, daraus wird nichts! Brauchst du aber zum Weiterstudium! Ist nicht mehr — Zwangsexmatrikulation!

Verteilung von „Soldat '74“ in der Bundeswehr



Am Dienstag machten ca. 60 Studenten der Universität mit Unterstützung des ASTA, des Fachschaftsrats Jura und der Aktionsgruppe anlässlich der ersten Sitzung des Thieme-Seminars (gemeinsames Seminar Uni/Bundeswehrhochschule) eine Kundgebung in der Hanssenkaserne.

Mit einem Autokorso — beharrlich verfolgt vom „Verfassungsschutz“ — ging es von der Uni zur Bundeswehrhochschule. Dort wartete bereits das Fernsehen. Auf dem Gelände der Bundeswehr wurde die Studie „Soldat 74“ verteilt, obwohl deren Verbreitung und Diskussion von Generalinspekteur Zimmermann verboten ist! Anschließend sprachen Vertreter des ASTA, des FSR Jura, des „Komitees Hamburger Bürger gegen die Bundeswehrhochschule“ und ein Wehrpflichtiger in Uniform, Unterzeichner von „Soldat 74“. Sie forderten die Absetzung des Thieme-Seminars, Schließung der Bundeswehrhochschule, Freiheit für „Soldat 74“ in der Bundeswehr und Bildung statt Rüstung.

Der Wehrpflichtige erklärte, daß er in seiner Kaserne sofort festgenommen würde, wenn er dort die Studie verbreite! Teilnehmer der Kundgebung beobachteten, daß einige Bundeswehrvertreter diesen demokratischen Soldaten festnehmen wollten, jedoch von höheren Chargen sofort zurückgehalten wurden. Die Bundeswehr wollte ihre Maske, die sie sich für diesen Tag angelegt hatte, vor der anwesenden Presse nicht fallen lassen.

Als der Soldat jedoch am gleichen Tag in seine Einheit (Wentorf) zurückkehrte, wurde er sofort von seinem Kompaniechef verhört. Ihm wurde vorgeworfen, an einer „kommunistischen“ Veranstaltung

teilgenommen und verbotenerweise „Soldat 74“ verbreitet zu haben! Jetzt soll er mit einem Wachsoldaten (!) zum weiteren Verhör zu seinem Bataillonskommandeur in die Lüneburger Heide geschafft werden.

Mainzer Studenten kontra Jungfaschisten

Auch an der Mainzer Uni versuchen Jungfaschisten vom Schlag des R.F.S. (Ring Freiheitlicher Studenten), Einfluß unter den Studenten zu gewinnen, unter anderem mit Parolen wie „Weg mit dem roten Dreck“ oder „Kommunisten raus aus der Uni“.

Am 9. Mai versuchte der R.F.S. mit einer Veranstaltung zum Thema „Krise der Hochschule, Krise der Gesellschaft“ seinen Wahlkampfhöhepunkt zu gestalten. Referent sollte Prof. Münch sein, ehemaliger Kandidat der NPD zu den 72er Bundestagswahlen. Derselbe Münch war Redner bei einer Veranstaltung am 25. Mai 1972, auf dem neben Herrn Frey (Nationalzeitung) der Vorsitzende des Akon und der des Stahlhelm sprachen!

Diese Veranstaltung war eine gezielte Provokation gegen alle demokratischen Kräfte an der Uni. Schon eineinhalb Wochen vorher hatte der R.F.S. wie der RCDS an anderen Orten mit einer einstweiligen Verfügung dem Mainzer ASTA verboten lassen, Gelder an den vds zu zahlen, um so die demokratische Interessenvertretung der Studenten, den vds, finanziell auszutrocknen.

Diese Klage und das Auftreten der Reaktionen im Wahlkampf hatte vielen Demokraten klargemacht, was die Stunde geschlagen hatte, als der R.F.S. zu dieser Veranstaltung aufrief. Sie folgten der Aufforderung des ASTA und vieler demokratischer Gruppen, zur Veranstaltung zu kommen und sie in ein Tribunal gegen den R.F.S. zu verwandeln.

Mehr als 500 Studenten kamen und stellten den R.F.S. wegen seines unverschämten Anschlags auf die verfaßte Studentenschaft zur Rede.

In einer Resolution sprachen sich die anwesenden Studenten eindeutig für die verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat aus und verurteilten die Versuche von RCDS und Jungfaschisten, die verfaßte Studentenschaft als Organ der studentischen Interessenvertretung auszuhöhlen und zu beseitigen.

NPD-Münch kam nicht zu Wort.

gast- kommentar

Laßt doch den Tetzlaff sterben!

Franz Xaver Kroetz

Der Schauspieler „Alfred“ Schubert gestand: „Ich kann mir nur noch Stelzen untermachen, um nicht erkannt zu werden!“

Ein SPD-Wahlplakat hat die Überschrift: „Gegen die Tetzlaffs!“

Nach dem Kanzlersturz mußte Autor Menge die neuen Folgen umschreiben.

Keine Frage: Die Tetzlaffs sind so bekannt wie einst die „Hesselbachs“ und der „Forellenhof“.

Wolfgang Menge hätte ich — vor der Geburt der Tetzlaffs — sofort als ernstzunehmenden, verantwortungsbewußten und guten Kollegen bezeichnet. Fernsehspiele wie „Millionenspiel“ oder „Smog“ wa-

ren — alles in allem — Meilensteine des kritischen Fernsehspiels der Gegenwart.

Heute habe ich nur eine Bitte an den Kollegen Menge: „Lassen Sie doch die Tetzlaffs mit einer selbstgebastelten Bombe in die Luft gehen, und zwar so nachhaltig, daß sie alle tot sind.“

Im Ernst: Schriftsteller haben neben der allgemeinen, politisch-moralischen Verantwortung doch auch eine ganz direkte: Die ihren Figuren selbst gegenüber.

Figuren, die wir am Schreibtisch entwerfen, entwickeln sich später noch einige Male, wenn sie beim Zuschauer oder Leser ankommen: Tetzlaff als abschreckendes Beispiel entworfen, wird zu einer Figur,

mit der sich viele — zumindest streckenweise — identifizieren. Die Sendung wurde im 3. Programm des WDR ausprobiert, hatte einen derartig großen Erfolg, daß sie ins 1. Programm aufrücken durfte und seit der 1. Sendung an Silvester in immer höhere Einschaltquoten vorstößt.

Verantwortlich für die Sache ist Dr. Günter Rohrbach, der Fernsehspiel- und Unterhaltungschef des WDR in Köln. Der WDR und damit Rohrbach gehören auf die „linke Seite“ der ARD-Anstalten. Alles in allem: Die Tetzlaffs kommen aus einem Nest, das für andere Eier bekannt war.

Und das Tetzlaff-Ei, aus dem Sender wurde es vernommen, ist den Verantwortlichen inzwischen unheimlich geworden. Aber: Von einer Erfolgssendung sich trennen — um Gottes Willen, dazu gehört ein Mut, den man nicht haben kann, nicht haben darf! Würde allerdings Autor Menge keine neuen Folgen mehr schreiben, könnte man sie auch nicht mehr produzieren. Und es ist kein existenzielles Problem: Menge kann soviel und hat schon soviel gemacht, er braucht die Tetzlaffs nicht.

Aber: Vielleicht liebt er sie?

Ich weiß es nicht. Ich weiß nur: Ein Autor ist auch für das verantwortlich, was aus seinen Figuren wird, er ist auch für das verantwortlich, was sich im Zuschauer mit seinen Figuren entwickelt. Bei den Tetzlaffs wirklich etwas Schreckliches: Vorurteil, Denunzierung, Diffamierung, Angst, Verhetzung, Größenwahn usw., genauer: Teilchen des gewöhnlichen Faschismus und des kalten Krieges in den warmen Stübchen unserer Kleinbürger werden — soweit Geschichte — wieder aufgeweckt, werden — soweit mit guten Argumenten abgebaut — neu aufgebaut, werden — soweit einfach vergessen — in Erinnerung gebracht, werden — soweit in unsere Gegenwart reichend — in unsere Zukunft getragen.

Was nützt es, wenn die Verantwortlichen für die Tetzlaffs immer wieder sagen, sie meinten es umgekehrt, sie hätten ein abschreckendes Beispiel erfinden wollen, sie hätten negative westdeutsche Kleinbürgergeschichte humorvoll der Gegenwart zum lachenden Kopfschütteln vormachen wollen.

Gute Vorsätze, die Wirklichkeit sieht anders aus! Tetzlaff, in den Köpfen vieler Zuschauer: endlich einer, der sich noch traut, die Dinge beim Namen zu nennen, einer, der sich nicht Sand in die Augen hat streuen lassen, einer, der die Parolen westdeutscher Vergangenheit nicht wegen ein bißchen „Entspannungsgeschwätz“ aufgibt. Alles in allem einer, der das, was er im eiskalten Kalten Krieg der fünfziger Jahre gelernt hat, heute weitergibt, als hätte er zwischen 1960 und 1973 nicht gelebt. Hat er auch nicht, aber: wie ekelhaft, wie verantwortungslos, diese Zeit und damit die Entwicklung zu leugnen, wie — man kann es sagen — verbrecherisch, sie ungeschehen machen zu wollen, sei es bewußt (Springer) oder unbewußt (Menge).

Kann der WDR, kann Menge nicht zurück? Sie können! Kollegen: laßt doch den Tetzlaff sterben!



Wie geht es weiter in der Bundesrepublik?



rb-Gespräch mit dem Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies

Über den Regierungswechsel, über die neue Bundesregierung, über die Perspektiven unseres Landes, über die Möglichkeiten, die nicht genutzt werden, sprachen die roten blätter mit dem Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei, Herbert Mies.

Dabei formulierten wir viele Fragen so, wie sie viele Studenten, die politisch noch nicht organisiert sind, an die Kommunisten unseres Landes stellen.

rote blätter: Genosse Mies, „Kontinuität und Konzentration auf das Wesentliche“ — unter dieses Motto stellte der neue Bundeskanzler Schmidt seine Regierungserklärung. Was können die Menschen unseres Landes von der Regierung Schmidt-Genscher erwarten?

H. Mies: Den Hinweis auf „Kontinuität“ verstehe ich als ein Bekenntnis zur Fortsetzung der Politik der Brandt-Scheel-Regierung. In der Betonung der „Konzentration auf das Wesentliche“ aber sehe ich die Umschreibung einer indirekten oder direkten Kritik gewisser Aspekte vorausgegangener Regierungspolitik und die Absicht, auch gewissen Korrekturen vorzunehmen.

Konzentration worauf? — Das ist die Frage, die man sich beim Lesen der Regierungserklärung

von Bundeskanzler Schmidt und bei der Beobachtung seiner Regierungspraxis stellen sollte.

Konzentration auf die Wahrnehmung der Klasseninteressen des Großkapitals oder auf die Klasseninteressen des arbeitenden Volkes.

Konzentration auf eine sogenannte Stabilitätspolitik und einen Stabilitätspakt von Unternehmerverbänden, Staat und Gewerkschaften, der zu neuen Belastungen für die arbeitenden Menschen führt, oder auf die Eindämmung der inflationären Preisentwicklung durch wirkungsvolle Maßnahmen gegen das Preisdiktat der marktbeherrschenden Monopole.

Konzentration auf die Zurückdrängung der Angriffe der Kräfte, die den Entspannungskurs nach außen unterbrechen und eine de-

mokratische Entwicklung im Innern des Landes verhindern wollen, oder Verstärkung des Antikommunismus und der Angriffe nicht nur gegen DKP, Spartakus und SDAJ, sondern auch und gerade gegen die Aktionseinheit und das Zusammenwirken aller linken Kräfte?

Konzentration auf die Diskriminierung gesellschaftsverändernder Ideen oder auf die Verwirklichung demokratischer Reformen?

Konzentration auf einen konstruktiven Beitrag der Bundesrepublik zur Fortsetzung des Entspannungsprozesses in Europa und in der Welt, oder die vorrangige Orientierung auf den Ausbau der NATO, der westeuropäischen Integration, der Hochrüstung?

Die Fragen so zu stellen, das heißt erkennen, daß die Regie-

rungepolitik unter Schmidt nicht einfach Kontinuität, sondern eine stärkere Akzentuierung der Regierungspolitik zugunsten der wirtschafts-, innen-, außen- und gesellschaftspolitischen Interessen des Großkapitals bedeutet. Auch deshalb — so scheint mir — muß man von einer Regierung unter Bundeskanzler Schmidt erwarten, daß sie den arbeitenden Menschen, der arbeitenden und studierenden Jugend nichts Gutes bringen wird. Erwarten können die Bürger der Bundesrepublik von der künftigen Entwicklung unter einer Regierung Schmidt-Genscher nur das, was sie selbst im gemeinsamen Kampf, vor allem in Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilosen und christlichen Kollegen durchsetzen. Geschenkt wird ihnen nichts.

rote blätter: Manche Kommentare, aber vor allem auch viele junge Leute, sehen die Gefahr eines Rechtsrucks. Ist dieser Regierungswechsel ein Ruck nach rechts? Heißt das auch, daß die DKP in Zukunft schärfer gegen rechts schießt und die Regierung mehr schonen wird? Wie ist das Verhältnis der DKP zu dieser Bundesregierung?

H. Mies: Von einem Ruck nach rechts möchte ich nicht sprechen. Schon deshalb nicht, weil doch wohl auch die bisherige Regierungspolitik unter Brandt keine „linke“ Politik war. Doch unverkennbar ist die Tatsache, daß die herrschenden Kreise des Groß- und Rüstungskapitals und reaktionäre Kräfte in allen Bereichen der Wirtschaft, des Staates, der Gesellschaft, in der CDU/CSU und auch in den Koalitionsparteien seit Monaten versuchen, die Entwicklung in unserem Land weiter nach rechts zu drängen. Auch wenn dies Ausdruck einer gesellschaftlichen Defensivpolitik der herrschenden Kreise ist, so ist sie nicht nur sehr widersprüchlich, sondern auch nicht ungefährlich. Sie erfordert die Wachsamkeit aller Demokraten. Sie erfordert den gemeinsamen Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten.

Was heißt: Wird die DKP schärfer nach rechts schießen und die Regierung mehr schonen? Wie in den zurückliegenden Jahren wird die DKP im Kampf gegen die rechten Kräfte und gegenüber der Bundesregierung unbeirrt die Interessen und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend, im außerparlamentarischen Kampf wie auch im Ringen um parlamentarische Vertretungen zur Geltung bringen. Unbeirrt werden wir wie bisher unseren Kampf gegen das Großkapital und die CDU/CSU, gegen Reaktionäre aller Schattierungen fortsetzen. Und was unser Verhältnis zur Bundesregierung betrifft, so gilt, was wir auf dem Düsseldorf- und Hamburger Parteitag erklärt haben: Wir werden Politik und Praxis der neuen Regierung danach beurteilen, wie sie sich zu den dringendsten Forderungen des arbeitenden Volkes verhält, was sie für Frieden und Entspannung tut. Wir haben bekanntlich in der Vergangenheit alle Schritte



Herbert Mies im Gespräch mit Kollegen vor Ort.

der Regierung Brandt unterstützt, die geeignet waren, die Entspannung zu fördern, den Frieden sicherer zu machen. Zugleich haben wir entschieden alles bekämpft, was den Interessen der Arbeiter und der anderen werktätigen Schichten widersprach und den Entspannungsprozeß erschwerte. Auch in Zukunft werden wir von diesen Positionen aus unsere Haltung gegenüber der neuen Bundesregierung bestimmen.

rote blätter: Im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel steht die Frage: War es Guillaume, der Brandt stürzte? Waren es Schmidt und Genscher, die Brandt stürzten, wie einige Presseorgane es wissen wollten?

H. Mies: Der Rücktritt von Bundeskanzler Brandt hat ganz gewiß nicht in der riesig aufgebauchten Spionageaffäre im Bundeskanzleramt seine eigentlichen Ursachen. Wenngleich Schmidt und Genscher am Rücktritt von Willy Brandt interessiert waren, so ist auch nicht in ihrem Wirken der wahre Grund

zu sehen. Um sich richtig zu orientieren, um die Wahrheit herauszufinden, muß man einen ganzen Komplex von Widersprüchen und Konflikten analysieren, die in der inneren Entwicklung der Bundesrepublik wurzeln und seit langem sichtbar sind. Ich denke an die zunehmenden Krisenerscheinungen der kapitalistischen Profitwirtschaft. An die gefährlichen antikomunistischen Umtriebe der unheiligen Allianz aus reaktionären Kreisen des Monopolkapitals, aus ultrakonservativen Pressekonzernen und Scharfmachern in den großbürgerlichen Parteien CDU/CSU. An die bekannten Schwierigkeiten und Konflikte in der SPD und an die Reibungspunkte mit dem Koalitionspartner FDP. Um die wirklichen Ursachen zu verstehen, muß man daran erinnern, daß wir auch in der Bundesrepublik den Beginn einer neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus erleben, die sich in krisenhaften Erscheinungen in allen Bereichen der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und der Moral zeigen, die von einer Verschärfung

der Klassegegensätze und -auseinandersetzungen geprägt ist, die bei den herrschenden Kräften des Großkapitals die Furcht vor einer Entwicklung wachsen läßt, die zu einer Änderung zugunsten der gesellschaftsverändernden Kräfte in unserem Land führen könnte.

In dieser Situation waren entscheidende Teile des Monopolkapitals einerseits zwar mit der Regierung Brandt-Scheel zufrieden, weil sie in ihrer Innenpolitik den großkapitalistischen Profit- und Machtinteressen stets den Vorrang gab, aber andererseits auf zunehmende Schwierigkeiten stieß, wenn es darum ging, breite Teile der Arbeiterklasse und der jungen Generation fest an das System der kapitalistischen Ausbeutung zu binden. Auf diesem Hintergrund entwickelte die unheilige Allianz der reaktionären Kreise des Groß- und Rüstungskapitals und ihrer politischen Parteigänger in CDU/CSU sowie in maßgeblichen Staatsämtern ihr Kesseltreiben gegen die Politik der Entspannung, gegen Demokratie und Arbeiterforderungen. Ihr Treiben wurde durch anti-



DKP aktiv im Kampf gegen die falsche Energiepolitik der Bundesregierung.

kommunistische und antidemokratische Handlungen der Regierung selbst und auch durch das Ränkespiel einiger rechter Führer der SPD erleichtert. Das sind also einige der Ursachen und Hintergründe, die zum Rücktritt Brandts führten, die es den herrschenden Kreisen und rechten sozialdemokratischen Führern angeraten erscheinen ließ, einen Pferdewechsel vorzunehmen.

rote blätter: Manche Sozialdemokraten oder auch sozialdemokratisch orientierte Kommilitonen sind durch den Brandt-Rücktritt natürlich verunsichert. Einige fragen, ob man nicht lieber etwas stillhalten solle, weil jetzt eben alle Sozialdemokraten zusammenhalten müßten. Was sagen die Kommunisten den Sozialdemokraten, mit denen sie ja in vielen Fragen in der Aktionseinheit zusammenarbeiten?

H. Mies: Wir verstehen natürlich die Besorgnis vieler sozialdemokratischer Freunde und Genossen, die vom Rücktritt des Bundeskanzlers überrascht wurden

und genau wie Millionen Bürger unseres Landes unsicherer geworden sind und die Frage stellen: Wohin soll in der Bundesrepublik die Reise gehen, welche Rolle wird unser Land im internationalen Leben weiter spielen und welche Politik wird in Bonn gemacht werden?

Wie die Erfahrungen der Arbeiter und demokratischen Bewegungen zeigen, hat Stillhalten noch nie etwas eingebracht. Die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte dürfen nicht stillhalten, während die Scharfmacher der CDU/CSU, das Groß- und Rüstungskapital ihre Angriffe auf die Lebensrechte der arbeitenden Menschen, auf Demokratie und Freiheit, auf die Fortsetzung einer Entspannungspolitik verschärfen. Nützlich ist allein die zunehmende und gemeinsame Aktivität von Kommunisten, Sozialdemokraten und christlichen Kollegen für die gemeinsamen Interessens.

Und was das Zusammenhalten aller Sozialdemokraten betrifft, so frage ich: Wofür denn zusammenhalten? Wir sind für Zusammen-

halten und Zusammengehen im Interesse der Arbeiterklasse und aller Demokraten gegen das Groß- und Rüstungskapital. Ein Zusammenhalten beim Abbau demokratischer Rechte, bei der Abwälzung der Lasten und Schwierigkeiten des Kapitalismus auf die arbeitende Bevölkerung bringt nichts ein. Es schadet vielmehr all den sozialdemokratischen Freunden und Genossen, die Arbeiterinteressen zur Geltung bringen wollen. Deshalb sagen wir unseren sozialdemokratischen Genossen: Laßt uns gemeinsam für Frieden und Entspannung, für die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte des werktätigen Volkes arbeiten und kämpfen.

Nur so können die Versuche der reaktionären Kräfte, die Entwicklung in unserem Land weiter nach rechts zu drängen, abgewehrt werden. Die sozialdemokratischen Genossen, die so handeln, tun weit mehr für ihre Partei als die rechten Führer, die in antikomunistischer Verblendung sich gegen die Aktionseinheit wenden und den Rechtskräften immer größeren Spielraum geben.

rote blätter: Sehr aufmerksam hat die bürgerliche Presse vermerkt, daß viele ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre Schmidts Regierungsbank schmücken. Zugleich haben sie sehr offen auf die integrierende und dämpfende Aufgabe dieser Minister als ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre hingewiesen.

H. Mies: Sicher hofft das Großkapital und auch gewisse rechte Führer der SPD, mit Hilfe von Ministern, die aus der Gewerkschaftsbewegung kommen, Arbeiter- und gewerkschaftliche Forderungen abzuwehren, die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften mindestens zeitweilig zum Stillhalten zu bewegen und weiter in das großkapitalistische System zu integrieren.

Doch das ist sicher nur die eine Seite. Denn es ist doch die Frage zu stellen: Für wen sollen die ehemaligen rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in der Bundesregierung tätig werden? Würden sie als Gewerkschafter handeln, dann müßten sie für energische Maßnahmen gegen die Preistreiberei, für die paritätische Mitbestimmung, für die Erfüllung der acht Prüfsteine des DGB wirken. Wir geben uns natürlich nicht der Illusion hin, von den sogenannten Gewerkschaftsministern zu erwarten, daß die Erfüllung gewerkschaftlicher und Arbeiterforderungen von ihnen auf den Weg gebracht werden. Doch erheben wir mit Millionen Gewerkschaftskollegen die Forderung und unterstützen einen entsprechenden Druck, das die Bundesregierung Forderungen und Erwartungen des werktätigen Volkes erfüllt. Doch das hängt vor allem davon ab, welche Kraft die demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen, vor allem aber die Gewerkschaften jetzt im Kampf für die Arbeiterinteressen, gegen das Großkapital entfalten.

rote blätter: Der Stern-Kolumnist Sebastian Haffner hat in einer seiner letzten Kolumnen festgestellt, in dieser Zeit allgemeiner Krise sei Außenpolitik nicht möglich, weil lediglich die Sowjetunion eine sichere Regierung habe, der US-Präsident von der Absetzung bedroht sei, Frankreich vor neuen schweren sozialen Auseinandersetzungen stehe und die Bundesregierung im Innern un-



seres Land genug zu tun haben. Heißt das Stillstand für die Politik der friedlichen Koexistenz? H. Mies: Zunächst muß ich feststellen, daß Sebastian Haffner unrecht hat, wenn er schreibt, wir lebten in einer Zeit, da sich überall Krisen ausbreiten. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten kennen keine krisenhaften Entwicklungen. Ihre Volkswirtschaften entwickeln sich dynamisch. Die arbeitenden Menschen leben in Sicherheit, ohne Angst vor dem Morgen. Der Sozialismus erweist sich immer mehr als dynamisches, stabiles und zukunftsorientiertes Gesellschaftssystem, das dem Kapitalismus weit überlegen ist, dem die Zukunft überall gehört. Sebastian Haffner hat sicher mit seinem Hinweis auf die vielfältigen Krisenerscheinungen in Ländern wie den USA, Frankreich, der Bundesrepublik und anderen Staaten, wo das Kapital noch regiert, recht. Diese Krisenerscheinungen sind das Ergebnis des kapitalistischen Systems, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und in dem der Profit im Mittelpunkt steht. Wer die Außenpolitik von den kapitalistischen Krisen abhängig machen wollte, der müßte zu der Schlußfolgerung kommen, daß kapitalistische Staaten in unserer Zeit überhaupt keine Außen-

politik mehr machen können. Das ist ebenso wenig zutreffend wie es den Tatsachen widerspricht, daß das Ringen um friedliche Koexistenz unter den Bedingungen einer krisenhaften Entwicklung in kapitalistischen Ländern einen Stillstand erfahren müsse. Ich meine, daß sich gerade unter solchen Bedingungen das Interesse an der Fortentwicklung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in neuen Dimensionen darstellt. Eine Politik der friedlichen Koexistenz und das Ringen um ihre Durchsetzung kann nicht stillstehen. Die Hauptkräfte des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts, die sozialistischen Staaten und die demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen in den kapitalistischen Ländern wie auch die Völker der Entwicklungsländer kämpfen unabhängig von den krisenhaften Vorgängen in einigen imperialistischen Staaten für Frieden und friedliche Koexistenz. rote blätter: Die Preise flitzen weiter nach oben. In einigen Veröffentlichungen der Jungsozialisten erscheint die Bundesregierung hilflos den mächtigen Konzernen ausgeliefert. Kann man gegen die Inflation etwas machen? Vor allem, was würde ein DKP-Bundeskanzler machen?

H. Mies: Um mit dem letzten Teil der Frage zu beginnen: Ein DKP-Bundeskanzler würde entsprechend den konstruktiven Programmen und Forderungen unserer Partei das verwirklichen, was von den Arbeitern, Angestellten, den Gewerbetreibenden und Mittelschichten, der Jugend und den Studenten was von der überwältigenden Mehrheit des Volkes als die dringendsten Tagesforderungen vorgebracht werden: Er würde sich für einen gesetzlich festgelegten Preisstopp für alle Güter des täglichen Bedarfs einsetzen. Dieser Preisstopp müßte demokratisch kontrolliert werden. Er würde sich für eine systematische Erhöhung der Massenkaufkraft durch höhere Löhne und Gehälter, durch höhere Stipendien und Studienbeihilfen einsetzen. Er würde Gesetze initiieren, mit denen die marktbeherrschenden Konzerne und Großbanken, vor allem die internationalen Erdölkonzerne, verstaatlicht werden. Er würde nach dem Grundsatz handeln: Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein.

Auch die heutige Bundesregierung muß nicht hilflos den mächtigen Konzernen ausgeliefert sein. Wir wissen zwar, daß die großkapitalistischen Monopole heute über beträchtliche wirtschaftliche und politische Macht verfügen. Gerade deshalb kämpfen wir für die Eindämmung und Zurückdrängung des Einflusses der Monopole, des Groß- und Rüstungskapitals. Die Regierung Schmidt-Genscher tut das Umgekehrte. Sie bekennt sich nicht nur zur Festigung der sogenannten freien Marktwirtschaft, sondern auch zur Vorherrschaft der Monopole, Banken und Konzerne. Helmut Schmidt hat noch in seiner Zeit als Finanzminister offen erklärt, er sei gegen jede Verstaatlichung und im übrigen habe sich die Struktur der Banken und der gegebenen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik bewährt. Wer aber die Macht der Konzerne anbetet, kann nichts gegen deren Willkür tun.

rote blätter: Zum Schluß ein Blick über die Grenzen. Während in Portugal eine Regierung der nationalen Einheit gebildet wurde, blieb Mitterrand in Frankreich nur knapp hinter Giscard d'Estaing zurück. Was sagt die

DKP zu diesen Entwicklungen in Europa? Wie kommt es, daß die Kommunisten der Bundesrepublik noch keine bedeutenden parlamentarischen Positionen erringen konnten?

H. Mies: In Frankreich sind wie in anderen westeuropäischen Ländern die gemeinsam handelnden linken Kräfte, ist die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialisten stärker geworden. Ein Blick über die Grenzen unseres Landes hinaus zeigt, daß überall in der Welt die demokratischen und sozialistischen Kräfte erstarken. Der Imperialismus ist in der Defensive, doch er bleibt gefährlich. Die Hauptkraft des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts sind die sozialistischen Staaten. Ihr Erstarken trägt dazu bei, daß in den Ländern, wo das Kapital noch regiert, die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte günstiger werden. Von besonderer Bedeutung ist das Erstarken der kommunistischen und Arbeiterparteien, die überall an der Spitze des demokratischen Kampfes stehen und entscheidend dazu beitragen, die Arbeiter- und Volksinteressen zur Geltung zu bringen. Die Entwicklungen in Europa erfüllen uns mit Optimismus und Zuversicht. Sie geben uns zusätzlich Kraft, unsere Anstrengungen zu verstärken, um auch in der Bundesrepublik die marxistische Partei der Arbeiterklasse, die DKP, zu stärken und ihren Einfluß in den Betrieben, in Städten und Gemeinden, Schulen und Hochschulen weiter zu vergrößern. Das ist ebenso wie eine systematische Massenarbeit, wie die Darstellung der DKP als die wählbare und für das arbeitende Volk erfolgversprechende Alternative zu dem großkapitalistischen System und seinen Bonner Parteien, wie der weitere Abbau des Antikommunismus notwendiger Bestandteil eines erfolgreichen Ringens um parlamentarische Vertretungen. Wir sind überzeugt, daß auch der Tag kommen wird, da unsere Partei, die sich im außerparlamentarischen Kampf oft genug bewährt hat, auch parlamentarische Positionen erringen wird. Die Schwierigkeiten sind nicht klein, doch die Zeit ist für uns.

rote blätter: Genosse Mies, wir danken dir für das Gespräch.

**Mathias
Dohmen**



Man kennt sich aus guten und noch besseren Tagen. Seinerzeit gelangten Teile eines vertraulichen Protokolls einer Präsidialsitzung des BDI von Ende Juni vergangenen Jahres an die Öffentlichkeit. Der damalige Gast und damalige Bundesfinanzminister Helmut

Schmidts Psychologie

Schmidt „appellierte an die Wirtschaft, mit Rücksicht auf die kritische öffentliche Stimmung um zurückhaltende Gewinnveröffentlichungen bemüht zu sein“. Die Niederschrift weiter: „Insbesondere die Chemie- und Automobil-Industrie haben nach Schmidts Meinung ihre Gewinne zu deutlich herausgestellt.“ Es zelte, so des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Konsequenz, die „psychologischen Aspekte“ der Dividenden- und

Fatale Kontinuität

Tantiemenveröffentlichungen „sorgfältiger im Auge zu behalten“. In Köln versprach er jetzt den erschienenen Industriellen in die Hand, Preiskontrollen „sind unwirksam“, was auf deutsch heißt, daß unter seiner Regierung daran nicht zu denken sei. Profitmacherei und ihre Quelle: das privatrechtliche Eigentum an Produktionsmitteln ist ihm und der ganzen Regierung heilig. Insofern klingt sein Wahlspruch glaubwürdig: Kontinuität und Konzentration. Und Sparsamkeit.

„Gewerkschafts- kabinett“ bittet zur Kasse

Kontinuität der Profite, Konzentration des Kapitals, Sparsamkeit in Reformen. „Man wird sehr sparsam sein und Abstriche bei allen Reformen machen, die Geld kosten“, formulierte ein Regierungssprecher kurz nach Schmidts Inthronisierung. Kurztreten jedoch nicht beim Rüstungsetat — eine weitere fatale Kontinuität von Adenauer über Erhard, Kiesinger, Brandt bis Schmidt —, dem die CDU/CSU im Parlament demonstrativ zustimmte. Verteidigungsminister Leber, bekanntlich der „Opposition“ (wozu?) liebster Kind, ist ehemaliger Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, der Ressortleiter Verkehr und Post, Gscheidle, langjähriger stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft, scheiterte auf dem Münchener Kongreß des DGB mit seiner Kandidatur zum

DGB-Vorsitzenden — und beileibe nicht wegen linker Abweichungen —, und der dritte im Bunde, Arendt, saß der IG Bergbau und Energie vor. So sieht also unser „Gewerkschaftskabinett“ aus, als das uns die bürgerliche Presse die neue Regierung anzudienen versucht. Die Herrschaften sind dermaßen arbeiterfreundlich, daß nach Bekanntgabe der Schmidt-Kandidatur die Kurse in die Höhe schnellten. Die „Arbeitnehmer“freundlichkeit geht sogar so weit, daß im neugewählten Kabinett Pläne kursieren, Tarifautonomie und Streikrecht „einzuschränken“. Eine „Panne“ wie im auslaufenden Tariffkampf soll sich nicht wiederholen. SPD und FDP schickten in dieser Frage den blaublütigen freidemokratischen Wirtschaftssprecher Dr. Otto Graf Lambsdorff vor, der im großbürgerlichen Organ „Handelsblatt“ ausplauderte, daß Helmut Schmidt in der Regierungserklärung nichts zur Tarifautonomie im öffentlichen Dienst gesagt habe, sei taktisch begründet.

Diskretion Ehrensache

Der ausweislich des offiziellen Bundestagshandbuchs „Versicherungsdirektor und Rechtsanwalt“ Lambsdorff weiter: „So etwas muß man heute möglichst diskret in geschlossenen Räumen sagen.“ Er wisse jedenfalls mit Bestimmtheit, „daß der Kanzler dieses große Problem sieht und angehen wird“. Von Regierungsseite erfolgte im Zusammenhang mit den aufsehenerregenden Äußerungen des be-

sagten FDP-Bundesvorstandsmitglieds kein Dementi; gegenüber der „UZ“, die vor rund zwei Wochen im Presseamt nachfragte, wußte man „keine Stellungnahme“. Keine Stellungnahme ist auch eine. Und die Mitbestimmung, die zum 1. Januar des folgenden Jahres in Kraft treten soll? Die Spatzen pfeifen es von allen Bonner Dächern, daß im Zuge des parlamentarischen Verfahrens keine Verbesserung des bisherigen Regierungsentwurfs zu erwarten sei. Und die Steuerreform? Da schweige des Sängers Höflichkeit.

Kein Freund Mitterrands

Nach dem (dünnen) Sieg Giscard bei den französischen Präsidentschaftswahlen ist in Bonn „nicht nur bei der Opposition“ („FAZ“) ein Aufatmen zu spüren gewesen. Nichts mag den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Schmidt bildhafter charakterisieren als sein Verhältnis zum alten und zum — nur vorerst abgeschlagenen — neuen Frankreich. Sicherlich: Schmidt erklärte, den bisherigen und eh' schon schwankenden osteuropäischen Kurs des Brandt/Scheel-Kabinetts fortführen zu wollen. Die sozialistischen Staaten haben es honoriert. Aber auch wenn die Frage einer radikalen Umkehr nie stand — diese Kurve zu kratzen wäre auch die CDU/CSU nicht imstande —, gibt es gute Gründe, der neuen Regierung auch in dieser Frage auf die Finger zu sehen. Kein Land der kapitalistischen Sphäre ohne (Regierungs-) Krise. Doch das heißt nicht, daß der Wind in jedem einzelnen Fall und zu jeder Zeit nach links weht. Was in Deutschland bekannt ist. Jeder einzelne Vertreter des gesellschaftlichen Fortschritts und erst recht die Kollegen Einzelkämpfer sind zu den Fahnen gerufen.

Mathias Dohmen ist Wirtschaftsredakteur bei der DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit“ (UZ).

Sofortforderungen weiter auf der Tagesordnung

Langer Atem und starker SPARTAKUS notwendiger denn je

Wie geht es nach dem 30. Mai weiter? Was kann man noch gegen das HRG und seine katastrophalen Auswirkungen tun, wenn es verabschiedet wird?

Wie kann der Kampf erfolgreicher gegen das HRG, für die Durchsetzung der Sofortforderungen des VDS weitergeführt werden? Das sind die berechtigten Fragen, die jetzt Studenten an den SPARTAKUS richten. Sie sollen auch Gegenstand dieses Artikels sein.

Die herrschende Klasse verschärft gegenwärtig den Druck auf alle demokratischen Kräfte, besonders auch an der Hochschule. Ordnungsrecht, Berufsverbote, Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft, Abbau jeglicher Mitbestimmung und totale staatliche Fachaufsicht soll die Studenten einschüchtern. Resignations- und Anpassungstendenzen und die allmähliche Gewöhnung der Studenten an die scheinbar vorgetragene Formierung der Hochschule soll das Ergebnis dieser Politik sein.

Aber schon die Einigung auf der 26. o. MV des VDS machte der herrschenden Klasse einen Strich durch die Rechnung.

Zum erstenmal bewährt hat sich diese Einigung nun in dem einheitlichen Aufruf zu Massenaktionen am 30. Mai gegen das HRG. Entgegen ihren Wünschen tritt die SPD/FDP-Regierung ein

starker, einheitlicher VDS entgegen, der seine Politik von dem Gedanken leiten läßt, die Studenten für ihre Interessen zu großen Massenaktionen an der Seite der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Die Studenten wissen, daß sie auch nach dem Brandt-Sturz, nachdem Bundeskanzler Schmidt in der Regierungserklärung eine weitere Kürzung der Bildungsaufgaben und eine schnelle Verabschiedung des HRG angekündigt hatte, nur die Verbesserungen erreichen, die sie sich selbst erkämpfen.

Zu Recht fragen die Studenten jetzt aber: Was haben wir mit den Aktionen am 30. 5. erreicht, was hat sich verändert?

Ohne Zweifel hat sich an der allgemeinen politischen Situation wenig geändert. Aber das Bild an den Hochschulen hat sich erheblich gewandelt. Nachdem nach den großen Massenaktionen ge-

gen das HRG im Dezember 1971 das IIRG etwas in den Hintergrund der politischen Arbeit der Studentenschaften gerückt war, ist es mit den Demonstrationen am 30. 5. gelungen, den Kampf gegen das HRG wieder zu einem Schwerpunkt studentischer Politik zu machen. Das Bündnis mit den Gewerkschaften konnte gerade auch in dieser Frage ausgebaut werden. Die Studenten konnten neue Kampferfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung der regionalen Demonstrationen am 30. 5. machen. Die herrschende Klasse wird sich entgegen ihren Hoffnungen damit abfinden müssen, daß sie das HRG nicht reibungslos wird durchsetzen können. Deutlicher als je zuvor stehen die Sofortforderungen des VDS auf der Tagesordnung. Sie sind durch die Aktionen ein nicht wegzudenkender endgültiger Bestandteil des studentischen Kampfes an der Hochschule geworden. Den Studenten selbst und ihren Bündnispartnern innerhalb und außerhalb der Hochschule ist klargeworden, daß der Kampf für die Tagesforderungen für die Zukunft zu einer ständigen Aufgabe geworden ist. Darin liegt der Erfolg der Aktionen am 30. Mai.

Der 30. 5. war also ein Höhepunkt und vor allem der Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten und Aktionen gegen das HRG. Niemand konnte ernsthaft glauben, daß mit diesen einmaligen Regionaldemonstrationen unsere Sofortforderungen durchgesetzt würden. Vielmehr kommt es auch zukünftig darauf an, sich in den Aktivitäten auf die Tagesforde-

rungen zu konzentrieren, ohne das Ziel der demokratischen Hochschule aus den Augen zu verlieren. Denn sie bringen die aktuellsten und notwendigsten Tagesinteressen der Studenten zum Ausdruck. Hinter ihnen stehen die Studenten und viele Bündnispartner, vor allem auch die Gewerkschaften. Sie sind also imstande, das Bündnis von Studenten und Arbeiterbewegung zu verstärken, das Bündnis mit allen antimonopolistischen Kräften auszubauen. Deshalb sind sie auch durchsetzbar, und es lohnt sich für sie zu kämpfen. Aber diese Forderungen sind nicht nur Ausdruck aktueller Tagesinteressen, sondern ihre Durchsetzung bedeutet auch eine erhebliche Verbesserung der Kampfbedingungen der Studenten für die Durchsetzung weitergehender demokratischer Forderungen.

Aber sich auf die Tagesforderungen zu konzentrieren und das Bündnis mit der Arbeiterklasse real und praktisch werden zu lassen, genügt allein jedoch nicht, um Erfolge zu erringen. Was die demokratische Studentenbewegung jetzt nötiger denn je braucht, ist ein langer Atem, Durchhaltekraft. Nur wenn der Kampf für die Sofortforderungen zu einer ständigen Aufgabe studentischer Politik — ebenso wie der Sozialkampf — gemacht werden kann, können wir langfristig die Forderungen durchsetzen. Es ist notwendig, mehr als bisher Studenten dafür zu gewinnen, für ihre eigenen Interessen aktiv zu werden, sich in Fachschaften und ASten zu organisieren. Eine wachsende Zahl von Studenten muß



in die kontinuierliche Arbeit am Fachbereich und an der Hochschule einbezogen werden. Nicht spontanistische, perspektivlose Aktionen oder das rechte Kapitulantentum der Sektierer, das da behauptet, gegen das HRG sei nichts auszurichten, ist die Antwort, die die Studenten auf die Politik der herrschenden Klasse geben können, sondern ein kontinuierlicher, zäher und langer Kampf für die eigenen Interessen an der Seite der Arbeiterklasse, das ist es, was die Herrschenden fürchten. Ebenso wie die Arbeiterklasse, die Jahrzehnte um das Recht auf Gewerkschaften, um den Achtstudenten tag kämpfen mußte, um nur zwei Beispiele zu nennen, muß die demokratische Studentenbewegung Ausdauer und Geschlossenheit lernen, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren.

Denn eines ist klar: Noch ist das HRG nicht durchgesetzt. In jedem Land, an jeder Hochschule, an jedem Fachbereich formiert sich der demokratische Widerstand der Studenten und ihrer Bündnispartner. Es geht aber nicht um einen abstrakten Widerstand, sondern es kommt jetzt darauf an, an jedem Fachbereich den Kampf für eine demokratische Studienreform konkret zu machen, den Kampf für die demokratischen Ausbildungsziele aufzunehmen. Ausgehend von diesen spezifischen Bewegungen an den einzelnen Fachbereichen, muß immer wieder das Allgemeine, das Gemeinsame mit Bewegungen an anderen Fachbereichen und Hochschulen herausgearbeitet werden. Dies findet sich auch

wieder in den vier Tagesforderungen des VDS.

Es müssen jetzt Teilerfolge organisiert werden, ganz konkrete und erfahrbare Verbesserungen in den materiellen und inhaltlichen Studienbedingungen durchgesetzt werden. Dies kann und darf aber nicht isoliert und fachbereichsborniert geschehen. Denn endgültig können so errungene Teilerfolge nur abgesichert werden, wenn es uns gelingt, die vier Sofortforderungen des VDS langfristig durchzusetzen. Eine Unterlaufungsstrategie des HRG, welche an den Grenzen des Fachbereiches oder der einzelnen Hochschule halt macht, weckt nur die falsche Illusion, man könnte demokratische oder gar sozialistische Inseln isoliert an Einzelfachbereichen oder Hochschulen errichten. Dies scheitert spätestens dann, wenn die herrschende Klasse darangeht, mit Hilfe ihres gesamten Machtapparates ihren Vorstellungen Geltung zu verschaffen.

Deshalb wird es in den nächsten Jahren immer wieder darauf ankommen, ausgehend von Bewegungen an einzelnen Hochschulen oder Fachbereichen, auf eigenständige, bundesweite und einheitliche Massenaktionen gegen das HRG für die gesetzliche Verankerung unserer Sofortforderungen durchzuführen. Nur wenn kontinuierliche Arbeit und massenwirksame kleinere Aktionen am Fachbereich und in der Hochschule Hand in Hand gehen mit großen demokratischen Massenaktivitäten der Studenten auf Landes- und Bundesebene, besteht eine Chance, den dringend-

sten Tagesinteressen der Studenten Geltung zu verschaffen.

Jede dieser Massenaktionen ist ein konkreter Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses im gesellschaftlichen Klassenkampf. Konzentrierung auf die Tagesforderungen, Verbreiterung und Festigung des Bündnisses, Einbeziehung immer größerer Teile von Studenten, Erhöhung des kontinuierlich aktiven Kerns der Studenten, Kampf um konkrete Verbesserung am Fachbereich und in der Hochschule und immer wieder Entfaltung anti-monopolistischer Massenaktivitäten der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse, sind und bleiben die Voraussetzungen für die Durchsetzung der Tagesforderungen an das HRG.

Um diese Voraussetzungen zu schaffen, ist die Stärkung des MSB Spartakus notwendiger denn je. Denn nur eine marxistische Organisation wie der MSB Spartakus verkörpert Kontinuität, Geschlossenheit, Einigkeit und Aktivität. Es war der MSB Spartakus, der das Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten entwickelt hat. Die Kernaussagen dieses Studentenaktionsprogramms zu den Kernaussagen der gesamten demokratischen Studentenbewegung zu machen, ist wichtigste Vorbedingung für die Kontinuität im demokratischen Massenkampf. Denn nur ein demokratisches Alternativprogramm zur Politik der Formierung der Hochschule im Interesse des Großkapitals ist imstande, dem Kampf eine einheitliche, feste Zielrichtung zu geben, das Ziel der Einschränkung und

schließlich Überwindung der Macht der Monopole. Denn — und das weiß jeder spätestens seit der Ölkrise — Verbesserungen für die arbeitenden und lernenden Menschen dieses Landes können nur gegen das Großkapital durchgesetzt und mit der Überwindung ihrer Macht endgültig abgesichert werden. Deshalb gehört jeder Student, der ernsthaft für eine demokratische Hochschule, für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Studenten kämpft, in den MSB Spartakus. Jeder Genosse, den wir gewinnen, ist nicht nur ein Gewinn für den MSB Spartakus, sondern ein Gewinn für die gesamte demokratische Studentenbewegung; denn es ist einer mehr, der die Entschlossenheit verkörpert, für die Interessen der Studenten, für die demokratischen Alternativforderungen kontinuierlich zu kämpfen bis zu ihrer endgültigen Durchsetzung.

Dies gilt um so mehr in einer Zeit, in der die herrschende Klasse durch verstärkten Druck auf alle fortschrittlichen Kräfte versucht, Resignation und Anpassung in die demokratische Bewegung hineinzutragen, in der sie versucht, wie derzeit besonders die rechte SPD-Führung, aktive Demokraten zum Stillhalten zu bewegen. In vollem Bewußtsein, daß durch Stillhalten — wie alle Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung es lehren — keine, aber auch gar keine Verbesserungen für die arbeitenden und lernenden Menschen dieses Landes erreicht werden können.



Hamburg: KJA solidarisiert sich

Bei strahlendem Sonnenschein demonstrierten über 4000 Studenten in Hamburg. Ein Schwerpunkt ihrer HRG-Forderungen bildete der Kampf gegen die Bundeswehrhochschule und um die Erhaltung des politischen Mandats. (Siehe dazu auch rb-nachrichten.)

Wenige Tage zuvor hatte eine Uni-Vollversammlung mit 2500 Studenten den Aufruf zur Demonstration beschlossen. In der Vorbereitung der Demo wurden an den einzelnen Hochschulen und Instituten verschiedenste Aktionen durchgeführt. Die größte Begeisterung weckten HRG-Riesenwürfelspiele, die allen Teilnehmern und Zuschauern konkret die Auswirkungen des HRG für jeden Studenten vermittelten. Den Abschluß der Demonstration bildete eine große Uni-Fete.

München: Betriebsrat für studentische Forderungen!

Auf einer vorangegangenen Kundgebung unterstützte der Rosenheimer Betriebsrat Sepp Schmidt die studentischen Forderungen. Besonders verwies er darauf, daß die Studenten mit ihrer Forderung nach Öffnung der Hochschulen für Arbeiterkinder keine „isoliert akademischen Forderungen“ vertreten.

Mit der Begründung, „da sei nichts mehr zu machen, HRG sei schon durchgesetzt“ hatten die roten Zellen und der von ihnen gestellte Uni-ASTA eine Beteiligung am Aktionstag abgelehnt und Studenten von Aktionen zurückzuhalten versucht.

Nach der Demonstration gegen das Berufsverbot für Holzer hatten MSB Spartakus, Sozialistischer Hochschulbund und der ASTA der Technischen Universität zu einem Aktionstag gegen das HRG aufgerufen. An einem zentralen Infostand auf dem Marienplatz diskutierten Studenten bis in die Abendstunden hinein mit den Münchner Bürgern über die Auswirkungen des HRG.

Kiel: Gegen Berufsverbot für Detlev von Schipp

Die Kieler Demonstration war stark bestimmt von den neuen Berufsverbotsdrohungen gegen Detlev von Schipp, Dozent an der Kieler Fachhochschule für Sozialwesen und Mitglied des GEW-Hauptvorstandes.

Schon in der Vorbereitung der Demonstration hatten 470 der 600 Fachhochschulstudenten eine Resolution gegen das Berufsverbot unterzeichnet. Auf der Kundgebung sprach unter anderem Kurt Buhnke, 2. Vorsitzender des AJLE (Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) als Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesinitiative gegen die Berufsverbote.

Heidelberg: Stolperstrecke und Eintrittskarten

ASTA-Demonstrationen war eine intensive Aufklärungsarbeit vorausgegangen. So hatten Spartakisten an der Pädagogischen Hochschule eine Stolperstrecke aufgebaut, die symbolisch die Auswirkungen des HRG demonstrierte. Vor einem überfüllten Germanistikseminar wurden Eintrittskarten verkauft.



In dieser Ausgabe der roten blätter geben wir einen Überblick über die Demonstrationen am 30. 6. 1974 überall in der Bundesrepublik. Da unser Redaktionsschluß schon vor diesem Termin lag, konnten wir nur noch die Meldungen nachschicken, die uns am 31. 5. erreichten. Darum ergeben die Berichte einen ersten Überblick, sind aber nicht repräsentativ und berücksichtigen auch viele Orte nicht, in denen Aktionen und Demonstrationen stattfanden!

Düsseldorf: „Forderungen, die das Verständnis der Bevölkerung gewinnen“

Beinahe 10.000 Studenten demonstrierten in Düsseldorf. Neben einem Vertreter des VDS sprach unter anderem Günther Niebuhr, Betriebsrat bei Felten und Guillaume in Köln. In seiner Rede erklärte er unter anderem: „... Die Unternehmer haben zum Sanieren geblasen, um ein besseres, fortschrittliches Berufsbildungsgesetz zu verhindern. Mittels der Erpressung, durch drastische Kürzung der Lehrstellen, versuchen die Unternehmer, die berechtigten Forderungen der jungen Kollegen zu ersticken... Und sie (die Unternehmer) kommen zu einem bedeutsamen Eingeständnis, wenn sie durch den Mund des Vizepräsidenten des BDA, Herrn Dr. Imhoff, erklären lassen: „Es kann nicht ausbleiben, daß auf Schulen

und Universitäten die Ansicht Anhänger gewinnt, die Wirtschaft könne auch sehr gut ohne Unternehmer auskommen.“ Ich versichere Herrn Imhoff: Nicht nur in Schulen und Unis, Auch in den Betrieben erkennen Arbeiter und Angestellte immer mehr, daß sie nicht nur sehr gut, sondern viel besser ohne Unternehmer, ohne Krupps, Sachs und Flicks auskommen können!

... Im Betriebsverfassungsgesetz ist das Verbot der politischen Betätigung der Betriebsräte verankert. Dieses Verbot soll jetzt durch die Abschaffung des politischen Mandats auf die Universitäten ausgedehnt werden... Die Forderungen des DGB zu einer demokratischen Bildungsreform liegen auf dem Tisch. Um die volle Durchsetzung dieser Forderungen gilt es jetzt gemeinsam den Kampf zu führen. Wichtig dabei ist aber, solche Forderungen, Lösungen und Kampfformen zu wählen, die Verständnis und Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung gewinnen können, insbesondere in einer Situation, in der die unheilvolle Allianz von Profit und Polizeiknäuel immer schärfere Konturen annimmt.“



Hannover: Spartakus ruft auf: Wählt DKP!

„Auf jeden Fall weitermachen, dies war nur unsere erste Antwort!“, das war die fast durchgängige Meinung unter den Demonstranten in Hannover. Hier waren es 2500 gewesen, die nach einer interessanten Aktionswoche in Hannover demonstrierten. Am Montag war Auftakt gewesen. Mit einem Wurfspiel machten Spartakisten die Studenten auf die Demonstration aufmerksam. Getroffen werden konnte Regelstudienzeit, Numerus clausus und anderes leider bekanntes. Preise waren Materialien des Spartakus, zum Beispiel rote blätter-Ausgaben, Mao-Broschüren und natürlich Materialien zum HRG.

In einer ersten Stellungnahme erklärte der Bundesvorstand des MSB Spartakus einen Tag nach den Demonstrationen:

Der Aktionstag des vds gegen das Hochschulrahmengesetz war ein wichtiger Erfolg. Neben zahllosen Veranstaltungen und anderen Aktionen wurden in einer Reihe von Städten Demonstrationen mit über 20 000 Teilnehmern durchgeführt. Die Demonstrationen und Kundgebungen brachten die Geschlossenheit der Teilnehmer auf der Basis der Sofortforderungen des vds zum Ausdruck:

1. Keine Regelstudienzeit
2. Kein Ordnungsrecht
3. Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat
4. Erhaltung und Ausbau der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen, gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen
5. Demokratische Forschungskontrolle.

Die Kundgebungen wurden durch das Auftreten aktiver Gewerkschafter und Betriebsräte zu Manifestationen des gemeinsamen Kampfes von Studenten und Arbeiterklasse für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Stu-

Am Dienstag bildete eine in den „HRG-Rahmen“ eingespannte Puppe den Sammelpunkt für die Diskussionen unter den Studenten. Am Mittwoch wurden die Studenten in den einzelnen Fachbereichen durch eine Sandwichdemo durch die Uni noch einmal auf die Notwendigkeit angesprochen, am Freitag mitzumachen. Und am Donnerstag endlich trat der staatliche Zwangsexmatrikulator in der Mensa auf, der mit persönlichen Gutachten allen Studenten, die länger als 8 Semester studiert haben, ihre Exmatrikulation ankündigte.

Der Spartakus wies in der Vorbereitung und während der Demonstration auf die zugleich laufende Landtagswahl hin. Denn studentischer Kampf findet ja nicht im Abseits von allgemeinen politischen Entwicklungen statt. Und auch für die Studenten ist es entscheidend, wer in den Landtag kommt. Darum rief der Spartakus auf, DKP zu wählen, denn unter allen Kandidaten unterstützten allein die Kommunisten vorbehaltlos die Forderungen der

Studenten. Ebenso wie die Arbeiter müssen die Studenten ihre Interessen im einheitlichen und organisierten Kampf gegen Großkapital und Reaktion selber wahrnehmen: Das war die Antwort der Demonstranten auf die Regierungserklärung Helmut Schmidts und auf die verschärften Angriffe der äußersten Reaktion gegen die sozialen und demokratischen Rechte der Studenten.

Damit haben die Studenten am vds-Aktionstag den einzig richtigen Weg zur Verbesserung ihrer Lage beschritten. Dies ist in der gegenwärtigen innenpolitischen Lage um so höher zu bewerten, als die herrschende Klasse den Druck auf die Studentenbewegung immens verschärft. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die rechten und ultralinken Studentenorganisationen eine massive Kampagne mit dem Ziel entfaltet hatten, die Studenten von der Teilnahme an den HRG-Aktionen abzuhalten. Demgegenüber hat das im vds geschlossene Bündnis zwischen Marxisten, Sozialdemokraten und Liberalen erste wichtige Erfolge gezeitigt. Jetzt kommt es darauf an, den Protest gegen das HRG, das noch im Juni verabschiedet werden soll, nicht verstummen zu lassen. Für die Durchsetzung unserer Sofortforderungen muß der kontinuierliche Kampf zur demokratischen Veränderung des Studiums verstärkt werden, mehr Studenten müssen in den Organen der verfaßten Studentenschaft mitarbeiten. Und vor allem: Noch viel mehr Studenten müssen sich im MSB Spartakus organisieren, der MSB als aktive, initiativreiche, vorwärtsdrängende, einigende, gende, revolutionäre Kraft an den Hochschulen muß weiterhin gestärkt werden!

Studenten, die im gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Studenten liegen.

In Bevölkerungsflugblättern wurden die Hannoveraner über Ziel und Forderungen der Studenten informiert. Daß sie der Demonstration positiv gegenüberstanden, spiegelte sich am nächsten Tag auch in der Presseberichterstattung wieder, die das Verständnis für die studentischen Forderungen nicht zurückhalten konnte.



Freiburg: DGB stimmt VDS- Forderungen zu

In Freiburg demonstrierten über 1500 Studenten. Für die Medizinstudenten in ihrem Streik gegen den inneren Numerus clausus war diese Demonstration ein wichtiger Höhepunkt ihrer Kampagne. Zuvor hatten sie schon 10 000 Unterschriften an Infoständen in der Stadt für ihre Forderungen gesammelt.

So sprach dann auch auf der Kundgebung neben dem Jugendbildungsreferenten des DGB für Baden ein Vertreter des Streikrates der Mediziner. Der DGB-Vertreter stellte das gemeinsame Interesse von Arbeiterjugend und Studenten an einer demokratischen Ausbildung heraus und erklärte die volle Solidarität des DGB mit den Forderungen der Studenten. Insbesondere verwies er auf die 23 Thesen des DGB, in denen sich die Gewerkschaften für den Erhalt der verfaßten Studentenschaften mit politischem Mandat aussprechen. Weiter hob er die Zustimmung des DGB für die Forderungen des VDS hervor, jedes Ordnungsrecht aus dem HRG herauszulassen.



Bremen: Bevölkerung reagierte positiv

Weit über 1000 Studenten demonstrierten in Bremen. Durch Unterschriftenaktionen war in der Universität mobilisiert worden. In den Tagen zuvor wurden an Betrieben und Verkehrsknotenpunkten Flugblätter verteilt. So war die Reaktion der Bevölkerung auch positiv. Auf der Kundgebung sprachen Achim Klug für die Konferenz Bremer ASten und Uwe Kuipfel von der Gesamtschulvertretung. Die größte Zustimmung erhielt der Betriebsrat Jürgen Ebberts.



Der Komsomol, das sind nicht nur die im kommunistischen Jugendverband der Sowjetunion organisierten 34 Millionen junger Menschen zwischen 14 und 27 Jahren. Komsomol und Komsomolzen sind im Leben dieses Landes ein sozusagen stehender Begriff. Wann immer beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion besonders wichtige Wasserkraftwerke, Metallurgiezentren, Werke größten Ausmaßes gebaut wurden, ist der Komsomol damit betraut worden. Das Ansehen der Komsomolzen und die Erwartungen, die man in sie setzt, hängen aber auch mit den Heldentaten zusammen, die zahllose von ihnen während des Bürgerkrieges und insbesondere des Krieges gegen Hitlerdeutschland vollbracht haben.

Ich habe inzwischen an zwei Kongressen des Komsomol, dem 16. und 17., teilgenommen. Der Unterschied zwischen ihnen besteht vor allem in den Aufgaben, die sich der Jugendverband beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft stellt. Aufgaben, die ihrer Bedeutung und ihrem Umfang nach immer größere Dimensionen bekommen. Als Beispiel: Auf dem Komsomolzensuschwerpunkt Nabereschnije Tschelnij an der Kama las ich ein Transparenz: „Unsere Väter bauten Magnitka (das Metallurgiezentrum der UdSSR), wir aber bauen Kamas (das weltgrößte Lkw-Werk). „Kamas“ war ein Diskussionsthema des 16. Komsomolkongresses. Auf diesem Kongreß ging es um Projekte, wie die Baikal-Amur-Magistrale, eine Eisenbahnverbindung, die bisher in der Welt unter solchen geographischen, klimatischen und anderen Bedingungen noch nicht gebaut wurde. Diese neue „Transsib“, wie man sie auch nennt, wird ein Industriegebiet erschließen, das ungeheure Ausmaße, aber auch gewaltige Bodenschätze birgt. Und dafür wurde dem Komsomol die Hauptverantwortung übertragen. Nächste Parteitagen der KPdSU sind es die Kongresse des Komsomol, die in der Sowjetunion größte Beachtung finden. Das hängt mit der Rolle zusammen, die die Jugend im staatlichen und gesellschaftlichen Leben spielt. Daß sie seit Gründung des Staates einbezogen ist in die Verantwortung und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. „Heute wird keine wichtige, für das Leben des Landes bestimmende Frage mehr ohne die Jugend entschieden“, sagte L. I. Breshnew vor dem Forum des Kongresses. Diese Feststellung unterstrichen alle Diskussionsbeiträge, die auf dem Kongreß gehalten wurden. Selbstbewußt und kritisch sprachen junge Arbeiter, Traktoristen, Ingenieure, Wissenschaftler und

Hubert Kuschnik, Korrespondent der Tageszeitung der DKP, der UZ, in Moskau.

Keine Entscheidung ohne die Jugend

Künstler darüber, wie ihrer Meinung nach das gemeinsame Ziel, die kommunistische Gesellschaft, durch bessere Organisation, größeren Arbeitseнтуhusiasmus, Anwendung und Beherrschung der Fortschritte der technisch-wissenschaftlichen Revolution, schneller verwirklicht wird.

„Lenin-Partija-Komsomol“ das waren die Sprechchöre der 5000 Delegierten, die während des Kongresses immer wieder erklangen. Wer vor und im Verlauf des Kongresses mit den Delegierten sprach, konnte spüren, daß diese drei Worte die Verbundenheit der Komsomolzen mit der Kommunistischen Partei, ihrem Gründer und Organisator ausdrückten.

Unter den Delegierten waren die meisten zum ersten Male Teilnehmer eines solchen Kongresses. Beeindruckend war die Sachlichkeit und Sachkenntnis, mit der sie auftraten, ganz gleich um was es dabei ging, um bedeutende Erfolge ihrer örtlichen Komsomolorganisation, um vorbildliche Leistungen in der Schafzucht Kasachstans, im Bergbau des Donbass (wo ein junger Hauer die Techniker kritisierte, daß sie noch zu schwere Mechanik konstruieren), oder um die Erschließung fernöstlicher Neulandgebiete.

Was die Sachkenntnis angeht, so liegt sie in dem außerordentlich hohen Bildungsniveau begründet, das auf dem Kongreß einmal mehr zum Ausdruck kam, einem Bildungs- und Ausbildungsniveau, für das der Staat alle materiellen Voraussetzungen geschaffen hat, indem er die Zehn-Klassen-Schulpflicht obligatorisch machte.

Kongresse von Jugendverbänden zeichnen sich gewiß nicht durch Gleichförmigkeit und Eintönigkeit aus: Der 17. Komsomolkongreß hatte mitreißende, begeisterte Höhepunkte. So als Leonid Breshnew zu den Delegierten sprach. Als Vertreter der ersten Komsomolzeneneration, heute Veteranen der Arbeiterbewegung, den Kongreß begrüßten. Unter ihnen Diplomaten, Generale, führende Politiker der UdSSR. Auch der Generalsekretär des ZK der KPdSU sprach von der Zeit, als der Komsomol noch 300 000 Mitglieder zählte und er im Jahre 1923 eines davon geworden war.

Vom Moskauer Komsomol-Kongreß berichtet Hubert Kuschnik



Damals bildeten die Komsomolzen „meist nur eine kleine Handvoll junger Menschen. Sie waren jedoch erfüllt von revolutionärer Leidenschaft und Tapferkeit und vollbrachten nicht selten Heldentaten“. „Als solche“, so sagte Breshnew weiter, „kenne ich auch die späteren Generationen des Komsomol. Der Enthusiasmus und der Mut der Helden der ersten Planjahrhünfte werden dem Volk auf immer in Erinnerung bleiben“. Und daß der Komsomol seit jeher die internationale Solidarität zu seinen wichtigsten Prinzipien zählte, davon zeugten die Vertreter der 135 internationalen Jugendverbände, die dem Kongreß beiwohnten, unter ihnen die Vertreter der chilenischen, vietnamesischen, arabischen Jugend. Auf dem Kongreß traf ich drei Komsomolinnen als Delegierte wieder, die ich Wochen

vorher in Magnitogorsk kennenlernte. Ich hatte sie damals gefragt, wie die internationalistische Erziehung des Komsomol in ihrer Stadt vor sich gehe. Eines der vielen Beispiele, die sie nannten, beeindruckte mich besonders: Einer der Komsomolzen, die sich als erste als Freiwillige zum Bau der Baikal-Amur-Magistrale meldeten, hatte schon vorher, ebenfalls freiwillig, beim Bau einer Eisenbahn in Chile mitgeholfen.

Jewgenij Tjaschnikow, der 1. Sekretär des Komsomol, versicherte den anwesenden Jugendvertretern aus über 100 Ländern, daß der „Leninsche Komsomol und die sowjetische Jugend für die Festigung des Friedens in der ganzen Welt, für die Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker ihre Kräfte und Energie nicht schonen“ werde.

Sofortprogramm der Jugend verabschiedet

„Uns wird nichts geschenkt! Jede Verbesserung für die Arbeiterjugend muß von ihr erkämpft werden. Gemeinsam!“ Diese Worte, die der neugewählte SDAJ-Vorsitzende Wolfgang Gehrcke auf einer kämpferischen Abschlußveranstaltung sprach, hätten über dem gesamten IV. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend stehen können. Die 578 Delegierten (Durchschnittsalter: 19,9 Jahre; 75 Prozent Lehrlinge und junge Arbeiter) repräsentierten selbstbewußt eine Organisation, die in den sechs Jahren ihres Bestehens zu einem festen Bestandteil der nationalen und internationalen Jugendbewegung geworden ist.



Auch SDAJ-Genossen in Uniform nahmen am Kongreß teil.

Diese Tatsache bewiesen nicht zuletzt die 20 internationalen Delegationen, u. a. aus der UdSSR, der DDR, Südvietnam, Chile, Frankreich, Italien usw. und den vielen Gästen aus der BRD, u. a. von der Naturfreundejugend, dem VDS, dem MSB Spartakus, dem SHB, der Initiative Internationale Vietnamsolidarität, dem Verband der Kriegsdienstverweigerer, dem Koordinationsbüro von Freizeitinitiativen und anderen mehr. Der Vorsitzende der Jungdemokraten, Theo Schiller, betonte in einem Grußschreiben die Möglichkeit von gemeinsamen Aktionen.

Zwei Tage lang berichteten die Delegierten und Gastdelegierten von ihren Erfolgen und Erfahrungen, die sie im Kampf für die Rechte der arbeitenden und lernenden Jugend errungen haben. Grundlage dieser vielfältigen Aktionen war und ist weiterhin das Aktionsprogramm „5 Grundrechte für die Jugend“, das auf dem III. Bundeskongreß in Stuttgart beschlossen worden war.

Die Erfolge des Kampfes zeigten sich anschaulich: in zwei Jahren wurden 230 neue Gruppen gegründet; es existieren jetzt also 500 Gruppen der SDAJ in allen Teilen der BRD, auch in Teilen, die noch vor kurzem als „Weiße Flecken“ bei der Arbeit galten. Die Arbeit wurde vor allem auf dem Schüler- und dem Freizeitsektor verstärkt. Im März gab der Bundesvorstand der SDAJ den Entwurf von Schülerforderungen heraus. 34 Schülergruppen traten bisher korporativ der SDAJ bei. Der Freizeitkongreß, den die SDAJ gemeinsam mit dem Jugendmagazin elan in Saarbrücken durchführte, zeigte die Fortschritte in der Arbeit auf diesem Gebiet.

Höhepunkte des Kongresses waren immer wieder Auftritte von

internationalen Gästen, insbesondere von Vertretern des Leninischen Komsomol, der FDJ, der Jugend für die Befreiung Vietnams und des Kommunistischen Jugendverbands Chiles. Die Delegierten bekundeten immer wieder ihre unverbrüchliche Solidarität mit den kämpfenden Völkern Vietnams und Chiles. Und es blieb nicht bei solchen Bekundungen. Viele Delegierte berichteten von den zahlreichen Solidaritätsaktionen, die die Gruppen durchgeführt hatten. Z. B. sammelten die Bochumer allein 10 000 DM für die Unidad Popular. Die Delegierten beschlossen einmütig, solche Aktionen wie „Ein Stundenlohn für die Unidad Popular“ und „Eine Schule für Nam Ha“ verstärkt in den Mittelpunkt ihrer Aktionen zu stellen. Ein Höhepunkt der internationalen Solidarität wurde auch die Abendveranstaltung, auf der neben vielen anderen auch die chilenische Gruppe Inti Illimani auftrat.

Wie ein roter Faden zog sich die Erkenntnis durch den Kongreß: Will die Jugend etwas erreichen, dann nur durch ihr gemeinsames Handeln. Die vielen Delegationen aus der BRD zeigten die Fortschritte auf diesem Wege auf. Im Rechenschaftsbericht und in zahlreichen Diskussionsbeiträgen wurde immer wieder hervorgehoben, daß diese Tatsache auch für die neue Bundesregierung gilt. Der neuen Bundesregierung wurde ein Sofortprogramm genannt, in dem Wege aufgezeigt wurden, wie die Rechte der arbeitenden und lernenden Jugend durchgesetzt werden können.

Einer der vielen Höhepunkte des Kongresses war auch das Grußwort von Veteranen der Arbeiterjugendbewegung an die Delegierten und Gäste. Dieses Auftreten bekundete die Verbundenheit der SDAJ mit der Tradition von 70 Jahren deutscher Arbeiterjugendbewegung. „Jung und alt vereint, schlagen den Klassenfeind!“ So schallten immer wieder Sprechchöre durch die Niedersachsenshalle. In dem Grußwort wurde hervorgehoben: Die SDAJ steht in der Tradition der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterjugendbewegung.

Herzlich verabschiedeten die Delegierten den bisherigen Vorsitzenden Rolf Jürgen Priemer, der neue Aufgaben im Präsidium der DKP übernimmt. Zum neuen Vorsitzenden wurde Wolfgang Gehrcke gewählt.

Wahlen und Beschlußfassung zeigten deutlich: die SDAJ ist fest in sich geschlossen und wird auch so einheitlich ihre nächsten Aufgaben anpacken. Dieser IV.

Bundeskongreß gab die besten Voraussetzungen für weitere Erfolge der SDAJ im Kampf für die Grundrechte der arbeitenden und lernenden Jugend!

Ruth Sauerwein

Das Krähen des gallischen Hahns

Frankreich nach der Wahl von J. Büscher

Gern gebe ich es nicht zu, aber ich habe sie zunächst beneidet: die Anhänger Giscard d'Estaings, als sie in der Wahlnacht auf den Champs-Elysees den Sieg feierten. Doch es war nicht das Volk von Paris, das da auf den Straßen war. Selbst die FAZ berichtete, die Spontaneität sei nicht so echt gewesen, wie es scheinen sollte, und manche Scharen seien offenbar von fernher angereist. Und Jubel brach immer nur dann aus, wenn die Fernsehscheinwerfer aufleuchteten.

Also wohl doch keine Siegesfeier, die beneidenswert wäre. Es scheint sich doch zu lohnen, auf den Tag zu warten, an dem nicht Statisten auftreten, sondern an dem Paris auf den Beinen sein wird, um den Sieg des Volkes, um den Sieg der vereinten Linken zu feiern. Und es ist gut möglich, daß das eigentliche Ergebnis der französischen Wahlen in der Erkenntnis liegt, daß es nicht mehr weit sein kann bis zu diesem Tag. Übrigens ist auch die französische Bourgeoisie klug genug, um eine solche Entwicklung vorauszuahnen. Eines ihrer Sprachrohre, die Zeitung „Les Echos“ schrieb: „Der Vorsprung Giscard ist so schwach, daß man nicht von einem politischen Sieg, kaum von einem Erfolg sprechen kann... Spektakulär dagegen ist der Aufstieg der Linksunion. Richtig! Ihre 49,19 Prozent bedeuten nur 422 791 Stimmen Abstand vom Sieger bei insgesamt 26 374 035 Stimmen. Fast sechs Prozent mehr für Francois Mitterrand als im ersten Wahlgang. Der 1973 bei den Parlamentswahlen erreichte Höchststand von 46,69 Prozent wurde aufs Neue überboten. Die Linke ist es, die auf dem Vormarsch ist.

Ein Optimismus, der sich nicht nur auf Zahlen stützt. So kann man es Giscard schon heute schriftlich geben, daß er mit den sozialen und ökonomischen Problemen des Landes nicht fertig werden wird. Giscard ist, wer könnte daran zweifeln, der Mann der französischen Bourgeoisie. Man hat ihn nicht in den Elysee-Palast gehieft, damit er dort Arbeiterpolitik macht. Dieser Mann hat seit 11 Jahren einen bestimmten Kurs verfolgt, der sich gegen die Interessen der französischen Arbeiterklasse richtete. Im Wahlkampf hat er nun Versprechungen gemacht, die im Widerspruch mit allem standen, was er vorher getan hat. Ähnliches gibt es natürlich bei uns auch. Nur, in Frankreich wird man dem Erinnerungsvermögen des Präsidenten entschiedener nachhelfen. Die Kräfte, die dafür sorgen werden, sind stark genug. Es liegt nicht mehr in der Hand der Regierung, allein zu bestimmen, was auf die Tagesordnung der französischen Politik gesetzt wird. Die sozialen Kämpfe werden also weitergehen, ja an Schärfe zunehmen und das nicht nur weil die Preissteigerungsrate über 10 Prozent beträgt. Es geht dann in

internationales

den Lohnkämpfen nicht nur um den Pfennig oder die Mark. Den französischen Werktätigen ist doch seit dem Wahlsonntag bewußt, daß es eine wirkliche politische Alternative gibt. Die unausweichliche Verschärfung der sozialen Gegensätze einerseits und die allen bewußt gewordene Chance einer demokratischen und sozialistischen Entwicklung des Landes andererseits ergeben eine Mischung, die für die Herrschaft des französischen Kapitals tödlich sein könnte.

Es war schon ein Vergnügen, in der Bundesrepublik mitanzusehen zu können, was für Eiertänze Bonner Politiker und Journalistenschickleria vollführten, wenn sie sich zur französischen Linksunion äußern sollten. Das Wort von den „besonderen Bedingungen“ in Frankreich machte die Runde. Demnach sei in Frankreich „alles anders“, so daß man den Eindruck haben konnte, dieses Land läge auf dem Mond. Frankreich, aber, das sei diesen Herren gesagt, liegt vor unserer Haustür.

Seitdem in Frankreich das Bündnis von Kommunisten und Sozialisten existiert, gibt es bei uns nichts als Kassandras, die vor allem der Sozialistischen Partei — wie die SPD Mitglied der „Sozialistischen Internationalen“ — den drohenden Untergang in der „kommunistischen Umarmung“ voraussagen. Alles schlechte Propheten, die Union der Linksparteien wirkte sich für alle Beteiligten positiv aus. Die Sozialistische Partei war noch nie so stark wie heute.

Vollends lächerlich betrugen sich diejenigen, die sich bei uns als die wahren Freunde Mitterrands aufspielten; ihm gute Ratschläge erteilten, die immer wieder auf das eine hinausliefen, er möge sich doch von den Kommunisten lösen. Es ist diese Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, durch die die Einheit der Arbeiterklasse Frankreichs hergestellt wurde, die für Herrn Strauß aber auch für Herrn Schmidt ein wahres Schreckgespenst ist. Sie wird bleiben, auch nach den Wahlen. Sie wird bleiben als ständige Herausforderung nicht nur für die herrschende Klasse Frankreichs, sondern ganz Westeuropas.

Die Linksunion ist die Garantie dafür, daß das Abschneiden Francois Mitterrands keine Episo-

de bleibt, nicht morgen schon vergessen ist. Deshalb sind die Herrschenden auf beiden Seiten des Rheins auch so besorgt um die „Zukunft Frankreichs“.

Das gemeinsame Programm und die Linksunion ist ein Muster mit Wert. Ein Ende der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus ist nicht abzusehen. Für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften wird sich die Frage nach einem Ausweg aus Inflation und Arbeitsplatzunsicherheit immer dringender stellen. Die tiefgreifenden sozialen Reformen des „programme commun“ zeigen einen Weg.

Ebenfalls in der Krise befinden sich diejenigen sozialdemokratischen Parteien, deren Führungen einen prokapitalistischen Kurs steuern. Im Gegensatz zur Sozialistischen Partei Frankreichs geht ihr Einfluß zurück. Interessant ist nun, daß der Aufstieg der Partei Mitterrands begann, als sich dort diejenige Strömung durchsetzte, die für eine linke Politik und für die Annäherung an die KP plädierte. Das kluge Verhalten der Kommunisten erleichterte diesen Prozeß. Als der damalige Präsidentschaftskandidat der Sozialisten, Deferre, ganze fünf Prozent bekam — der Kommunist Duclos erzielte nahezu 20 Prozent der Stimmen — war es KP-Generalsekretär Marchais, der sich an die Sozialisten mit einem Angebot zur Kooperation wandte. Was in der Vergangenheit immer wieder abgelehnt worden war, zum Schaden der Sozialisten.

Übrigens ist die Linksunion auch ein Muster mit Wert, um mit einem Problem fertig zu werden, daß die SPD bei uns so brennend interessiert, die „Wähler der Mitte“ zu gewinnen. Mitterrand gelang der Einbruch in die Anhängerschaft der Gaullisten — und zwar mit einem konsequent linken Wahlprogramm.

Sicher, in der Bundesrepublik liegt noch ein langer Weg vor uns, um zu „französischen Verhältnissen“ zu kommen. Die Ereignisse jenseits des Rheins aber werden uns helfen. Das Beispiel ist gegeben. Angesichts der revolutionären Entwicklung Frankreichs stellte Karl Marx vor mehr als hundert Jahren fest: Es wird der Tag kommen, da wird das Krähen des gallischen Hahns auch das Zeitalter der Morgenröte für Deutschland ankündigen. Voilà, er hat gekräht.

Israels Jugend zwischen Realismus und Illusion

rb-Sonderreportage
von Hans Lebrecht

Hans Lebrecht ist Korrespondent der Tageszeitung der DKP, der UZ, in Tel Aviv.

Jerusalem liegt auf Hügeln. Zwischen Hügeln gibt es auch Täler. In einem dieser Täler zimmerte der Sage nach Jesus sein Kreuz. In diesem malerischen Tal inmitten der Großstadt liegt, zwischen alten Olivenbäumen und von hohen Mauern umgeben, ein Kloster aus dem 7. Jahrhundert, und darin ist das Grab des grusinischen Heldeneposdichters Schota Rusthaweli aus dem 12. Jahrhundert. Auf dem angrenzenden Hügel liegt die Knesset, das israelische Parlament, und die häßlich gebauten Regierungsgebäude. Nicht weit davon steht, auf einem anderen Hügel, die für die Mohammedaner heilige Omar-Mo-

schee, darüber der Olivenberg, ein christlicher Wallfahrtsort, und darunter die von religiösen Juden angebetete Klagenmauer, ein Rest des alten Salomonischen Tempels.

Ich könnte noch lange fortfahren in der Liste der Gedenkstätten jahrtausendealter blutiger Fehden und friedlicher Eintracht — seit der Eroberung Jerusalems durch David, König der Juden, bis zur Gegenwart. Diese Geschichte illustriert nur den Hintergrund zur Konfusion der gerade jetzt zwischen Realismus und eingehämmerten Illusionen zerrissenen Jugend Israels.

Am 25. Jahrestag der Unabhängigkeit Israels (Mai 1973) rollte eine modern ausgerüstete und provokative Militärparade durch die Straßen Jerusalems, sowohl im israelischen Teil, als auch auf dem seit Juni 1967 besetzten arabischen Teil.

Ein Jahr später — am 26. Jahrestag — marschierten einige tausend Jugendliche, Studenten, Intelligenzler, Künstler, junge Arbeiter, betont nur in dem israelischen Teil Jerusalems, unter Losungen für Frieden ohne Okkupation, Wohnungen für junge Paare anstatt „fertige Tatsachen“

(israelische Siedlungen im besetzten Gebiet), Zukunft ohne Kriege, usw. usw. „Wir wollen der vorjährigen übersteigerten Militärparade einen Friedensmarsch gegenüberstellen“ — betonten die Organisatoren gegenüber der Presse.

Es war wohl das erste Mal in der Geschichte Israels, daß so etwas am Unabhängigkeitstag möglich war, daß eine solche Demonstration einer breiten Palette von Kriegsgegnern aus vielen politischen Parteien und Parteilose zustandekam und von einer breiten

Öffentlichkeit sympathisch akzeptiert wurde. Zum Abschluß des Aufmarsches trafen sich all die Tausenden zu einem gewaltigen Picknick à la Hydepark, d. h. mit politischen Aussprachen, gerade in jenem Tal des Kreuzes, nahe den alten Klostermauern und der Knesset.

Der Gegensatz Militärparade 1973 und Friedensmarsch 1974 spiegelt den sogenannten „Erdrutsch“ wider, welchen der Oktober 1973er Krieg in der israelischen Öffentlichkeit auslöste und besonders die jüngere Generation mitriß,

Bei weiten Teilen der öffentlichen Meinung stürzten Illusionen zusammen, welche schon von Kindheit durch Erziehung zur chauvinistischen Überheblichkeit und Militarismus, einschließlich der Mär von der „Unbesiegbarkeit der israelischen Armee“ und dem „Wir sind immer gerecht und die anderen immer im Unrecht“, eingetrichtert wurden und welche seit dem Juni 1967 durch intensive Hirnwäsche als feststehende historische Tatsachen vorgaukelten. Zu diesen Illusionen gehörte, daß die besetzten arabischen Gebiete Israel ungestraft einverleibt

werden können, die „neuen Grenzen“ sichere und dauernde Grenzen wären, daß man der ganzen Welt den Kampf des palästinensischen Volkes gegen Okkupation und Unterdrückung als „Terrorismus“ verkaufen könne, daß Israel eine „liberale und menschenfreundliche Okkupation“ führe, daß die Araber niemals imstande sein würden, mit moderner Technik und neuesten Kriegswaffen umgehen zu können usw., usw. Dann kam der Oktoberkrieg und die Desillusion.

Der „Erdbeben“ erfaßte viele, aber bei weitem nicht alle. Nationalistische Illusionen können tief sitzen. Selbst die Mehrheit derjenigen, welche davon ergriffen wurden, sind noch teilweise von den traditionellen Lösungen gefangen. Sie sehen wohl schon ein, daß es „so nicht weiter gehen kann“, daß eine Änderung der politischen traditionellen Führung und einiger Axiome notwendig wären, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Aber wie diese Änderung aussuchen soll, darüber sind die Meinungen geteilt. Die meisten glauben noch an die Möglichkeit territorialer Kompromisse auf Kosten der arabischen Völker, d. h. daß man kleinere oder größere Teile der okkupierten Gebiete „abtreten“ solle, andere Israel einverleiben, und damit Frieden erreichen könne. Andere wiederum haben schon eingesehen, daß auch dies nicht geht, weil die arabischen Völker unmöglich auf ihre Gebiete verzichten werden. Es wird endlich, nach 26 Jahren zum ersten Male (wenn man von den Kommunisten absieht) die Frage der nationalen Rechte des arabischen Palästinavolkes öffentlich diskutiert, denn eine der illusorischen Axiome war bis vorigen Oktober, daß es dieses Volk überhaupt nicht gäbe, oder, im besten Falle, daß man es ignorieren könne.

Aus den letzten Knesset-(Parlaments-)Wahlen am 31. Dezember 1973 kamen die Regierungskoalitionspartner geschwächt heraus. Der sogenannte „Arbeiter“-Block „Arbeiterführer“ wie Golda Meir, Mosche Dayan usw.) erhielt fünf Sitze weniger in dem 120-Mann-Parlament. Der rechtsextremistische Likud-Block hingegen verstärkte seine Stellung und erhielt etwa ein Drittel der Sitze (Likud = Vereinigung; zusammengesetzt aus fünf Parteien, die beiden größten die halbfaschistische Cherut und die großbürgerlichen Liberalen).

Die linken nichtkommunistischen Parteien haben durch ihre Zersplitterung schwach abgeschnitten. Die KP Israels kam gestärkt aus den Wahlen hervor und erhielt vier Mandate. Diese Resultate spiegeln aber bei weitem nicht die reale Lage der Friedenskräfte wider. Denn in allen Parteien gibt es scharfe Auseinandersetzungen über den Weg zum Frieden oder Friedenswillen mit annexionistischen Träumereien, oder Drang nach Revidierung des

Eindrucks vom Oktoberkrieg, d. h. nach neuen, „dieses Mal besser vorbereiteten“ Kriegsabenteuern.

Zu der letzteren Kategorie gehören vor allem die Likud-Leute, die versuchen, die Massen aufzuhetzen, Massenrallies unter dem Motto „keinen Fußbreit Boden der Golanhöhen abgeben“ veranstalten, faschistische Drohungen gegen die Friedenskämpfer und Demokraten ausstoßen, mit ausgesprochen faschistischer Demagogie an die niedrigsten chauvinistischen Instinkte appellieren.

Massenrallies und faschistische Drohungen

Diese „Bewegung“ wird weitgehend von den extremistischen „Falken“ innerhalb der „Arbeiterpartei“ um Dayan und von den klerikalen Koalitionspartnern mit Sympathie betrachtet. Das staatliche Fernsehen propagiert mit großer Aufmachung die expansionistisch-chauvinistischen Hetzkampagnen der Likud-Leute. Und der Cherut-Führer Menachem Begin, Kommandeur der bekannten Dir-Yassin-Massenmordaffäre von 1948, ist einer der meistgehonorten Stars auf dem Flimmerkasten-Bildschirm. Wir haben es hier mit einem klassischen Beispiel zu tun, wie die rechte, regierende Sozialdemokratie mit ihrer Außen- und sozialen Innenpolitik den Faschisten in die Hände spielt.

Auf der anderen Seite gibt es in all diesen Parteien auch sogenannte „Tauben“, welche ausdrücklich dafür eintreten, daß endlich Schluß mit der unrealen Okkupationspolitik gemacht werden solle, alle — oder beinahe alle — seit 1967 besetzten Gebiete geräumt und die Rechte der Palästinenser anerkannt werden sollen, um endlich in Frieden mit den Nachbarvölkern zu leben. Zu diesen gehören z. B. in der „Arbeiterpartei“-Führung der von seinem Amt als Generalsekretär der Gewerkschaftsföderation Histadruth enthobene J. Ben-Aharon und weite Teile der jungen Generation in dieser Partei, welche das „Oktoberchlamassel“ selbst als Soldaten miterlebten. Dazu gehören die aus den Elendsvierteln und der sozialen „untersten“ Strata der Arbeiter entstandenen „Schwarzen Panther“-Bewegung und Teile der jungen Generation in den Kooperativ-Landwirtschafts-Siedlungen, den Kibbutzim.

Zwischen diesen beiden Extremen gibt es eine ganze Schattierung von Ansichten und „Bewegungen“ in den verschiedenen Parteien und neuerstandenen Gruppierungen. Wenn bis Oktober 1973 die

Jugend, vor allem die Studentenschaft, weitgehend apathisch den politischen Vorgängen gegenüberstanden, hat sich nun das Bild sehr weitgehend geändert. Es entstanden allerlei Protestbewegungen, man diskutiert viel über den weiteren Weg Israels. Man protestiert in Massendemonstrationen gegen die alte Regierung, die traditionellen Führer der Regierungspolitik, gegen Dayan, gegen Golda Meir — aber meist ohne die tatsächlichen Gründe deren Mißerfolge in der traditionellen Politik zu erkennen und deren Änderung zu fordern.

Dabei haben Antikommunismus und antisowjetische Verleumdungspropaganda noch sehr großen Einfluß, auch unter den schon desillusionierten Kreisen. Zwar haben es heute die Kommunisten, und vor allem die Jungkommunisten, leichter, denn breite Massen sind wenigstens bereit, ihre Argumentation anzuhören. Man kann sie heute nicht so einfach aus dem allgemeinen politischen Bild und Leben ausschließen. Sie sind bei allen Massenrallies und öffentlichen Diskussionen dabei.

Rechtsextremisten fordern neue Kriegsabenteuer

Leider muß man auch feststellen, daß Provokationen gegen Zivilpersonen und unschuldige Kinder ausgeübte Mordaktionen — wie in Kiryat Schmoneh und Ma'aloth — (und wer weiß, wer tatsächlich die Drahtzieher dahinter sind) nicht nur der gerechten Sache des palästinensischen Volkes großen Schaden zufügen, sondern auch den Chauvinisten und Faschisten in Israel direkt in die Hände spielen.

Die Kommunistische Partei Israels und die Union der kommunistischen Jugend Israels kämpfen konsequent für ein anderes, ein friedliebendes und fortschrittliches Israel. Die realistischeren Kreise innerhalb der Regierungskreise wissen genau, daß sie mit den Stimmen der kommunistischen Knessetabgeordneten bei jedem Schritt in Richtung Frieden, Unabhängigkeit und sozialem

Fortschritt rechnen können, wie z. B. bei der Abstimmung über die Truppenentflechtung zwischen Israel und Ägypten in der Knesset. Die internationalistischen und patriotischen Positionen der Kommunisten führten dazu, daß, im Gegensatz zu der Regierung, sie enge Freundschafts- und Solidaritätsbande mit allen progressiven Kräften auf der ganzen Welt, mit den sozialistischen Staaten und der Sowjetunion, mit den Volksbewegungen der Entwicklungsländer und den fortschrittlichen Kräften, den Kommunisten und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der arabischen Welt, verbindet. Diese feste und brüderliche Einheit Zehntausender jüdischer und arabischer Israelis — einzigartig im politischen Leben des Landes — ist ein herausragendes Beispiel für den zukünftigen Weg Israels. All diese Tatsachen sind heute mehr oder weniger in das Bewußtsein großer Teile der Öffentlichkeit eingedrungen und üben ihren Einfluß aus.

Durch die Initiative der KPI und der Jungkommunisten gibt es immer wieder gemeinschaftliche Aktionen bei Friedenskundgebungen, Massenkundgebungen gegen Preiswucher und Teuerung für höhere Löhne, bei Aktionen zum Schutze der demokratischen Freiheiten und gegen die britisch-kolonialen „Notstandsverordnungen“, gegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Kommunisten und anderen Demokraten und Friedenskämpfer, gegen die rassistische Diskriminierung der arabischen Minderheit und jüdisch-ethnischer Gruppen wie den orientalischen Juden, bei Aktionen für Wohnungen für junge Paare und Abschaffung der Elendsviertel usw. usw. Es entstanden Komitees für gerechten Frieden im Nahen Osten, für Solidarität mit dem chilenischen Volk, für Annäherung der jüdischen und arabischen Kunst und Literatur, und andere mehr. Die Bewegung für Freundschaft mit der Sowjetunion, der demokratische Frauenbund, der Verband antifaschistischer Widerstandskämpfer entfalten eine weite Tätigkeit, bei welcher Kommunisten und Nichtkommunisten zusammenarbeiten. Und heute kann man sich schwerlich eine Massenaktion gegen Okkupation und für Frieden ohne die aktive Mitwirkung der Kommunisten denken.

Initiativen der Kommunistischen Partei Israels

Viele der früher ausschließlich von Kommunisten hochgehaltenen Losungen wurden zu Massenparolen friedliebender Kräfte, wie z. B. „Frieden ohne Okkupation“, „Israelische Besiedlung okkupierter Gebiete ist gegen Frieden“, „Rückzug zu den Linien vom 4. Juni 1967“, „Nur schnellste und vollständige Durchführung des UNO-Sicherheitsratsbeschlusses führt zu Frieden und Einstellung des Blutvergießens“, „Okkupationspolitik bringt Inflation und Hunger“ usw.

Gerade in den Tagen, als das Blutvergießen an der syrisch-israelischen Front, die Überfälle palästinensischer Freischärler, die andauernden Terror-Luftangriffe auf syrisches und libanesisches Gebiet immer neue Opfer forderten und die Rechtsextremisten zu noch mehr betonter Annexionspolitik und neuen Kriegsabenteuern drängten, in denen ernste Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konfliktes auf internationaler Ebene gemacht werden und immer größere Teile der israelischen Öffentlichkeit zum realistischeren Denken gewonnen werden, in diesen Tagen des „Erdrutsches“ und der noch herrschenden Konfusion in der Suche nach Lösungen, wirkt die konsequente und prinzipielle Haltung der Kommunisten und deren Wirken unter den in Bewegung geratenen Massen als wichtiger Faktor.

Die Regierungskrise in Israel dauert nun schon seit Monaten an. Ihr Hintergrund ist der offensichtlich gewordene Zusammenbruch der traditionellen Regierungspolitik. Aber anstatt dem Ansturm von rechts, von faschistischen „Groß-Israelischen“ Kriegstreibern, dem Ansturm des Großkapitals, der USA-Monopole und der Regierung auf die Errungenschaften der Werktätigen und deren Rechte, eine Alternative des Friedens und des sozialen Fortschrittes, der Einheit der Arbeiterklasse und der Werktätigen

entgegenzusetzen, versucht die in der Regierung ausschlaggebende rechte Sozialdemokratie, mit den Losungen und chauvinistisch-militaristischen Positionen von rechts zu konkurrieren. Damit führt sie tatsächlich die Politik der Rechtsextremisten durch und befruchtet damit den Boden, auf dem diese wachsen.

Die Straße nicht den LIKUD-Leuten überlassen!

Die Kommunisten erklären, daß die von den ausschlaggebenden Kreisen im Regierungslager trotz des Debakls des Oktoberkrieges immer noch fortgesetzte alte aggressive Politik den Rechtsextremisten in die Hände spielt und die faschistische Gefahr erhöht, und wenn nicht geändert, Israel in ein neues Kriegsabenteuer und schreckliches Blutbad und eventuell in eine nationale Katastrophe führen wird. Sie rufen die vernünftigen Sektoren der „Arbeiterpartei“ — der größten Partei Israels — auf, eine radikale Änderung der offiziellen Politik durchzuführen, mit der gefährlichen Feilscherei um jeden Fußbreit erobelter arabischer Erde Schluß zu machen, schleunigst für den Abschluß eines Abkommens über Truppenentflechtung mit Syrien als ersten Schritt zur friedlichen Regelung und der baldigsten Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz und deren Erfolg zu sorgen. Nur damit können sie, gemeinsam mit allen Friedenskräften und Demokraten, dem faschistischen Ansturm von rechts eine Abfuhr erteilen. Die KP Israels ruft in dieser schicksalsschweren Periode alle Werktätigen, alle tatsächlich patriotisch gesinnten Kräfte und Menschen in Israel auf, die Straße nicht den Likud-Leuten und faschistischen Rowdies zu überlassen, sondern im gemeinsamen Kampf, in Massenaktionen deren Ansturm abzuwehren und es nicht zuzulassen, daß Israel in neue blutige Kriegsabenteuer getrieben wird. Eine solche radikale Änderung wird nicht nur den ersehnten Frieden näher bringen,



der wirtschaftlichen Notlage zur Gesundung verhelfen, sondern Israel aus der Isolation auf internationaler Ebene herausführen. Für eine solche Perspektive kämpfen die israelischen Kommunisten. Friede und Zusammenarbeit mit allen Völkern, den arabischen Brudervölkern, einschließlich dem palästinensischen, ist realisierbar. Aber nur auf dem Wege der Respektierung der Rechte aller Völker, der endgültigen Aufgabe aller zionistischen-expansionistischen Bestrebungen, der endlichen Erfüllung der Beschlüsse der UNO-Generalversammlung und des Sicherheitsrates, die Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge und der Nahost-Krise überhaupt betreffend.

Dies ist auch der Weg, auf dem endlich die Hügel und Täler Jerusalems, die Berge, Ebenen, Wälder und Wüste Israels, der ganze reiche und schöne Nahe Osten, die Wiege der europäischen Kultur, zur Ruhe kommen kann, auf welchem die Völker dieses Gebietes den so heiß ersehnten Frieden finden werden und ihre ganze Schöpferkraft ihrem Wohlergehen, dem friedlichen Aufbau ihrer Länder und der Pflege ihrer Kultur, zum Wohle der ganzen Menschheit, widmen können. Es ist dies ein Weg des schweren Kampfes gegen noch starke Widersacher von draußen und von innen. Aber es ist ein Kampf, welcher sich lohnt und welcher aussichtsreich ist.

Für die Allianz von Volk und Armee

Direkt aus Lissabon berichtet der Chefredakteur der sozialistischen Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft, der DDR-Wochenzeitung „horizont“, Ernst-Otto Schwalbe über die aktuelle Situation in Portugal. Sein Bericht klärt wesentliche Umstände, die diesen Umsturz möglich machten. Er zeigt erste Perspektiven, verschweigt nicht die großen Schwierigkeiten, die das portugiesische Volk noch zu meistern hat.

Wäre vor vier Wochen eine Umfrage veranstaltet worden, in welchem westeuropäischen Land binnen Monatsfrist der Generalsekretär einer kommunistischen Partei der Regierung angehören würde, hätte wohl kaum jemand an Portugal gedacht. Vertieft man sich indes hier an Ort und Stelle in den Verlauf der politischen Ereignisse der letzten Zeit, verliert die Ernennung Alvaro Cunhals zum Staatsminister der neuen Provisorischen Regierung schnell ihren zunächst scheinbar sensationellen Charakter. Seine Berufung – wie die anderer progressiver Politiker – fügt sich vielmehr organisch in die jüngste Entwicklungsetappe der revolutionären Bewegung Portugals ein.

Kennzeichnend für diese Etappe waren – bei entscheidender Einflußnahme der Kommunisten – die ständig zunehmenden Aktivitäten (Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen usw.) einer immer größeren Anzahl von Arbeitern, Bauern und Studenten, die wachsende demokratische Bewegung in der Armee, was folgerichtig eine Situation herbeiführte, die die Ereignisse vom 25. April bis hin zur Regierungsbildung drei Wochen später möglich werden ließ. Als Überraschung oder gar Sensation kann die jüngste Entwicklung in Portugal demnach allenfalls insofern gelten; als es der Caetano-Clique bis zu ihrem Sturz weitgehend gelungen war, vor einem großen Teil der internationalen Öffentlichkeit das wahre Ausmaß der fortschrittlichen Bewegung im Lande zu verbergen.

Zum Verständnis der gegenwärtigen Lage in Portugal gehört auch die Feststellung, daß der Sturz des alten Regimes keines-

wegs, wie es anfangs den Anschein haben konnte, vorrangig eine Angelegenheit des Militärs war. Er resultierte vielmehr aus dem Zusammengehen von Armee und Volk. Dieses Zusammengehen wurde, wie Kenner der hiesigen Verhältnisse erläutern, weitgehend durch den Umstand gefördert, daß mit den Kolonialkriegen des portugiesischen Imperialismus traditionelle, stark dem Faschismus verhaftete Strukturen der Armee entscheidend aufgelockert wurden: So brachte der notwendige Mehrbedarf an Offizieren und Soldaten auch viele oppositionelle Kräfte in die Armee, die über Erfahrungen des politischen Kampfes verfügten und dementsprechend wirksam wurden. Ihre Tätigkeit wie auch die unmittelbare Konfrontation der Streitkräfte mit den Folgen der Kolonialkriege bewirkte eine starke Belebung des demokratischen Elements in der Armee, wodurch die Basis für das einheitliche Wirken von Volk und Armee am 25. April und danach geschaffen wurde.

Diese Allianz, die in den vergangenen Wochen in Portugal zu vielen positiven Wandlungen geführt hat, wird von allen verantwortungsbewußten politischen Kräften des Landes als Ausgangspunkt gemeinsamer Bemühungen verstanden, die Entwicklung auf dem eingeschlagenen Weg weiter voranzubringen. Im Vordergrund stehen hierbei Versuche über Beendigung der kolonialen Kriege, eine spürbare Hebung des Lebensstandards der Werktätigen, Fortführung der Demokratisierungsprozesse sowie die Vorbereitung freier Wahlen innerhalb eines Jahres, aus denen eine verfassungsgebende Nationalversammlung hervorgehen soll.

Politische Standpunkte werden erarbeitet

Wenn auch in der Öffentlichkeit frank und frei diskutiert wird, welche Parteien mit welchen Persönlichkeiten in der Provisorischen Regierung vertreten sind, darf nicht übersehen werden, daß in Portugal offiziell politische Parteien noch nicht zugelassen sind. Im „Programm der Bewegung der Streitkräfte“, auf dem auch die Tätigkeit der Provisorischen Regierung beruht, wird lediglich „die Bildung ‚politischer Vereinigungen‘ – möglicher Kerne künftiger politischer Parteien – gestattet“.

Mit Ausnahme der Portugiesischen Kommunistischen Partei, die trotz allen faschistischen Terrors stets das Banner des Kampfes für das Wohl des Volkes hochgehalten und tatkräftig als politische Organisation der Bewegung der Arbeiterklasse gewirkt hat, bestehen in Portugal gegenwärtig politische Parteien allenfalls im Stadium des Werdens, und zwar sowohl hinsichtlich ihres Mitgliederbestands als auch in bezug auf die Ausarbeitung ihrer Programme. Manche Beobachter hier in Lissabon meinen, daß es gegenwärtig etwa 90 politische Vereinigungen im

Sinne des Programms der Streitkräfte gebe. Natürlich werden sich bei weitem nicht alle diese Vereinigungen als politische Parteien konstituieren und profilieren können, aber es liegt auf der Hand, daß der Demokratisierungsprozeß in Portugal auch in dieser Hinsicht noch mit manchen Komplikationen belastet sein wird.



Portu



s Lissabon berichtet
nst-Otto Schwabe

gal

Besonders negativ gestaltet sich die Tätigkeit der ultralinken Gruppierungen, deren tatsächlicher Einfluß auf das politische Geschehen im Lande allerdings denkbar gering ist. Sie konzentrieren sich auf das Bemalen der Häuserwände in Lissabon mit scheinradikalen, an den realen politischen Gegebenheiten Portugals völlig vorübergehenden, und

deshalb für die demokratische Bewegung schädlichen Losungen und auf immer massivere Angriffe gegen die PKP. Damit spielen sie, sowie in anderen Ländern auch, letztlich nur den reaktionären Kräften in die Hände.

Diese Kräfte haben durch die Ereignisse vom 25. April und danach zwar eine ernste Niederlage erlitten, aber sie geben sich noch keineswegs geschlagen. Gegenwärtig versuchen sie – neben der Schaffung dieser politischen Organisationen – vor allem die fortschrittliche Bewegung zu unterlaufen. So wurden, um nur ein Beispiel zu nennen, in einer Reihe Großbetriebe den Arbeitern größere Lohnerhöhungen gezahlt, als die Gewerkschaften überhaupt gefordert hatten.

Bei Besuchen in Arbeitervierteln Lissabons konnten wir DDR-Journalisten uns allerdings aus eigenem Augenschein von einem sehr

ausgeprägten proletarischen Klassenstandpunkt überzeugen, der den Machenschaften der Reaktion mit großem politischem Verantwortungsbewußtsein entgegengesetzt wird. Hier ist eine Hochburg der Kommunistischen Partei. Sie hat mit der legalen Herausgabe ihres mehr als 30 Jahre illegal erschienenen Organs, der „Avante“ – zunächst als Wochen-, später als Tageszeitung –, in der vergangenen Woche einen weiteren sehr wichtigen Schritt getan, den Massen in der gegenwärtig widersprüchlichen Situation den Standpunkt der Partei zu den Hauptmomenten der Lage darzulegen. Daß die erste Auflage der „Avante“ mit 300 000 Exemplaren, einem Rekord in Portugal, wo keine bürgerliche Zeitung eine Auflage über 100 000 erreicht, schnell vergriffen war, zeugt von dem großen politischen Interesse und Engagement, das in Portugal nach der Nacht des faschistischen Schweigens überall spürbar ist, und speziell von dem Vertrauen zu den portugiesischen Kommunisten, die dem Volk immer den richtigen Weg gewiesen haben.

Ein Rucksack voller Probleme

Mehr als 40 Jahre faschistischer Diktatur haben Portugal einen Rucksack voller Probleme aufgebürdet, die natürlich nicht mit einem Schlag zu lösen sein werden. Ohne so vermessen sein zu wollen, jetzt schon irgendwelche Prognosen für künftige mögliche politische Entwicklungen abzugeben, unterliegt es jedoch für die politischen Beobachter in Lissabon keinem Zweifel, daß sich der notwendige Bruch mit dem Alten in den verschiedensten Bereichen nicht ohne Reibungen und vielleicht auch ernste Rückschläge vollziehen wird. Der Klassenkampf wird sich zweifellos zuspitzen, wenn man allein bedenkt, daß noch etwa 40 000 Beamte des Repressivapparates im Amt sind.

Portugal und seinem Volk, dessen Kampf um seine Befreiung die ganze fortschrittliche Welt volle Sympathie und Unterstützung bekundet, stehen also kampferfüllte Wachen bevor, in denen möglicherweise die Weichen für langfristige Entwicklungen gestellt werden.

Vom 23. bis 29. April besuchte eine Delegation des Internationalen Studentenbundes Chile. Getarnt als Touristen, konnten sie mit Vertretern der Widerstandskräfte sprechen, mit Flüchtlingen in den Botschaften Kontakt aufnehmen und mit einigen Familien der 67 Offiziere und Soldaten der chilenischen Luftwaffe sprechen, die zur Zeit vor dem Kriegsgericht stehen.

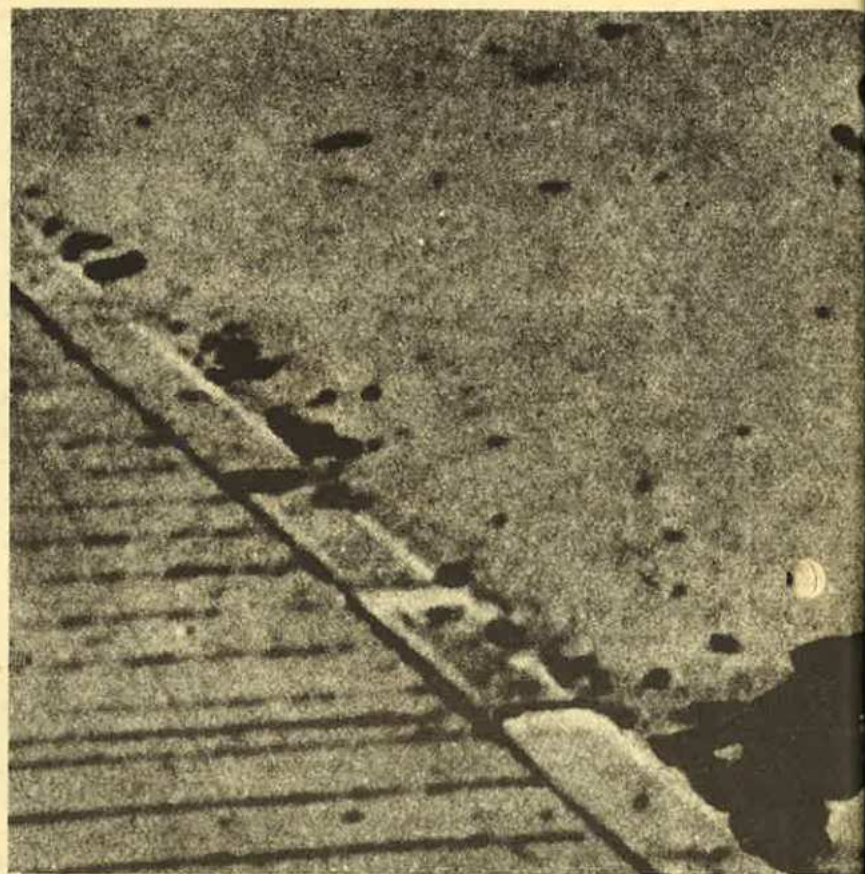
Anschließend bereiste die Delegation weitere südamerikanische Staaten. Die roten blätter veröffentlichen erste Auszüge über den Bericht der Delegation an den 11. Kongreß des Internationalen Studentenbundes in Budapest.

Der Delegation gehörten an: Miguel Lombardi vom Argentinischen Studentenbund, Konrad Tiburzy für den Verband Deutscher Studentenschaften und Christopher Proctor vom Studentenbund Großbritanniens.

Die ökonomische Lage wird von einer enormen Inflation mit Preissteigerungen von etwa 1500 Prozent für die notwendigsten Lebensartikeln gekennzeichnet, während zugleich der monatliche Mindestlohn auf 16 000 Escudos (740 Escudos = 1 US-Dollar) festgesetzt ist. Der Preisindex wird nicht mehr veröffentlicht, dennoch erscheinen einige Beispiele nützlich: Ein normales Essen im Restaurant von Santiago kostet 3500 Escudos, ein Paar Schuhe 20 000 Escudos und ein Hähnchen 1000 Escudos. Busfahrkosten erhöhten sich zwischen 900 Prozent und 1900 Prozent (ohne Berücksichtigung der sozia-

len Vergünstigungen für Schüler, Studenten und anderen Gruppen während der Unidad Popular). Viele, der in Chile ca. 180 000 Unternehmen sind gezwungen zu schließen, weil die Menschen keine Kaufkraft mehr besitzen. Selbst die Bourgeoisie ist über die Situation unzufrieden. Nur kurzfristige Kredite, die keine Lösung bieten, stehen zur Verfügung.

General Leigh behauptete vor zwei Wochen, daß er keine Person kennen würde, die in den chilenischen Konzentrationslagern, welche er Gefängnisse nennt, gefoltert worden sei. Die Delegation traf ein junges Mädchen, das im-



**Der Widerstand
festigt sich –
aus dem Bericht
der ISB-Delegation**

Chile Neue Zeug des Terror

Chile lebt!

Solidaritätskonzert
für Victor Jara

31. 5. 1974
20.00 Uhr
Essen
Grugahalle

Unverminderter Terror

Der nackte Terror hat bis heute kein Ende gefunden. Vor vier Wochen sind Soldaten im Arbeiterviertel LA VICTORIA des Stadtteils SAN MIGUEL von Santiago in Häuser eingebrochen und haben etwa 1000 Menschen verschleppt. Am 28. April kamen nur 200 zurück. Andere Formen des nackten Terrors und der Repression der Junta sind Zwangsarbeit in den Wüstengebieten des nördlichen Chile. Wir wissen, daß etwa 14 000 Menschen auf diese Weise — für politische Verbrechen angeklagt — von den Faschisten heute im Norden brutalisiert werden. Das Ausgehverbot ist noch immer in Kraft. Geheimpolizisten servieren zum Beispiel als Ober in der Mensa der Universität von Chile, wo es Studenten verboten wird mit mehr als vier zusammen an einem Tisch zu sitzen, oder wo Studenten bis in die Toiletten gefolgt wird, um zu unterbinden, daß sie dort miteinander sprechen oder politische Slogans an Wände und Türen schreiben. Nach der Beendigung der Seminare und Vorlesungen dürfen sie sich nicht mehr in den Veranstaltungsräumen aufhalten.

Auf offener Straße erschossen

Allen Menschen, die Widerstand leisten oder hinter denen die Junta solche vermutet, werden die Papiere entzogen, ohne die niemand arbeiten, studieren oder das niedrige Arbeitslosengeld beantragen kann. Die Atmosphäre der Ungewißheit, der Unsicherheit und der Furcht wird verstärkt durch den Mangel an Informationen darüber, wo sich Freunde befinden, die verhaftet wurden, was mit ihnen geschieht, ob sie noch leben oder tot sind. Sie fürchten sich, weil die Junta schnell und grausam handelt, wenn eine Person als Unterstützer der Unidad Popular denunziert wird. Die Delegation war Zeuge eines der vielen Terrorakte. Am Nach-



Franz Josef Degenhardt, Floh de Cologne,
Dieter Süverkrüp, Dietrich Kittner, Franz Xaver Kroetz
Folklore aus Chile mit
Isabel Parra, Quilapayun, Inti Illimani

Eintritt 3,— DM. Karten an der Abendkasse und bei den bekannten Vorverkaufsstellen
Voransalter: Konzertagentur „pläne“ 45 Dortmund, Ruhrallee 62

Ein großer Erfolg war die Solidaritätsveranstaltung für Victor Jara am 31. 5. 1974 in der Essener Grugahalle.

mittag, dem 27. April, hatte die Delegation ein Treffen in einem Cafe in der „Ahumada“ nahe des „Plaza de Armas“ im Zentrum Santiagos vereinbart. Die Straßen waren voller Menschen. Man hätte sich in irgendeiner Stadt wähnen können — bis um 13 Uhr 15. Denn zu diesem Zeitpunkt hielt ein Polizeiwagen 285 Ahumada an, und ein Carabiniere stieg herunter und schoß einem Mädchen kaltblütig in den Kopf. Es war ein Akt nackten Terrors, der die Menschen einschüchtern sollte. Das Blut trocknete schnell auf dem Bürgersteig.

Bis heute wurden 25 bis 30 Prozent aller Studenten relegiert und die Zahl der entlassenen Lehrenden wird auf 35 bis 50 Prozent geschätzt. Die Militärrektoren verfügten über absolute Kontrolle aller Bereiche des universitären Lebens.

Fakultäten der Sozialwissenschaften, Journalismus, Architektur und Medizin sind z. B. entweder permanent oder vorübergehend geschlossen, weil keine Lehrkräfte mit der „richtigen politischen Einstellung“ mehr zur

Verfügung stehen. Kurse mit dem geringfügigsten, fortschrittlichen Inhalt sind entweder völlig gestrichen oder bestenfalls überarbeitet worden. Ein großer Teil ist für immer revidiert. Soziologie wurde, außer an der Katholischen Universität von Santiago, völlig eliminiert. In den Erziehungswissenschaften wird nur noch Unterrichtstechnik gelehrt. Die nun erhobenen Einschreibgebühren in Höhe von 3000 Escudos, machen es Studenten der Arbeiterklasse und der Bauern unmöglich, sich an den Universitäten zu immatrikulieren. Die Studien- und Unterhaltskosten sind zu hoch, um studieren oder weiterstudieren zu können. Familienmitglieder der Arbeiterklasse und Bauern, die in der Lage sind zu arbeiten, sind dazu 7 Tage in der Woche gezwungen, wollen die Familien schlechthin überleben. Ein „fiscal“, eine Staatsanwaltschaft ist in jeder Universität eingerichtet worden. Es handelt sich dabei um ein Tribunal, dessen Vorsitzender von der Junta benannt wird und dessen Funktion darin besteht, über das Schicksal aller Studenten, Dozen-

ten und nichtwissenschaftlichem Personal, denen umstürzlerische Tätigkeit vorgeworfen wird, zu entscheiden.

Einige Professoren wurden verhaftet, gefoltert, um danach von ihren Folterern das Angebot zu erhalten, ihre bisherige akademische Tätigkeit an dem gleichen vorherigen Arbeitsplatz erneut aufnehmen zu können. Das ist eine der niedrigen Formen des Terrors, um Unbetroffene als Beispiel für die Einschüchterung von apolitischen Personen zu benutzen.

Widerstandskräfte aktiv!

Die Junta hat offensichtlich noch nicht begriffen, daß sie mit ihren Verfolgungen und ihrer Brutalität von Liberalen, Christdemokraten und apolitischen Menschen, eine völlig neue Gruppe den gewaltigen Kräften, die sich ihr entgegenstellen, hinzugefügt hat. Immer mehr christdemokratische Studenten und Dozenten reißen sich in die antifaschistische Front ein.

Die Delegation vertritt die Auffassung, daß die fortschrittlichen Kräfte — die Widerstandskräfte — täglich mehr Unterstützung für ihre Ziele gewinnen und daß die Junta ohne die Unterstützung des Volkes nicht in der Lage sein wird, mit Waffengewalt, die Kontrolle über eine Massenbewegung fortzusetzen. Jede Aktion, die sie unternimmt, schafft ihr zusätzliche Feinde und neue Revolutionäre. Drei Jahre lang hat sich Chile auf dem Weg zum Sozialismus befunden. Das ist eine Lehre, die trotz bestehender Kräfte des Faschismus, nicht vergessen wird. Die Junta hat nur die oberste Führung einer Massenbewegung ausschalten können und ihre Methoden bewirken, daß sich viele mehr in diese Bewegung einreihen. Die Widerstandskräfte sind aktiv, auch wenn sie im Untergrund arbeiten müssen. Sobald sie fähig sein werden, dieses Potential neuer Rekruten zu organisieren, wird ein neues Chile aufstehen.

(Übersetzung aus dem Englischen, Französischen und Spanischen von Konrad Tiburzy)

Betrüger, leere Puffs, Brauereien...

Erlebnisse einer Hamburger Wohngemeinschaft bei der Wohnungsuche von Rüdiger Bruns

Hamburg, die „Stadt mit Herz“, so konnte man es besonders wieder zur Zeit der letzten Bürgerschaftswahl auf vielen Plakaten lesen. Neben spielenden Kindern sah man dort Oma und Opa zufrieden lächelnd auf einer Bank im Park sitzen, ein Bild der allgemeinen Zufriedenheit also — hier scheint es selbst den sozial Schwachen gut zu gehen.

Daß es in der Realität nicht so aussieht, soll im folgenden Bericht geschildert werden:

Als ich im SS 1972 nach Hamburg kam, hatte ich das Glück, von Genossen des MSB Spartakus aufgenommen zu werden. Das konnte aber nur als Notlösung betrachtet werden, der Wohnraum war zu klein, eine neue Wohnung mußte gesucht werden.

Und nun begann die erlebnisreiche Zeit, die jeder Wohnungsuchende kennt!

Wer in Hamburg bei der Wohnungsuche auf den „freien Wohnungsmarkt“ angewiesen ist, für den gibt es nur die beiden Möglichkeiten a) über einen Makler und b) über eine Zeitungsanzeige zu einer Wohnung zu kommen, wobei hier Springers „Hamburger Abendblatt“ eine Monopolstellung einnimmt. Wohngemeinschaft und Makler schließen in der Regel einander aus, so bleibt letztlich nur noch die Möglichkeit der Zeitungsanzeige.

Das Wohnungsangebot ist im allgemeinen sehr umfangreich, Komfortwohnungen und Luxusappartements zu einem Quadratmeter-

preis von 10 DM und mehr sind keine Seltenheit. Doch welcher Student, welcher Arbeiter kann sich eine solche Wohnung leisten? Sie sind auf den Teil der Wohnungsangebote angewiesen, der noch nicht einmal 1 Prozent der gesamten Inserate ausmacht.

Für mich hieß das: Samstag morgens um sechs Uhr pünktlich aufstehen, das „Hamburger Abendblatt“ sofort nach Eröffnung der Geschäftsstelle um sieben Uhr kaufen und von dort aus telefonisch Besichtigungstermine vereinbaren. Bei den Besichtigungen mußte ich dann feststellen, daß ich doch nicht der erste war und

vor allem: „Sie sind noch sehr jung, wie viele Leute wollen hier eigentlich einziehen; rufen Sie doch morgen noch einmal an“ und ähnliches mehr, was jedesmal einer Absage gleichkam. Nach der ersten Besichtigung war dann meistens schon so viel Zeit vergangen, daß es aussichtslos war, noch bei anderen Wohnungsbesitzern vorzusprechen. — Also warten, der nächste Samstag kommt bestimmt. Zwischenzeitlich waren noch immer Kontakte zu einigen Maklern vorhanden und zu meiner großen Überraschung wurden sogar zwei Wohnungsangebote gemacht, u. a. eine große Souterrainwohnung, 6 Zimmer, morscher Fußboden, Miete 650 DM, der besonderen geographischen Lage Hamburgs angepaßt (Zugang zu allen Weltmeeren, reger Schiffsverkehr) Bullaugen statt Fenster. Wären die Wände dieses Kellers nicht so feucht gewesen, ein Fotograf hätte vielleicht Freude an der Dunkelkammer gefunden. Dies ewige monotone und ergebnislose Suchen, das immer gleiche Abwimmeln durch die Wohnungsbesitzer dauerte noch Wochen. In der Zwischenzeit hatte das Semester begonnen, von normalem Studieren konnte unter den vorhandenen Wohnbedingungen keine Rede sein.

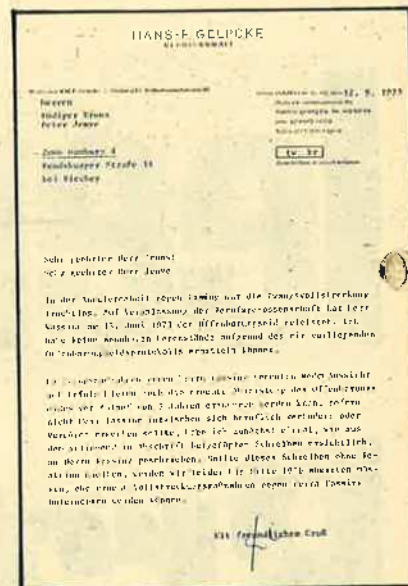
gen Mietvertrag und dachte überhaupt nicht daran auszuweichen. Das Verhalten des Hausbesitzers sei ihm zwar auch etwas rätselhaft vorgekommen in letzter Zeit, immer diese Wohnungsbesichtigungen, aber das Haus sollte ja auch nach Aussage der Besitzer verkauft werden.

„Pik As“ hat Betten frei

Nachdem wir uns von der ersten Schockwirkung erholt hatten, war „guter Rat teuer“, was sollten wir tun? In die neue Wohnung konnten wir nicht einziehen, die alte Wohnung mußte geräumt werden, denn der Nachmieter stand schon vor der Tür. In dieser Situation fanden wir wieder Unterstützung durch andere Spartakus-Genossen, bei denen wir unsere Sachen lagern konnten. Eine Unterkunft war trotzdem so schnell nicht zu finden, und so blieb uns nichts anderes übrig, als in eine Pension zu ziehen, Preis 20 DM pro Bett und Nacht. Zwei Wochen blieb das unser Domizil.

Der Gang zum Sozialamt am folgenden Montag nach dem Fiasko blieb ergebnislos. Der § 5-Schein, den wir vorlegten, „sei sowieso wertlos, es gibt halt hier in Hamburg zu viele — Sozialfälle —“, war die lakonische Antwort des zuständigen Beamten „und wenn Sie wirklich so dringend eine Unterkunft benötigen, meine Herren, es gibt ja noch „Pik As“ auf der Reeperbahn, wo zu dieser Jahreszeit immer wieder Betten frei werden, allerdings, ideale Studienbedingungen sind das sicherlich nicht.“ — Welch scharfsinnige Feststellung.

Bei der rechtlichen Verfolgung dieses Falls von Mietbetrug stellte sich heraus, daß unser junger Ingenieur zwar Eigentümer des Hauses war, die besagte Wohnung aber insgesamt 17mal vermietet



Betrüger, leere Puffs und Brauereien

Doch dann, ja, eines samstags morgens waren ich und ein anderer die ersten. Die Wohnung, für drei Personen groß genug, Miete 230 DM zuzüglich Kautions, neues Haus und ruhige Lage; der Vermieter, jung und modern, Ing. grad., zwei hübsche junge Mädchen als Assistentinnen, ein Vermieter also, wünschenswert für jedermann. Der Mietvertrag wurde schnell geschlossen, Einzugs-termin in einem Monat, die Kautions in Höhe von 2000 DM wurden sofort gezahlt, wir hatten schließlich vorher lange genug gearbeitet, bevor wir über den zweiten Bildungsweg die Hochschulreife erwarben. — Das Wohnungsuchen war nun endlich beendet, wir waren glückliche Menschen. Das alte Mietverhältnis wurde fristgerecht gekündigt, der 15. April konnte kommen. Dieser Tag kam dann auch, es war wieder ein Samstag. Vormittags fahren wir zur neuen Wohnung, um den Umzug einzuleiten. Kaum angekommen, war die Überraschung riesengroß und erschreckend zugleich. Vom Vermieter, dem jungen, dynamischen Herrn mit den beiden Mädchen im Arm, war nichts zu sehen. „Unsere“ Wohnung war bewohnt, ihr Mieter hatte einen langfristi-

Genehmigt.
Justizrentstelle

Amtsgericht Hamburg-Altona

Geschäfts-N.
315 G 411/32
Bitte bei allen Schriftstücken angeben

Verkündet
am 1. Febr. 1933.

— Prozess —
Justizrentstelle
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Urteil

Im Namen des Volkes

In der Sache

1. Herr pol. Beamter **Bruno**,
2. Wohnung 1, **Reinholdstr. 27, b. Lohita**,
2. Stad. rex. pol. **Peter J. J. J.**,
2. Wohnung 13, **Reinholdstr. 16, bei**
Schneider, Kläger,

Prozessbevollmächtigte z. **Rechtsanwalt Hans-F. Gelpcke**,
2. Wohnung 1, **Reinholdstr.**
Jeist: 2. Wohnung 13, Rothenb.
chaussée 56

gegen

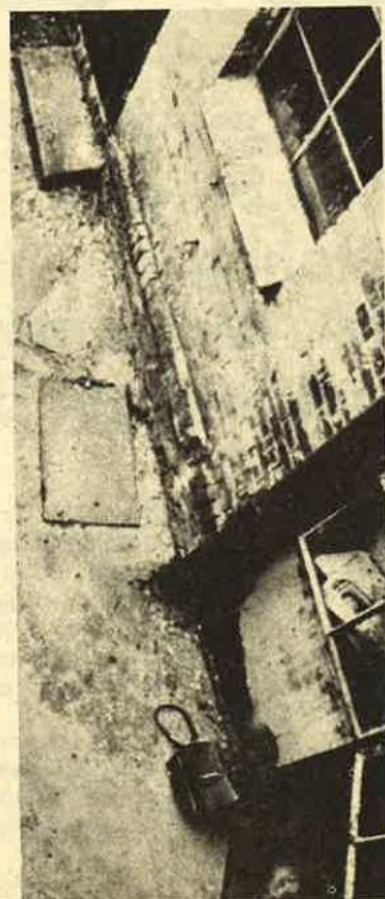
Herrn Dieter K. K. K.,
2. Wohnung 76,
Zimmerstraße 27 II.

Beklagte B.

Prozessbevollmächtigte z. **Rechtsanwalt Hans-August Reich**,
2. Wohnung 76, **Ostseebest. 31**

erkennt das Amtsgericht Hamburg-Altona, Abteilung 315,
durch den ~~Justizrentstellen~~ Richter am Amtsgericht
für Recht:
Dr. Mayer-Breack

I. Die Klage wird abgewiesen.
II. Die Kläger tragen die Kosten des Rechts-
streits.
III. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.



33

theorie

Läßt sich die Notwendigkeit bestimmten politischen Handelns wissenschaftlich nachweisen bzw. gibt es überhaupt eine solche Notwendigkeit, Gesetzmäßigkeit, die wissenschaftlich erkennbar ist?

Ist es dogmatisch zu behaupten, aus den Klassengegensätzen dieser Gesellschaft ergäbe sich notwendigerweise, und dies wissenschaftlich erkennbar, Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Kapitalisten, und nicht nur dies, ergäbe sich die Notwendigkeit zur Aufhebung jeglicher Klassengesellschaften und ist es allein die Arbeiterklasse, die die neue Gesellschaft, den Sozialismus, zu errichten vermag, und muß sich die Intelligenz auf die Seite der Arbeiterklasse stellen, das Kampfbündnis mit ihr anstreben, weil beide in Gegnerschaft zum Monopolkapital stehen?

Die Ideologen der bestehenden Verhältnisse führen einen erbitterten Kampf gegen solche Erkenntnisse. Ihre Grunddoktrin ist der Positivismus, der mehr ist als eine bloße Richtung oder Strömung der spätbürgerlichen und imperialistischen Philosophie, er ist die Denkweise der bürgerlichen Gesellschaft. Indem die Wissenschaften, sieht man von direkten Verschönerungen ab, auf die Darstellung des Bestehenden beschränkt werden sollen, keine Veränderungsmöglichkeiten suchen sollen, indem die Wirklichkeit auf das empirisch auffindbare reduziert wird, wird dieses stabilisiert. Eine Wissenschaft, die vorgibt wertneutral zu sein, hat stets auch herrschaftsstabilisierende Funktionen.

Die positivistische Denkweise tritt den Studenten überall entgegen. Man braucht nur ein Lehrbuch aufzuschlagen, um schon auf den ersten Seiten dieses Postulat manifestiert zu finden. Das gleiche gilt für die Programmatiken der bürgerlichen Parteien einschließlich der rechten Sozialdemokratie. Das „Langzeitprogramm“ der SPD bietet ein anschauliches Beispiel. Wenn wir uns in diesem Artikel vor allem mit dem RCDS auseinandersetzen, dann nicht, weil er interessante Neuschöpfungen oder Bereicherungen vorgelegt hätte. Aber 1. knüpft er an massenhaft verbreitetes, täglich reproduziertes Bewußtsein der Studenten an; 2. zeigt er anschaulich, wie die positivistische Denkweise zur Verklärung und wissenschaftlicher Verbrämung von Politik benutzt wird und nicht zuletzt 3. gewinnt die Auseinandersetzung mit offen bürgerlicher Ideologie, wie sie vom RCDS verbreitet wird, an Bedeutung.

Stärker als in der Vergangenheit beginnen sich die Reaktionäre aller Schattierungen wieder zu regen. Die Wahlerfolge der CDU, das Zurückweichen der SPD-Führung vor den Forderungen der äußersten Reaktion, der Kanzlerücktritt und die eindeutig prokapitalistische Regierungserklärung Helmut Schmidts, all das goß Wasser auf die Mühlen derer, die die Fortschritte der Politik der friedlichen Koexistenz wieder zunichte machen wollen. All das regte und regt sie zu dem Versuch an, die Rechtsentwicklung in den herrschenden Parteien zu einer Rechtsentwicklung in der Bevölkerung auszudehnen.

An den Hochschulen hat wie eh und je der RCDS diese Aufgabe übernommen. Finanzliert aus Unternehmerkreisen und vom Wirtschaftsrat der CDU, fordert der „entschieden demokratische“ RCDS immer entschiedener die Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten noch auszuweiten, paktieren die Jungreaktionäre immer offener mit antidemokratischen, ja faschistischen Kräften, setzen sie immer dreister die Kriminalisierungsversuche der fortschrittlichen Studentenbewegung fort.¹ Plumper Antikommunismus und Angriffe auf selbst die bescheidensten gesellschaftlichen Fortschritte, sei es das politische Mandat der Studentenschaften, die Rahmenrichtlinien oder die Gesamtschule, das kennzeichnet die Politik des CDU-Studentenverbandes.

Doch läßt sich mit der Verketzerung von allem, was links von der CDU steht, auf Dauer natürlich kein Einfluß unter der Studentenschaft erringen. Dazu reichen weder bloße soziale Demagogie (die die soziale Lage der Studenten zu verbessern vorgibt, ohne zu sagen, woher das Geld dazu kommen soll) noch die bloße Negation aller demokratischen Alternativen der fortschrittlichen Studentenbewegung einfach nicht mehr aus.

Sir Pop und der

Politik auf wissenschaftlicher Grundlage oder wissenschaftliche Verklärung der Politik? von Michael Wilmes

Die Fortschritte der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die auf wissenschaftlicher Basis den einzigen Weg zu realen Erfolgen der Studentenbewegung weist, indem sie im Kampf für die sozialen und politischen Interessen der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse gegen den wirklichen Gegner, die Monopole, die einzige Gewähr für die Erringung von mehr Demokratie sieht, zwingen auch deren Gegner, sich mit dieser Politik auseinanderzusetzen, ja selbst eine theoretische Begründung der eigenen Politik vorzunehmen.

Auch der RCDS hat Ansätze eines solchen Versuchs unternommen, indem er seine (besser: der antikommunistischen, positivistischen Theorie des „kritischen Rationalismus“ von Albert und Popper entnommen) Überlegungen zum Wissenschaftsbegriff, zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik und zur eigenen Hochschulpolitik darlegte.

Dabei kam es ihm v. a. darauf an, endlich das „Vorurteil“, der RCDS sei ein „Verein schwärzlicher Dogmatiker“, aus der Welt zu schaffen. Wie sehr ihm das mißlungen ist, soll im folgenden deutlich gemacht werden.

„Der RCDS schlägt vor, zunächst den Begriff der Wissenschaft vom Begriff des Denkens her zu klären, um von hieraus das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik präziser zu klären.“ (RCDS-Info/Mainz)

Abgesehen von der Abstraktheit des Versuches, Wissenschaft und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik jenseits aller sozialen und historischen Faktoren bestimmen zu wollen, ist bereits der gewählte Ausgangspunkt – „das Denken“ – nicht voraussetzungslos. Denn in welcher Gesellschaft und unter welchen historischen Bedingungen Wissenschaft als „bestimmte Vollzugsweise des Denkens“ (RCDS-Info/Mainz) auch immer betrieben wird, die Menschen als Träger von Denkprozessen sind, bevor sie „denken“ meist zu essen, trinken, schlafen usw. kurz zur Reproduktion ihres Lebens, und damit ihrer Fähigkeit überhaupt denken zu können, gezwungen.

Ganz im Gegensatz zu dem vom RCDS vorgeschlagenen Ausgangspunkt geht eine materialistische Analyse von den wirklichen Voraussetzungen aus. „D. h., es wird nicht ausgetragen von dem, was die Menschen sagen, sich einbilden, sich vorstellen...; es wird von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt.“²

per RCDS

Auch die Entwicklung der Wissenschaft wird materialistisch aus diesem „wirklichen Lebensprozeß“ erklärt, nicht aus abstrakten Prinzipien. Wissenschaft entsteht erst auf einer bestimmten Stufe dieses Prozesses, nämlich aus dem Bedürfnis, die materielle Produktion und die Lebenspraxis besser beherrschen zu können. Das Ziel der Wissenschaft ist auf die Beherrschung der natürlichen und sozialen Umwelt gerichtet. Wissenschaftliche Ergebnisse beziehen sich auf die Praxis, sie dienen der bewußten Tätigkeit der Menschen. Wissenschaftlich sind demnach auch nur solche Ergebnisse, die den untersuchten Gegenstand adäquat widerspiegeln, d. h. seine Gesetzmäßigkeiten, seine Wirkungsweise offenlegen, um ihn damit praktisch beherrschbar zu machen.

Von einem solchen Verständnis von Wissenschaftlichkeit sind der RCDS und seine ideologischen Freunde allerdings weit entfernt. Da für sie Wissenschaft nur eine bestimmte Vollzugsweise von Denken ist, das methodisch kontrolliert wird, heißt wissenschaftlich „demnach zunächst nicht das Ergebnis, das richtig ist (dies ist vielmehr eine sekundäre Wahrscheinlichkeit), sondern dasjenige, welches durch ein methodisch kontrolliertes Verfahren gewonnen wurde.“ (RCDS-Info/Mainz)

Nicht die Übereinstimmung des Abbildes mit den wesentlichen Strukturen des untersuchten Gegenstandes, soll danach Kriterium für die Wissenschaftlichkeit einer Aussage sein, sondern logisch-methodisches Vorgehen an sich, völlig losgelöst vom Gegenstand. Nicht die Praxis entscheidet also darüber, ob einzelne Ergebnisse richtig sind, d. h. mit der Wirklichkeit übereinstimmen, sondern die „Objektivität der Untersuchungsmethode“. Welche Folgen dieses Vorgehen bei der Untersuchung von sozialen Gegenständen hat, soll ein Beispiel verdeutlichen:

Ein „kritischer Rationalist“ will der Unzufriedenheit in einzelnen Betrieben auf den Grund gehen. Durch Umfragen, Interviews etc. kommt er zu dem Ergebnis, daß diese Unzufriedenheit aus der zu geringen Lohnhöhe, Mängeln am Arbeitsplatz usw. resultiert. Sein logisch-methodisches Vorgehen besteht darin, daß er von einem subjektiven Moment – Unzufriedenheit – auf ein weiteres subjektives Moment – auf Meinungen, Urteile über die Gründe dieser Unzufriedenheit schließt. Er setzt damit empirisches Wissen über die Gründe dieser Unzufriedenheit gleich mit unmittelbarem sinnlichem Wissen.

Angenommen, unter 100 Befragten sei ein Kommunist gewesen, der behauptet hätte, diese Unzufriedenheit sei nur eine Widerspiegelung der gesamten Lebensbedingungen unter diesem System und die eigentliche materielle Wurzel dieser Unzufriedenheit sei in den bestehenden Ausbeutungsverhältnissen zu suchen, so daß erst mit der Schaffung menschlicher, d. h. sozialistischer Verhältnisse, die Quelle allen Übels beseitigt sei.

Nun wird unser „Analytiker“ mit seinem methodisch kontrolliertem Verfahren natürlich zu dem Schluß kommen, daß 99 mehr Recht haben als einer. Außerdem geht es ihm ja an erster Stelle nicht um ein richtiges Ergebnis, sondern darum, daß sein Ergebnis empirisch „für jedermann überprüfbar organisiert“ ist. (RCDS-Info/Mainz) Dabei ist der „kritische Rationalismus“ nach der Aussage ihrer Exponenten „eine Theorie der Fehlbarkheit menschlicher Vernunft, die ... politische Konsequenzen hat, vor allem die Konsequenz, daß die Ordnung der Gesellschaft dieser Fehlbarkheit Rechnung tragen muß. Sie zeigt, daß es, wie in der Wissenschaft, so auch im sozialen und politischen Leben keine perfekten und daher unreviewbaren Problemlösungen gibt.“

Gar nicht mal ungeschickt, kann man da nur sagen. Denn wenn die Arbeiter – um weiter bei dem Beispiel zu bleiben – trotz erkämpfter Lohnerhöhungen und verbesserter Arbeitsbedingungen nach einem Jahr ihre Unzufriedenheit durch einen Streik neu artikulieren, so beweist das im Grunde nur die These von der „Fehlbarkheit menschlicher Vernunft“ und der „Unabgeschlossenheit unserer menschlichen Ordnung“. Und wenn nun dieser Kommunist (vielleicht sind's auch schon mehrere) immer noch behaupten würde, daß nur im Kampf gegen den Dreh- und Angelpunkt dieses Systems – gegen die Monopole – im Kampf um mehr Lohn, um Mitbestimmung, um antimonopolistische Demokratie die einzige Chance liegt, die Ursache der Unzufriedenheit zu beseitigen – mitfühlend lächelnd würden ihn unsere „kritischen Rationalisten“ als einen Dogmatiker, einen Unfehlbarkeitsapostel bezeichnen, dessen Auffassungen weder empirisch beweisbar noch widerlegbar wären. Hätte dieser Kommunist doch zumindest das sog. Falsifikationsprinzip kennen müssen: „Insofern sich die Sätze einer Wissenschaft auf die Wirklichkeit beziehen, müssen sie falsifizierbar sein, und sofern sie nicht falsifizierbar sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit.“ Und da die Grundaussagen des Marxismus bisher noch nicht falsifiziert wurden – bzw. nach Popper gar nicht falsifizierbar sind – ist der Marxismus reiner Aberglaube, bezieht er sich nicht auf die Wirklichkeit, so Popper. Wenn dieser Kommunist nämlich ein wissenschaftlich gesinnter Mensch wäre, so müßte er nach Popper versuchen, „den Kapitalismus zu erhalten, indem er sucht, ob Marx' Gesetze nicht falsifiziert werden können. Der Marxist, der die Gesetze anerkennt und rät, den Kapitalismus abzuschaffen, ist ein reiner Dogmatiker, dem jegliche Vorstellung vom Gang der Wissenschaft fehlt.“

So allmählich bekommt man wohl eine Vorstellung davon worauf diese antimarxistische „Wissenschaftstheorie“ in der Praxis hinausläuft: Erhaltung der überlebten Ausbeutungsverhältnisse, ja ihre ideologische Absegnung – Besseres gibt es nicht auf dieser Welt – und der Kampf gegen jeden Versuch, an den „Grundfesten“ dieses Systems zu rütteln, das ist die logische Konsequenz dieser sich wertneutral und objektiv drapierenden Theorie des „kritischen Rationalismus“.

Die Grundfrage, um die es bei der Auseinandersetzung mit diesem positivistischen Wissenschaftsbegriff geht, lautet: Ist Wissenschaft fähig, wesentliche Aussagen über die Welt zu machen? Ja, ist diese Welt überhaupt prinzipiell erkennbar? Und hier, an dieser weltanschaulichen Frage von äußerster Brisanz scheiden sich seit eh und je die Geister. Geht es dabei doch um die Grundfrage der Philosophie, von deren Beantwortung die grundsätzliche Lösung aller philosophischen Probleme abhängt. Beantwortet man nämlich die Frage nach dem Verhältnis von Materie und Bewußtsein idealistisch, d. h. geht man davon aus, daß ein geistiges Prinzip, Gott oder ähnliches der Erklärungsgrund der Welt sei, kann man die Frage nach der prinzipiellen Erkennbarkeit der Welt nicht positiv beantworten. Denn wenn man diesen außerweltlichen Geist schon nicht erkennen kann, dieser nicht-erkennbare Ursprung der Welt aber diese aus dem Nichts geschaffen haben soll, ist das nichts als Aberglaube, der mit wissenschaftlicher Analyse nichts gemein hat. Auch der subjektive Idealismus – der „kritische Rationalismus“ ist nur eine Spielart davon – zweifelt prinzipiell an der Richtigkeit unserer Erkenntnis; für ihn existiert die Welt nur in Gestalt unseres Bewußtseins und das ist eben vielen Fehlerquellen unterworfen.

Natürlich halten die „kritischen Rationalisten“ die ganze Grundfrage der Philosophie für völlig irrelevant. Doch ihre Theorie ist eine Antwort auf diese wichtigste Frage der Philosophie, die sie eindeutig als subjektive Idealisten identifiziert.

Letztlich bestreitet die idealistische Beantwortung der Grundfrage die volle Erkennbarkeit der Welt und damit auch – und das macht ihre praktisch-politische Relevanz aus – die Möglichkeit einer wissenschaftlich begründeten Politik der Arbeiterklasse zum Sturz des Kapitalismus.

Die materialistische Beantwortung dagegen erklärt die Welt aus ihren eigenen Bewegungsgesetzen, sie geht von der prinzipiellen Erkennbarkeit dieser Gesetze und ihrer Beherrschbarkeit aus. Die Menschen machen ihre Geschichte selber, je tiefer ihre Einsicht in die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung ist – diese Auffassung charakterisiert den Erkenntnis-optimismus und die klare historische Perspektive des wissenschaftlichen Sozialismus. Von daher bestimmt sich für Marxisten auch das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Die Politik der Arbeiterklasse stützt sich auf die Erkenntnisse der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze, auf die von Marx geleistete Analyse der Entstehung und des Untergangs des Kapitalismus, der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer historischen Aufgabe. Die Erhebung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse in den Rang einer wissenschaftlich begründeten Theorie, die Erkenntnis der dialektischen Einheit des Entwicklungsprozesses der Geschichte und dem objektiven Klasseninteresse des Proletariats macht die große historische Leistung von Marx und Engels aus. Die russische Oktoberrevolution als erstes praktisches Ergebnis dieser Verschmelzung von Wissenschaft und Arbeiterbewegung, die Herausbildung der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten zum Weltsystem, diese politischen Prozesse haben ein neues Kapitel der Wissenschaftsgeschichte aufgeschlagen, an dem niemand mehr vorbeidiskutieren kann.⁶

Marxismus, das ist nicht kontemplative Weltbetrachtung, sondern bewußte, verändernde Praxis, Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt auf wissenschaftlicher Grundlage.

Für den RCDS stellt sich das Verhältnis von Wissenschaft und Politik etwa so dar: „Sie (die Wissenschaft, d. Verf.) stellt der Politik ihre Ergebnisse zur Verfügung und begleitet politisches Handeln mit kritischer Reflexion. Die Politik ihrerseits wählt zwar aus dem Angebot der Wissenschaft was nützlich scheint, unterliegt im Vollzug dieses Aktes jedoch gleichzeitig der wissenschaftlichen Kritik.“ (RCDS-Info/Mainz) Frei nach Kittner: Und morgen, liebe Kinder erzähle ich euch ein anderes Märchen. Da gibt es scheinbar keine ökonomische Vormundschaft des Monopolkapitals, die die Art und Weise sowie die Ziele wissenschaftlicher Forschung als auch die Verwertung ihrer Ergebnisse bestimmt. Die Umwandlung eines riesigen Teils des Wissenschaftspotentials existiert nur in der düsteren Vorstellungswelt der Kommunisten, und daß gar der Staat als Finanzier und Organisator des Wissenschaftsbetriebs im Interesse der Monopole auftritt, ist nichts als böse Verleumdung.

Und „die Politik“ wählt ganz wertfrei aus „dem Angebot“ der Wissenschaft. Der Wissenschaft? So als ob die wissenschaftlich längst widerlegte Totalitarismuskritik, die faschistische Mörder und ihre Opfer gleichzusetzen pflegt, in den verschiedensten Varianten nicht immer noch zum theoretischen und praktischen Arsenal „hiesiger Politiker“ zählen würde. Rechts gleich Links, Faschismus gleich Sozialismus, die „Theorien über die angebliche Aggressivität des Kommunismus – haben sie auch nur den Anschein von Wissenschaftlichkeit? Aber damit werden Berufsverbote und Aufrüstung begründet, also etwas, um mit dem RCDS zu sprechen, was auszuwählen der Politik nützlich scheint – und doch wohl einzig und allein im Interesse der Monopole liegt. Imperialistische Politik ist antidemokratische, antihumane, zutiefst wissenschaftsfeindliche Politik, im Interesse des Profits und der verschärften Ausbeutung aller Werktätigen. Lenin: „In einer Gesellschaft der Lohnsklaverei eine unparteiliche Wissenschaft zu erwarten, wäre eine ebenso törichte Nalvilät, wie etwa von den Fabrikanten Unparteilichkeit zu erwarten in der Frage, ob man nicht den Arbeitern den Lohn erhöhen sollte, indem man den Profit des Kapitals kürzt.“⁷

Die „törichte Nalvilät“ des RCDS hat indes Methode. Sie dient dazu, die Formierung der Wissenschaft im Interesse der Monopole in abgeschmack-

tester Weise zu rechtfertigen, indem der Klassencharakter von Wissenschaft und Politik einfach geleugnet wird. Wissenschaft für wen, Politik in wessen Interesse, so hinterfragen Marxisten die Rolle von Wissenschaft und Politik unter imperialistischen Bedingungen.

Die Unverfrorenheit, mit der der RCDS jede echte und praktische Kritik an den imperialistischen Herrschaftsverhältnissen mit Berufsverböten geahndet sehen will und gleichzeitig die Forderung nach Wissenschaftspluralismus aufstellt, ist nichts als bloße Demagogie. So fordert er als Voraussetzung für Wissenschaftspluralismus „die Übereinstimmung darüber, daß es legitim ist, mit verschiedenen Methoden und von verschiedenen weltanschaulichen Prämissen her die Wirklichkeit zu erkennen und der Wahrheit näher zu kommen.“⁸ Es wird also eine Übereinstimmung darüber gefordert, von einem positivistischen Wissenschaftsverständnis auszugehen, d. h. das Prinzip der Erkennbarkeit der Welt zu leugnen, eine idealistische Weltanschauung für fähig zu halten, „der Wahrheit näher zu kommen“ und jeden Anspruch auf eine materialistische Erklärung der Welt, ja letztlich den Wahrheitsanspruch des Marxismus selber aufzugeben.

Also nur wenn Marxisten darauf verzichten, die dialektisch-materialistische Theorie und Methode als einzige Möglichkeit einer wissenschaftlichen Erklärung der Welt anzusehen, nur dann können sie in den Kreis der „Wissenschaftspluralisten“ aufgenommen werden – und hören damit gleichzeitig auf, Marxisten zu sein.

Die Namen Fischer und Garaudy stehen hier nur für viele andere.

So verbindet sich die Forderung nach einem solchen Wissenschaftspluralismus beim RCDS bruchlos mit der ausdrücklichen Befürwortung der Berufsverbote für Kommunisten. Der wissenschaftlichen Auseinandersetzung glaubt er mit dem pauschalen Dogmatismusvorwurf auf ein paar Flugblättern entgangen zu sein, um in der Praxis dann das schmutzige Geschäft als Laufburse der Reaktion um so aktiver betreiben zu können. Demgegenüber ist die dialektisch-materialistische Weltanschauung eben kein von Marx erfundenes Dogma, sondern der einzige Weg, die Welt aus sich selbst heraus zu begreifen, ihren Entwicklungsgang in Natur und Gesellschaft wissenschaftlich zu analysieren, um zur praktischen Beherrschbarkeit und Umgestaltung natürlicher wie gesellschaftlicher Verhältnisse zu gelangen. Insofern erhebt der Marxismus tatsächlich einen „Absolutheitsanspruch“, insofern ist er tatsächlich nicht „offen“ gegenüber irgendwelchen idealistischen Erklärungsversuchen der Welt. „Offen“ ist er nur der Wirklichkeit, dem Leben, der Praxis selbst gegenüber, von ihr läßt er sich korrigieren, aus ihr erfährt er seine Bereicherung, seine Lebendigkeit.

Die Lehren von Marx, Engels und Lenin, die Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung, die Programme der Kommunistischen Partei, das sind Zeugnisse wissenschaftlich verallgemeinerter Praxis der Menschheitsentwicklung, des Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung.

Politik auf wissenschaftlicher Grundlage ist Politik, die lernend aus und aufbauend auf diesen Lehren und Erfahrungen die Wirklichkeit untersucht und Schlußfolgerungen für die revolutionäre Praxis zieht.

Auch der MSB Spartakus stützt sich als marxistische Studentenorganisation auf diese Erfahrungen ebenso, wie er Lehren aus der Geschichte der Studentenbewegung gezogen hat und daraus Schlußfolgerungen für die Veränderung der Wirklichkeit zieht. Die Stärkung dieser Organisation ist der wichtigste Garant für die Stärkung der Studentenbewegung insgesamt, für das Zurückdrängen der Reaktion an den Hochschulen, vor allem des RCDS und für die Vereinheitlichung studentischer Politik auf wissenschaftlicher Grundlage.

1 Vgl. rote Blätter 18.

2 MEW 3, S. 26.

3 H. Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus in: Das 198. Jahrzehnt, zit. nach: Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf, Akademie Verlag Berlin 1973, S. 90 f.

4 Zit. nach ebenda S. 91.

5 M. Cornforth, Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma, Verlag Marxistische Blätter, Ffm. 1970, S. 16.

6 Vgl. Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf, a. a. O., S. 15 ff.

7 LW 19, S. 3.

8 Ruprecht Polenz, 30 Thesen für eine wissenschaftsgerechte Hochschulreform.

Aufruf

Die studentischen Hilfstruppen der Großkonzerne, die rechten und rechtsradikalen Studentenverbände, haben volle Kassen. Denn die Konzernherren zahlen kräftig. Die Reaktion in unserem Lande setzt im Hochschulbereich wieder voll auf den RCDS, den CDU/CSU-Studentenverband und seine rechtsreaktionären Kumpane.

So finanziell gedeckt und gesichert, entfaltet die rechte Propagandamaschinerie voll ihre Wellen der Diffamierung und Denunzierung. Dagegen stehen die Publikationen der demokratischen Studentenverbände. Unter ihnen die „roten blätter“, Studentenmagazin und Organ des Marxistischen Studentenbundes Spartakus.

Die „roten blätter“ unterstützen die demokratischen Massenaktionen der Studenten. Sie propagieren ihre Ziele. Sie berichten über den antiimperialistischen Befreiungskampf und über die Länder des Sozialismus. Sie klären den Zusammenhang zwischen demokratischem Kampf an der Hochschule und dem Kampf um demokratischen und sozialen Fortschritt in der Gesellschaft um Frieden und Sozialismus.

Darum schreiben in den roten blättern nicht nur Autoren aus dem Hochschulbereich, nicht nur Studenten und Wissenschaftler, sondern ebenso engagierte Künstler und Politiker. Sie tragen dazu bei, die Studenten an die Seite der arbeitenden Bevölkerung zu führen.

Zugleich greifen die „roten blätter“ die Fragen und Probleme auf, die die Studenten bewegen und interessieren und berichten über die aktuellen Entwicklungen in Politik, Kultur und Gesellschaft.

Ein solches Studentenmagazin läßt sich in unserem Lande durch Anzeigen nicht finanzieren. Auch die Spendenkraft der Studenten reicht nicht aus bei einer Ausbildungsförderung, die knapp oder gar nicht das Existenzminimum deckt. Darum kann ein Studentenmagazin auch die Preistreibereien der Papierkonzerne nicht beliebig an die Käufer weitergeben.

In dieser Lage sind die „roten blätter“ auf Spenden angewiesen, Darum fordern wir demokratisch engagierte und politisch wache Bürger auf, die roten blätter durch ein Spendenabonnement zu unterstützen. Darum bitten wir diejenigen um ein Abonnement, die zwar auch nicht reich sind, aber deren ebenso inflationsgeschädigte Kasse das den noch möglich macht!

Jedes Spendenabonnement ist ein Baustein im Kampf gegen das Meinungsmonopol der bürgerlichen Presse.

Ein Baustein im Kampf gegen die rechte und rechtsradikale Propagandamaschinerie.

Ein Baustein für demokratische Information und demokratisches Engagement im Hochschulbereich!

Prof. Dr. W. Abendroth

Dr. Peter Schütt

Franz. X. Kroetz

Prof. H. Holzer

D. Süverkrüp

F. Hutzfeldt

E. A. Rauter

W. Beutin

M. Dohmen

S. Lehndorff

Bleibt uns Hitler nicht erspart?

Nicht erspart geblieben jedenfalls waren der literarischen Öffentlichkeit der BRD zuvor einige andere „starke Männer“. Bestseller der Jahre 1971/72 wurde Golo Manns „Wallenstein“, worin sich durch das Wallensteinbild der Tradition ein neuartiges hindurcharbeitet. Ist bei Schiller Wallenstein der „Mann des Schicksals“, so bei Mann schlechterdings: „der Mann der Ordnung“. Durchgehend erscheint Wallenstein hier als der Berufene, „Ordnung aus Chaos zu schaffen“. „Ordnung“ ist eines von zwei konträren Prinzipien, die für Manns Buch grundlegend sind. Selber ist Wallenstein „geborener Ordnungsstifter“, treibt „norddeutsche Ordnungspolitik“ und hält die Preise stabil oder senkt sie sogar, aus „Ordnungswillen“. Überhaupt erweist sich seine Reichspolitik als „Ordnungspolitik“, weshalb Mann ohne Umschweife erklärt, wolle man Wallenstein denn „auf einen Nenner bringen“, so vertrat er „die Partei der Ordnung schlechtweg“. Es drängt sich der Vergleich mit der Wallenstein-Interpretation des nationalsozialistischen Philosophen Baeumler auf, der schrieb: „Kriegerehre und Führertum sind des Reiches Mitte, der Verfall der äußeren Ordnung braucht noch nicht den Untergang zu bedeuten: aus der ordnungschaffenden Führertat kann das Reich neu geboren werden.“ Vertreter des Chaos laut Mann ist, wer sich der „Ordnung“ feindlich entgegengesetzt, nach Manns Meinung: Protestanten und Revolutionäre. Die Ablehnung der Rebellion wird auch darin faßbar, wie die radikalen Protestanten abgekanzelt werden: Mann rügt den „dummstolzen Fanatismus der „Extremisten“ und erwähnt, daß in Magdeburg „die ängstlichen, die reichen, die konservativen Stadtväter überwältigt wurden von den Radikalen“. Was folgte? Quasi die gerechte Strafe, Niederbrennung der Stadt. Wer angesichts solcher Zustände noch helfen kann: allein der starke Mann, der freischwebende Intellektuelle, weder Parteigänger einer Konfession noch Parteigänger einer Klasse, glaubt Mann, der „Heros und Retter“ Wallenstein, freilich auf dem Wege der „Diktatur“. Etwa zur gleichen Zeit wie der Wallenstein erschien Joachim Fernaus „Geschichte der Römer“, Titel:

Wolfgang Beutin

Wolfgang Beutin, Hamburger Schriftsteller, Landesvorsitzender der DFU in Hamburg und Mitglied des Bundesvorstandes des BdWi.

„Cäsar läßt grüßen“. Der Autor beschreibt die römische Geschichte als Folge von Krisen Roms, deren jede, mutmaßt er, durch das Eingreifen eines starken Mannes beigelegt worden sei, bis auf die letzte. Rom ging unter, so Fernau, weil sich in der letzten der starke Mann nicht fand. Wodurch zeichnet sich der starke Mann aus? Etwa Sulla: „Der Mann war einfach ein Konservativer... Mit blanker Waffe marschierte er in Rom ein.“ (Das Buch erschien zwei Jahre vor dem faschistischen Putsch in Chile!) Von diesem Sulla bekennt der Ex-SS-Kriegsberichterstatter Fernau ausdrücklich, er sei sein „Ideal“. Weitere Ingredienzien des Buchs: heftiges Nein zur Demokratie und zum Sozialismus, begeistertes Ja zum Krieg, der „ewigen Tatsache“. So entpuppt sich Fernaus „Geschichte der Römer“ als — mehr oder weniger nachlässig unter historischer Tünche verstecktes — Programm eines neuen Faschismus. Wie Manns „Wallenstein“ wurde der „Cäsar“ zum Bestseller.

Bleibt uns Hitler nicht erspart? Die Frage war die Frage eines Literaturkonsumenten. Ort: die literarische Landschaft der BRD. Und doch klingt sie doppelbödig. Sie ist es auch. Literarische Moden kommen nicht von ungefähr. Weder Hitler noch Sulla und Cäsar, weder Wallenstein noch andere „starke Männer“ würden zu Generalthemen der Medien, wenn die Frage nach dem „starken Mann“ nicht auch in der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit sich stellte. Sich stellte? Sie stellt sich nicht, denn es ist ein Subjekt da, das sie stellt. Wer stellt in der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit die Frage?

Die Frage oder vielmehr die Drohung stammt, wie ohne Schwierigkeit ermittelbar, zunächst von der Seite des Monopolkapitals. So schrieb z. B. ein Organ der Unternehmerschaft („Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspoli-

Die Hitler-„Welle“ oder der Hitler-„Boom“ oder die Hitler-„Nostalgie“ ist in der BRD zu beachtlicher Höhe angelaufen, und der Konsument, besonders der Verbraucher der Massenmedienprodukte, wird davon überrollt — weil die Herren der Massenmedien es so befehlen? Auf dem Markt werden feilgeboten: Bücher über Hitler und das 3. Reich, „wissenschaftliche“ neben unwissenschaftlichen, sowie Schallplatten. Eine eigene Zeitschrift erläutert die Geschichte des 3. Reiches. Kinos zeigen neue Filme über Hitler, Fernsehprogramme enthalten alte Filme aus der Zeit des 3. Reiches. Bereits das Jahr 1973 hatte nach Meinung von Beobachtern in der BRD im Zeichen des „starken Mannes“ Adolf Hitler gestanden. „Literarisches Thema dieses Jahres im Film, im Fernsehen und in Zeitschriften war Hitler“, so „Der Spiegel“ (38/1973), und die „Zeit“ sah sich zu einem Leitartikel veranlaßt — Galgenhumor setzte als Erscheinungsdatum fest: 20. Juli —: „Bleibt uns Hitler nicht erspart?“



Klaus Richter: „Adolf Hitler“ 1942

tik") 1972: „Wenn heute ein produktivitäts- und wohlstandsbedrohender Autoritätsschwund eingesetzt hat, wenn die persönliche Sicherheit gefährdet ist, wenn zum Sturz des westdeutschen Kapitalismus aufgerufen wird, so sollten sich diejenigen nicht darüber ereifern, daß die Bürger nach dem „starken Mann“ rufen, die die allgemeine Aufweichungskampagne forcieren.“

Ähnlich zeigt Springers „Welt“, führendes Blatt der militanten Rechten in der BRD, das Schreckbild Hitler vor, ausdrücklich als Antwort auf die Frage nach dem Stand der Klassenkämpfe und in einer Situation, da die Streiks der Arbeiterschaft an Häufigkeit zunehmen: „Heute, da die liberalen Versionen der Lebensregelungen fast ausgereizt sind, da die Frage nach der Ordnung sich oft herrisch stellt und teils ideologisch, teils chaotisch beantwortet wird, wächst das Interesse an jedem wichtigen Gegenstand der eigenen Vergangenheit, auch an Hitler.“ (1. 10. 1973)

Wächst das Interesse — bei wem? Und: Rufen „die Bürger“ nach dem „starken Mann“? Gewiß, nicht nur die Monopolisten drohen. Auch einfache Bürger, ja die Opfer des Monopolkapitals rufen zuweilen nach ihm. Teile der Großbourgeoisie geben sich den Anschein, als glaubten sie, das Land benötige den Führer, oder sie geben sich nicht einmal bloß den Anschein. Teile des Mittelstands, der Enteignung durch das Kapital schutzlos ausgeliefert, Kleinbürger in ihrer Angst, ins Proletariat hinabzufallen, meinen, Führung zu benötigen oder benötigen sie wirklich. Kommt neuerlich also der starke Mann über uns? Nicht nur die Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Carstens, über das Beispiel Chile sind eine Warnung und nicht bloß die Billigung der Ereignisse in Chile seitens konservativer Blätter in der BRD. Eine Warnung sind auch literarische Erzeugnisse von der Art der Römergeschichte Fernaus („Mit blanker Waffe marschierte er in Rom ein“) und der Wallensteinbiographie Golo Manns samt ihrer Glorifizierung der militärischen Diktatur, eine Warnung ist die Hitler-„Welle“ oder der Hitler-„Boom“ oder die Hitler-„Nostalgie“. Wir müssen die Warnung ernstnehmen, aber brauchen die Dro-

hung nicht zu fürchten. In der Krise des Kapitalismus kramen die Kapitalisten und ihre Ideologen nochmals das Schreckbild Hitler heraus, sie veranstalten die Hitler-Nostalgie, so als könne er selber, der Diktator oder sein Nachfahr, selbsttätig „die Frage nach der Ordnung“ beantworten, gar „herrisch“ beantworten und als bliebe er nicht, wie es damals Ossietzky darlegte, der Condottiere des großen Kapitals. Und Heinrich Mann äußerte damals schon: „Die törichte Sensation ist ausschließlich Hitler, als wäre er kein gemieteter Knecht, sondern aus eigener Kraft der Veranstalter.“

Der Kampf gegen die Ideologie der Herrschenden in der BRD ist auch zu führen als Kampf gegen den Mythos vom „starken Mann“ oder von den „großen Männern“, die die Geschichte machen, d. h., „die regelmäßig das größte Unheil anrichten, wenn sie anfangen, die Geschichte zu machen“ (Mehring), und der Kampf gegen die Hitler-Nostalgie ist zu führen als Kampf gegen das Großkapital. Der Kampf ist aussichtsreicher denn je zuvor, und gerade die Hitler-Nostalgie, die von den Monopolisten veranstaltete, beweist, daß diese Veranstalter vor allem eines sind — dumm bis über die Grenze der Kriminalität. „So unfähig zu lernen war nie vorher eine andere Gruppe von Mächtigen, ist auch heute keine.“ (Nochmals: Heinrich Mann.) „Mit blanker Waffe“ einmarschieren lassen: Das können sie heute nicht mehr hierzulande, das können sie in Bonn nicht wagen und nicht in irgend einer Stadt der BRD, weil es im Osten Europas Demokratien gibt, die wachsam bleiben, und weil es im Norden, Süden, Westen der BRD ebenfalls Länder gibt, die keine Erfahrung aus der ersten Jahrhunderthälfte vergessen, besonders nicht den Krieg 1939—1945.

Die Warnung geht an die Adresse aller Demokraten im Lande — Kommunisten, Sozialisten, Liberale, Christen —, zusammenzustehen, um die Errungene Freiheit gegen ihre Feinde im Lande zu schützen (und dräuen diese noch sehr mit Notstandsgesetzen, Berufsverboten, Bundeswehrhochschulen...), die Feinde im Lande zu schwächen dadurch, daß das Errungene beharrlich ausgebaut werde.



UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Plambeck & Co

Druck und Verlag GmbH

— Vertriebsabteilung —

404 Neuss/Rhld., Xantener Straße 7

Telefon 0 21 01 / 5 70 81 — 88

TAGESZEITUNG

☐ Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als **TAGESZEITUNG**

für mindestens 3 Monate

(Abonnementspreis:
monatlich DM 7,—)

WOCHENZEITUNG

☐ Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als **WOCHENZEITUNG**

für mindestens 1 Jahr

(Abonnementspreis:
vierteljährlich DM 6,50)

musik



rote blätter:

Du bist Rechtsanwalt, Liedermacher, Romancier, jetzt gehst Du, wie man hört, noch unter die Filmemacher? Wohin zieht es dich nun am meisten, oder kann man alles auf einmal machen?

F. J. D.:

Zunächst mal: Ich bin nicht unter die Filmemacher gegangen. Mein Buch Zündschnüre wird gerade verfilmt von Reinhard Hauff und für den WDR. Manchmal bin ich bei den Dreharbeiten dabei, weil mich das interessiert und weil ich den sound-track, also die Musik zu dem Film, schreibe. — Ich will übrigens auch ein Drehbuch schreiben, und dafür sollte man etwas von der Realisation, vom Filmemachen, kennen.

Und Romanschreiben, Liedermachen, Filmemachen sind ja nicht voneinander grundverschiedene Dinge. Belletristen haben oft neben Erzählungen auch Gedichte und Theaterstücke geschrieben, und heute — mit den neuen Medien Platte, Film, Fernsehen, Radio — naja, da machen sie eben auch Lieder, Filme, Fernsehstücke und Hörspiele. Als Rechtsanwalt bin ich allerdings zur Zeit wenig im Geschäft.

Rausgeschmissener Sozialdemokrat, Volksfront-anhänger...

F. J. Degenhardt über seinen neuen Film, über Wein und die Fußballweltmeisterschaft

Über Franz Josef Degenhardts Buch „Zündschnüre“ wird zur Zeit ein Film gedreht. Eine neue Platte Degenhardts für den Herbst ist in Vorbereitung. Über diese Fragen und über Degenhardts Tip für die Fußballweltmeisterschaft sprach Ull Maske mit F. J. D.

rote blätter:

Wie ist dein Buch Zündschnüre eigentlich beim Leser angekommen, gibt es dazu Rückmeldungen?

F. J. D.:

Zündschnüre hat sich gut verkauft. Der Aufbau-Verlag Berlin/DDR hat jetzt auch noch eine ziemlich hohe Auflage davon gedruckt. Bald kommt es in der BRD als Taschenbuch raus, also billige, und das ist gut. Dann werden es hoffentlich auch die lesen, die nicht so ohne weiteres 22 DM für einen Roman ausgeben können.

Zur Rückmeldung; ein alter Genosse aus der Gegend, in der das Buch spielt, hat mir, nachdem er Zündschnüre gelesen hatte, sein Rotfrontkämpferbund-Abzeichen geschenkt. Das war die schönste für mich.

rote blätter:

Wie geht das mit der Verfilmung deines Buches nun vonstatten?

Erzähl doch mal, z. B. über Regie, Schauspieler — man spricht auch von Driest?

F. J. D.:

Ja, Burkhardt Driest hat das Drehbuch für Zündschnüre geschrieben. Der ist gut und kann das und spielt auch eine Rolle in dem Film. Es war nicht leicht, die Kinder zu finden, die ja die Hauptrollen spielen. Sie müssen dem Slang der Gegend entsprechen und dürfen keine der üblichen netten Filmkinder sein. Aus 400 oder 500 Schulkindern hat Reinhard Hauff schließlich vier richtige Typen herausgefunden, die genau unseren Vorstellungen entsprechen. Hauff kann übrigens fabelhaft mit den Kindern umgehen, und die Jungen und Mädchen sind ziemlich begeistert. In meiner Heimatstadt, in der Zündschnüre spielen könnte, hat das Team keine Dreherlaubnis bekommen. Es gab da überhaupt

merkwürdige Vorkommnisse: So mußten die Buchhändler auf Grund von nicht anonymen Drohungen das Buch aus dem Fenster nehmen, Direktoren hatten Anweisung, den Regisseur bei der Suche nach den Kindern für die Hauptrollen nicht zu unterstützen und so weiter. Man ist dann in die Nachbarstadt nach Ennepetal-Milspe ausgewichen, wo wir haben konnten, was wir wollten, sogar ein altes Fabrikgebäude, in dem gesprengt werden darf. Wahrscheinlich aus Nachbarschaftskonkurrenz.

rote blätter:

Meinst du, daß dein Film mal ein Kassenschlager wird, vielleicht sogar im Ausland?

F. J. D.:

Ein Kassenschlager kann der Film deshalb wohl nicht werden, weil er nur im Fernsehen (ARD) zu sehen sein wird. Also mehr Heimkino.

rote blätter:

Da fällt mir was ein. Du wolltest doch mal Weintrinker werden. Bist du jetzt eigentlich einer, oder pflegst du deine Stimme noch mit der Kornflasche?

F. J. D.:

Um ehrlich zu sein: Ich trinke zum Wein immer einen Korn,

damit er nicht so trocken schmeckt.

rote blätter:

„Paprika soll uns im Halse brennen und der reife Kartoffelschnaps auch“, so hieß es auf deiner letzten LP — das war ja auch nicht gerade trocken. Kannst du schon etwas über eine nächste Plattenproduktion sagen?

F. J. D.:

Ja, eine LP wird auch in diesem Jahr produziert. Darauf werden einige Lieder sein, deren Texte nicht von mir sind, von Erich Weinert z. B. ist eines, ein anderes von Georg Herwegh. Ich habe sie aber komponiert und werde sie natürlich auch singen. Mein Chile-Lied, Station Chile, wird auch auf der Platte sein und der Zündschnüre-Song, den ich für den Film geschrieben habe.

rote blätter:

Wie hast du das 25jährige Jubiläum des Grundgesetzes gefeiert, das ja von der Bundesregierung ...

B. J. D.:

Überhaupt nicht.

rote blätter:

Das war deutlich. — Mal was anderes. Was tippst du, wer wird erster bei der Fußball-WM?

Warum?

F. J. D.:

BRD. Ganz klar: Beste Mannschaft, Platzvorteil

rote blätter:

Jetzt noch mal zu dir. Sehr direkt. Du hast dich mit deiner „Schimpflitanei“ auf der „Pflaumenbäume“-LP gewissermaßen selbstironisch politisch eingeschätzt: Den einen zu links. Den anderen fehlt das revolutionäre Flair an dir. Oder konkreter: Degenhardt — fast schon ein Kommunist. Wie sieht's damit aus, wie wird's in absehbarer Zukunft aussehen?

F. J. D.:

Ich bin ein rausgeschmissener Sozialdemokrat, Volksfrontanhänger, der für eine starke DKP und für eine Unterstützung der Sozialisten in der SPD eintritt. Genügt das?

rote blätter:

Danke, ja.

Bay- risch

Ulrich Maske Neue Folklore von Peter Jakobi

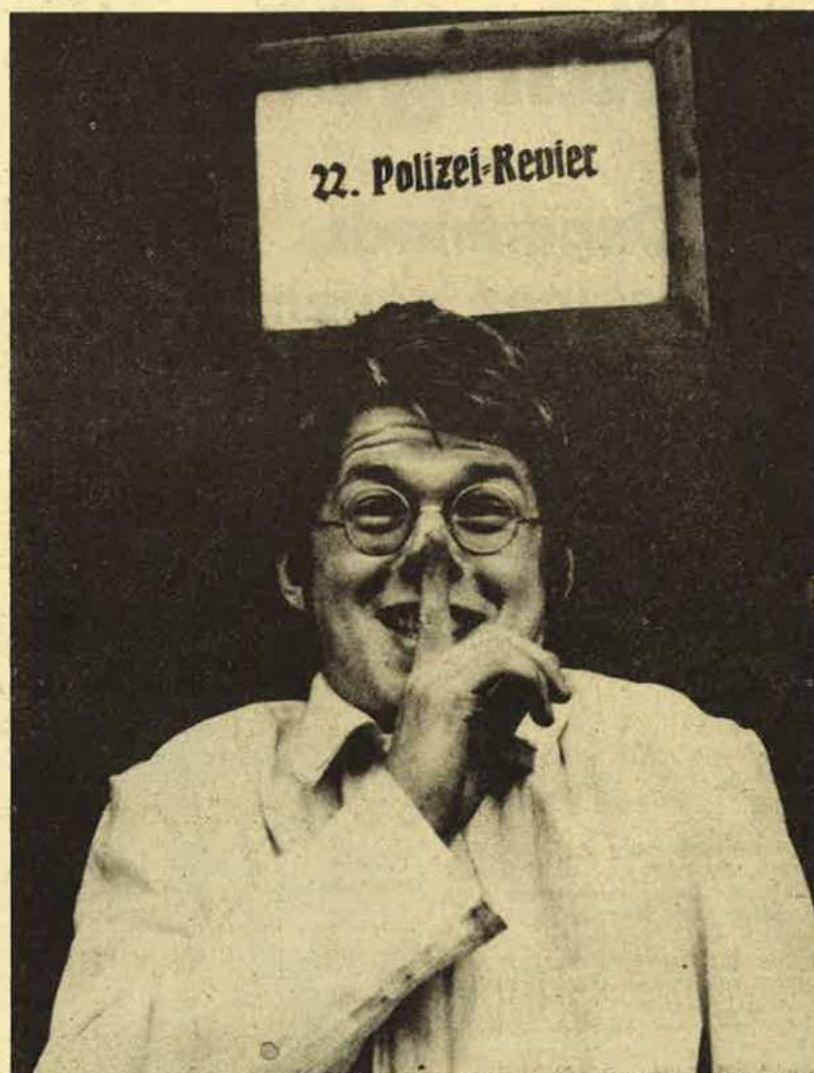
Es gibt bayrische Buam, bayrisches Bier und Bayrisch Blockmalz. Und jetzt gibt es auch noch Bayrisch Blues. Ganz recht, die Musik der Unterdrückten in Nordamerika, die Mutter von Rock und Jazz, hat einen bayrischen Sproß zur Welt gebracht. Das Erstaunlichste ist, daß diese Variante authentischer ist als so manches, was auf dem internationalen Musikmarkt als Blues, Bluesrock etc. verkauft wird. Die „bayrische Blues-Filiale“ leitet der 23jährige Peter Jakobi, unterstützt von der Band „blues & ballads“.

Nun möchte man denken: Na ja, eine Gruppe mehr, die „Deutsch Rock“ spielt, wie man inzwischen international kategorisiert. Das wäre falsch gedacht. Peter Jakobi, wohnhaft in München, hat es sich nicht einfach gemacht. Er spielt nicht nur gute Musik „an sich“ mit seinen blues & ballads. Er hat auch noch Texte auf Lager, die keinen Augenblick Langeweile aufkommen lassen, und zwar in bayrischer Mundart. So heißt seine erste Langspielplatte denn auch „I could cry vor lauter Blues“. Keine Angst, liebe Nichtbayern, der Platte liegt ein vollständiger Textabdruck der Stücke bei.

Welche organische Einheit Musik und mundartliche Texte bei Peter Jakobi bilden, kann man sich wohl kaum vorstellen, bis man es selbst gehört hat. Die LP beginnt mit einem Kinderlied-Blues über den König Faruk als einen, der auf Kosten anderer lebt.

„Da Kini Faruk braucht
ehrlich des größte Schloß
weil er so fett is wia a Roß ...
... nie hoda gearbejt't, de
faule Sau
war als Bua scho so fett wia
a oide Frau.“

Und was hat „Kini Faruk“ davon? Geplatzt ist er schließlich. Aber bei Peter Jakobi gibt es nicht nur witzig-gerechte Märchen. Als Bewohner des alten Arbeiterviertels München-Giesing kann er die „Sanierung“ durch Immobilienhaie verfolgen. Ihnen gilt seine Anklage, die er in einem aggressiven Boogie erhebt.



„Was sagst, Giesing?
De Geldsäck hann di
ei'gsackt?
Wos moants, Geldsäck,
wenn uns die Wut mal
packt?“

Im Westend sieht es ähnlich aus. Nach der traditionellen Melodie von „House Of The Rising Sun“ — übrigens die einzige auf der LP, die nicht von Jakobi stammt — wird besonders das Leid allein-gesessener Mieter beschrieben. Die Gangstermethoden der Mietwucherer im Westend-Blues.

Blues

„Es steht ein Haus im
Westend draus
bereits seit langer, langer
Zeit
da schmeißens jetzt de
Mliet naus
lauter olde Leit...“

Und dann meint man auf einmal, Chuck Berry habe sich mit einem Boogie eingeschlichen. Aber es ist natürlich wieder „blues & ballads“, mit „Zyankalischorsch“, einer sarkastischen Umweltverschmutzerstory. Gleich folgt der nächste Horrortrip. Geisterhaft ertönt erklingt in einer synthetischen Kindersprache das „Holzhammerlied“ über die „rechte“ Kindererziehung:

„Lange Haare, Hüti schlappi
brecho Beini, Rübi abbi
Bulli netti schmatzi feini
bösi Gampli Gulli eini...“

Die A-Seite der LP schließt ab mit „Superdrummer! Niederwamerl“, Die Rock'n'Roll-Karriere eines Provinzschlagzeugers wird lebensnah (auch akustisch!) dargestellt.

„Er macht so schee alle
Gedanken hin
mit seiner Trommelschlogerei
Du hörst vo da Blatt in da
Wohnküch drin
und denkst: mei
pfenningguad, der schlogt
mas Hirn zu Brei!“

Auch die andere Seite der Scheibe hält Überraschungen bereit. Zum Beispiel den ironischen Exkurs über die bürgerliche Vererbungstheorie: „Müllmenschblues“.

„If the Müllmensch leers the
Tonne
I could cry vor lauta blues
and I cry ganz laut aus
Wonne
weil er die Tonnen leeren
muß.“

Häha, Kamrad Müllmensch
you are now
in der Scheiße drin
man! I thank Lord to my
Herrgott
daß i koa Müllmensch
gwordn bin...“

„Krokodilos, da Boß von Brasin-
da“ ist der Unheld des nächsten
Stücks. Gemeint ist Alfredo
Stoessner, Präsident von Para-
guay, der Bayern einen Besuch
widmete. In der „Brutalsamba“
(Jakobi) heißt es darüber — deut-
lich genug:

„Krokodilos, da Boß von
Brasinda
flog zurück
mit viel Geld in da Hand
und bracht Waffen mit für
seine Schinda
die stelln glei' a paar Rote
an d'Wand.“

Ein Bild der „Blüte der Demokra-
tie“ zeichnet Peter Jakobi mit ge-
radezu genüßlich-plastischer Ge-
nauigkeit in „Danz da Bur-
schoasi“.

„Was sagten Sie,
Herr Aufsichtsrat?
Sie meinen,
das Kartellamt hat
etwas gegen den Konzern?
Mensch, wozu schmiern wir
dann die Herrn!
Und was kostet, bitte sehr
ein Landtagsabgeordneter!
Die andre Branche lächelt
schieß:
Sie kaut am neuen
Lohntarif!“

Ja, Peter Jakobi ist vielseitig.
Künstlerisch. Politisch ist er ziem-
lich einseitig. Man möchte gera-
dezu sagen: offen parteilich. Das
macht ihn besonders liebenswert,
für die Mehrheit. Für einige aller-
dings dürfte das weniger zutref-
fen, z. B. für einen gewissen FJS.
Dem ist zwar der Abschlusstitel
der Platte gewidmet, aber ob er
sich geschmeichelt fühlt? Jeden-
falls läßt Peter Jakobi (Lieblings-
farbe Rot) noch einen blau-weißen
Vilshofener Walz erklingen:

„Mir kumman aus dem
Isartal
de andern schlognma allemal
und wer des Liadl ned kapiert
werd füsiliert, werd füsiliert!“



Schwarzer Humor. Alles in allem
eine sehr farbige LP, die sicher
nicht mehr lange Geheimtip
bleibt.
Dös woars. Servus.



Ulrich Maske

F. D. Ryschenko,
O. Reinhold u. a.:
Der gegenwärtige Antikom-
munismus — Politik und Ideo-
logie / Hrsg. Institute für Ge-
sellschaftswissenschaften
Moskau und Berlin, Dietz-
Verlag Berlin (DDR) 1974 —
513 S., ca. 10,80 DM

Sagladin, W. W. u. a.:
Die Kommunistische Weltbewegung
Abriss der Strategie und Taktik,
Verlag Marxistische Blätter,
Ffm 1973
494 S., 12,- DM

Georg W. Alsheimer
Vietnamesische Lehrjahre –
Bericht eines Arztes aus Viet-
nam, 1961–1967, zweite ver-
besserte Auflage 72 – suhr-
kamp taschenbuch 1973 –
472 Seiten.

Unter dem Pseudonym „George W. Alshemer“ schildert Prof. Dr. Erich Wulff, Leiter der Poliklinik an der Neuropsychiatrischen Universitätsklinik in Gießen und Sprecher des Antilperialistischen Solidaritätskomitees den Prozeß der politischen Bewußtseinsbildung, den er als liberaler deutscher Arzt in den Jahren 1961 bis 1967 in Südvietnam durchmachte. Der Kampf des vietnamesischen Volkes, die konkrete Erfahrung der US-Kriegsmaschinerie wird für ihn zur entscheidenden Erfahrung, aus der sich seine brennende Aktivität für die Entwicklung der Bedeuten- und Befreiungsbewegungen ergibt.

Trotzdem ist dieses Buch nicht nur durch seine brennende Aktualität wegen der Entwicklung in Vietnam von Bedeutung, sondern nur wegen der wichtigen Informationen vor allem, weil Wulfis nachvollziehbar sehr eindringlich auf diejenigen wird. Gerade auch für Studenten, die die antiautoritäre Studentenschaft bewegt nicht mehr mitgemacht haben. W. F. Haug schreibt dazu sehr treffend in seinem Vorwort: „Es ist kein Buch für Eingeweihte, Interessant ist es für die eben nie für diejenigen, für die sowenig von vornherein alles klar ist wie für den Verfasser. Am Ende ist man klüger als am Anfang, hat lernend eine mehr oder weniger große Entfernung zurückgelegt.“

Somit ist das Buch ein Lehrstück für die Freiheit unseres Landes. Wulf, wie unsere Presse richtig bemerkt, mußte das

Geradezu als Lehrstück für die Pressefreiheit unseres Landes schildert Wulff, wie Nachrichten von der bürgerlichen Presse verarbeitet werden. So mußte Wulff noch vor Erscheinen des Buches Vietnam-Berichterstattung, die die ZEIT betrafen, um eine Beschlagnahme des noch nicht ausgelieferten Buches zu verhindern.

Fritz Rische (Hrsg.):
Arbeiterklasse und EWG.
Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/Main, 1974, Marx-
istische Taschenbücher, Rei-
he „Marxismus aktuell“ 64
191 S., 7,50 DM

In dem vorliegenden Taschenbuch wird ein Beitrag zur immensenmäßigen Einschätzung der imperialistischen Integration in Europa, ihrer Widersprüche und Entwicklungstendenzen der politischen Kräfte der BRD zur EWG gekennzeichnet und die kapitalistische Integration an den Kampf der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen gestellt. Zugleich werden die umfassenden Möglichkeiten gekennzeichnet, die heute gegeben sind, "...um eine Wende in Richtung auf eine tiefgreifende demokratische Umgestaltung der Gesellschaft in den verschiedenen kapitalistischen Ländern und in Westeuropa überhaupt herbeizuführen". (187)

András Gedö, Manfred Buhr,
Vladimir Ruml:
Die Philosophische Aktualität
des Leninismus – Zur Aktua-
lität der Leninschen Positi-
vismus-Kritik – Positivisti-
sche „Philosophie der Wis-
senschaft“ im Lichte der Wis-
senschaft
Sammelband der Reihe: Kri-
tik der bürgerlichen Ideolo-
gie, Ffm 1972
77 S., 4,50 DM

„Der Positivismus ist mehr als eine bloße Richtung oder Strömung der spätbürgerlichen und imperialistischen Philosophie. Der Positivismus ist die Denkweise der bürgerlichen Gesellschaft oder: die Denkstruktur der Phase der uningeschränkten Herrschaft der Bourgeoisie, die gleichbedeutend ist mit der Phase ihres ideologischen Verfalls.“ (S. 37)

feri bi

en cher ps

In dieser Ausgabe der roten blätter empfehlen wir mit Kurz-
besprechungen alle und neue Werke der Literatur, die in Ruhe
in den Ferien gelesen werden können: Die Mischung ist bunt:
Belletristik, Theorie und Arbeiterliteratur. Und keinesfalls re-
präsentativ.

Richard Hey
Ein Mord am Lietzensee —
1973, Autoren Edition, Ber-
telsmann-Verlag — 230 S.

Locker und schnell zu lesen ist
der Kriminalroman von Richard
Hey. Nicht von ungewöhnlicher
Spannung schildert er den Mord
eines alten Mannes mit einge-
schlagenem Kopf und die Aufklä-
rung durch die Westberliner Kri-
minalkommissarin Katharina Le-
dermacherin. Verdächtig wird
zu bewältigen. Das ganze in einen
Krimi verpackt. Nette leichte Un-
terhaltung.

Fritz Salm
Im Schatten des Henkers —
Vom Arbeiterwiderstand in
Mannheim, Bibliothek des Wi-
derstandes, Röderberg Ver-
lag GmbH., 1973 — 300 S.

Leider zu wenig beachtet, schil-
dert Fritz Salm, 1913 in Mann-
heim geboren, den Arbeiterwider-
stand in Mannheim und Krieg.
Er schildert den Kampf um die
antifaschistische Einheitsfront
vor der Machtergreifung Hitlers.
die Entwicklung neuer Kampf-
methoden gegen den Faschismus.
Vor allem der kommunistischen
Arbeit im Widerstand. Was Schul-
bücher und bürgerliche Medien
konsequent verschweigen, der
Widerstand der Kommunistischen
Partei in Wohngebieten und Be-
trieben, die Schwierigkeiten und
Probleme, all das wird lebendig in
Salms Buch.

Konstantin Simonow:
Die Lebenden und die Toten,
Berlin 1972 (14. Aufl.), Verlag
Volk und Welt
527 S., 9,80 DM

Man wird nicht als Soldat ge-
boren — Berlin 1972 (7. Aufl.),
Verlag Volk und Welt
710 S., 12,60 DM

Der letzte Sommer — Mün-
chen 1972 — verlegt bei Kind-
ler — 607 S.

Simonows Romanzyklus beginnt
mit dem Überfall Hitlerdeutsch-
lands auf die Sowjetunion, schil-
dert wesentliche Einschnitte des
Krieges und endet mit dem letz-
ten Sommer vor dem Marsch auf
Berlin.

Von starker Spannung durchzo-
gen erhält der Leser einen außer-
ordentlich realistischen Einblick
in die Lage der Sowjetunion beim
Ausbruch des Krieges. Das Folge-
chaos als Folge des Angriffes, Offi-
ziere, die ihre Truppen Men-
schen, die ihre Truppen Men-
schlichen Kesselschlachten, die
sowjetischen Truppen, die ver-
bis kurz vor Moskau vorrückten,
den Schlacht bei Stalingrad, die
erste Wende vor Moskau, die
Wichtig und interessant die
Schilderung des Lebens in der
Armee, die hohe Bedeutung der
politischen Arbeit. Allen „Armee-
Zyklus klare Fakten entgegen.

Autorenkollektiv
Der Antimperialistische
Kampf in Lateinamerika
Kleines Nachschlagwerk,
1973 Dietz-Verlag Berlin (DDR)
469 S., ca. 7,50 DM

Das kleine Nachschlagwerk ist in
drei Teile gegliedert. Teil I infor-
miert über die Hauptprobleme
des revolutionären Prozesses und
die Strategie und Taktik der
Kommunistischen und Arbeiter-
parteien Lateinamerikas. Teil II
enthält ausgewählte Kampfpro-
gramme der kommunistischen
Parteien Lateinamerikas, wichtige
Erklärungen auf Treffen und
Konferenzen Lateinamerikanti-
scher Länder. Dokumente der Ge-
werkschafts- und Bauernbewe-
gung sowie antimperialistische
demokratische Einheitsfrontpro-
gramme. Teil III umfaßt einen
kurzen Abriss der kommunisti-
schen Arbeiterparteien Latein-
amerikas und der latein-
amerikanischen Gewerkschafts-
bewegung. Dazu kommen Karten,
Grafiken und statistische Anga-
ben. Das kleine Nachschlagwerk
trägt dem großen Informations-
interesse an Lateinamerika Rech-
nung.

Bedeutend auch die künstlerisch
glänzende Auseinandersetzung
mit Stalin. Gerade für Leser der
Bundesrepublik, die Solschenizyn
für einen Kritiker des Stalinis-
mus halten, ist es eine wichtige
Erfahrung, zu sehen, mit allen
Ernst und Dichter sich mit allen
Etappen ihrer Geschichte unge-
schminkt auseinanderzusetzen. Si-
monow schildert Stalin mit allen
seinen menschlichen Fehlern,
zeichnet die tragische Situation
der Offiziere, die Stalins folgen-
schwere Irrtümer sehen, die aber
auch jede Kugel decken würden,
weil sein Tod unabschbbare Folgen
für das Land gehabt hätte.
Der Leser erhält ein realistisches
Bild von den Opfern und den
Schwierigkeiten, nach diesen ge-
waltigen Zerstörungen das Land
wiederaufzubauen.
Dabei ist die Handlung von einer
eindringlichen Spannung, die den
Leser nur schwer entläßt.



Fatalismus ohne Alternative

Supermarkt

In fortschrittlichen Zeitungen durch die Bank gelobt, von der „Deutschen Volkszeitung“ bis zum Gewerkschaftsjugendmagazin „ran“ reißen die freudigen Kritiken nicht ab. Die Story ist einfach: Ein Junge am sogenannten Rande unserer Gesellschaft (warum und wie er dahin kam, bleibt dunkel) kämpft um eine Möglichkeit, sein Leben zu schaffen. Er lebt von dilettantischen Gelegenheitsdiebstählen. Aus Angst vor dem Erziehungsheim kommt er voll auf die sogenannte „kriminelle Bahn“. Und hier macht er seine Erfahrungen: Vom besoffenen Barmädchen, mit dem er seine Zukunft machen will, über den Bahnstrich zum homosexuellen Bourgeois mit römischem Springbrunnen in der Vorhalle der Villa mit Blick auf die Elbe. Tragische Randfiguren: der liberal engagierte Journalist mit seiner unerträglich kleinbürgerlichen Frau und der kleine Bahnstrichkriminelle, der mit ihm das große Ding drehen will und natürlich scheitert.

Schon mit der ersten Einstellung ist alle Spannung weg. Jeder weiß sozusagen, daß dieser Film nicht gut ausgehen kann. Das notwendige Ende ist im Anfang angelegt.

Um ihm trotzdem Spannung zu geben, muß Roland Klick einige interessante Stationen zusammenmischen, um überhaupt einen Film möglich zu machen. Denn die Wirklichkeit wäre ungemein

trister, die Möglichkeiten aber auch, am Rande weiterzuvegetieren, wären für einen Jungen wie ihn ungemein realer. Ohne dramatische Zuspitzung, ohne zwei Mord, ohne angefahrenen Polizisten, ohne liberalen Journalisten und homosexuelle Bourgeoisie, ohne Raubüberfall. Daß Klick eine sowieso recht mäßige Spannung allein durch eine interessante Zusammensetzung farbiger Begegnungen

herzustellen versucht, das ist der entscheidende Mangel des Films. Er hat seine eigentliche Ursache darin, daß Klick weder Alternativen (deren Fehlen noch verständlich wäre), noch den Gegner, noch Ursachen zeigt. Denn dort liegen doch die realen, die inhaltlichen Spannungsmomente.

Dort wäre echte Spannung möglich gewesen.

So geht der Zuschauer heraus und weiß nicht weiter: Sicher, so mag das in Wirklichkeit sein. Doch, was nutzt es, da läßt sich nichts machen. Vorbestimmt wie antike Tragödien läuft das Schicksal ab. Punkt. Ende.

Soviel Fatalismus ohne Gegner und Alternative, das wäre als Fernsehspiel noch erträglich. Hier im Kino geht es unter. Massen gewinnt der Film nicht. Sein üblicher jahrelanger Gang durch die Studiokinos ist schon vorbestimmt. Dort wird er intellektuellem Publikum vorbehalten bleiben. Allerdings auch gedämpft, denn Randgruppen sind bekanntlich nicht mehr so aktuell. Schade! Beim Thema wäre mehr drin gewesen



Frankfurter Parallelen

Serpico

Zugegeben, der Film zeigt keine rechte Lösung. Zugegeben, der Film hat einige Längen, nicht unangenehm übrigens, eher notwendige wie schöne Verschnaufpausen.

Aber das sollte niemanden von einem Besuch zurückhalten. Denn der Film ist erstens spannend, zweitens eine realistische Schilderung der US-amerikanischen Polizei und damit drittens eine knallharte Kapitalismuskritik, wie wir sie mehr brauchen und besser in kommerziellen Kinos hier mitten im Kapitalismus nicht erwarten können. Das ist das verfaulende imperialistische System real. Worum geht es? Ein junger Italo-amerikaner wollte schon immer Polizist werden.

Ein bekanntes Motiv. Mit frommem Pathos wird er von der Polizeischule ins Leben entlassen. In die tägliche Polizeipraxis. Und dann kommt es Knall auf Fall. An sich nichts besonderes. Nur die allgemeine, die tägliche und gewöhnliche Korruption, die sicher, wenn auch noch nicht mit solcher Perfektion und Routine bundesrepublikanischen Polizeialltag verschönt.

Der junge Polizeibeamte wehrt sich. Das widerspricht seinen Idealen. Und isoliert sich unter den Kollegen.

Auswege sieht er nicht. Er läßt sich versetzen, um in einem noch perfektionierteren Sumpf arbeiten zu müssen. Er wendet sich an Vorgesetzte, um erfahren zu müssen, daß sie selber im Sumpf der Korruption blühen. Er bittet den Bürgermeister mit Hilfe einiger letzter Beziehungen um Hilfe, um sich von einem seiner Referenten erklären zu lassen, daß der Bürgermeister einen heißen Sommer erwarte, Unruhe. Darum müsse er sich auf den Polizeiapparat stützen können. Und der seit Jahren für diesen Zweck arbeitende Ausschuß zur Bekämpfung der Korruption mit dem knallharten und verhassten Staatsanwalt hat vor allem eine Sorge: Daß die Öffentlichkeit nichts erfährt.

Denn als die Times endlich informiert wird, die Sache dick herausbringt, gibt das zwar Schlagzeilen, wird zwar ein Ausschuß einberufen, der öffentlich natürlich in alten schönen Sälen aus der Gründerzeit lange und detaillierte Untersuchungen führt. Doch das Leben geht weiter.

Das Ende des Polizisten Serpico ist unbefriedigend, aber nicht unerträglich. Eine Lösung zeigt er, wie oben schon erwähnt, nicht.

Das beachtliche an der nebenbei auch sehr spannenden Handlung ist die Tatsache, daß hier kein großer kalter Einzelgänger seinen erfolgreichen Schnitt gegen die böse Umwelt macht, sondern daß ein ganz gewöhnlich junger Polizist sich wehrt, Angst hat, daß der notwendige Mechanismus sozusagen unbezwingbar abläuft: Isolation, gesteigerte Aggression, seine Frau läuft ihm weg, verständiglicherweise.

Beachtenswert auch die realistische Schilderung US-amerikanischer Bullen, normale Ehemänner, besorgt ums Familienleben und perfekte Folterrer. Die Berichte über Folterungen der Frankfurter Polizei werden einsichtig. In diesen Szenen ist nur die Uniform verschieden. Und sicher fehlt auch preußische Beamtenwürde, fehlt auch die uniformierte elegante Verkörperung des Rechts und der Unantastbarkeit, die bundesdeutsche Polizei so gern zur Schau trägt. Die joviale Brutalität der US-amerikanischen Kollegen ist offener, unverhüllt.

Eine falsche Konsequenz wäre es, diesen Film mit der ruhigen Selbstsicherheit zu verlassen, bei uns sei doch alles noch immer besser. Weit gefehlt: Manche Korruption ist weitab all unserer Erfahrungen. Die gewaltigen Sümpfe der Wirtschaftskriminalität, hier und in den USA, sie spielen aber keine Rolle in diesem Film. tz



Hippie- Mentalität

Harold und Maude

Harold loves Maude, Maude loves Harold. Na und? Der Witz ist, daß Harold 20 ist und Maude gerade ihr achties Lebensjahrzehnt vollendet. Ein Psychoanalytiker sinniert da über das durchaus gängige Problem, daß ein Junge gern mit seiner Mutter schlafen möchte; aber daß er – sozusagen – mit seiner Großmutter ... – das macht „Harold and Maude“ zum gängigen Filmspaß. Zumindest für Leute, die nicht auf die bekackten Untertitel der englischen Original-Fassung angewiesen sind.

Eigentlich müßte man den Film ja verreißen, trieft er doch vor letztlich reaktionärer Hippy-Mentalität: Im superreichen Herrenhaus lebt der verzogene Harold, ungeliebt und unglücklich, im ausgedienten Eisenbahnwagen lebt die schrullige Maude, bettelarm aber eins mit Gott und der Natur und glücklich. Gemeinsam haben beide zunächst nur eine nekrophile Begeisterung für alles, was mit Beerdigung zu tun hat. So lernen sie sich auch auf einem Friedhof kennen, Harold tauscht häuslichen Longdrink gegen Maudes Haferstroh-Tee und wird alsbald glücklich. Beide sind jetzt laut „Stern“ das seltsamste Leinwand-Liebespaar der Saison und singen: „If you want to be free, be free!“ Wie gesagt, reaktionäre Hippy-Mentalität. Trotzdem: Wer mal wieder im Kino schmunzeln und Lachen will und das bei den Tollen Charlots nun mal nicht kann, muß sich diesen Film an-

gucken. Psychiater, Pfaffen, Polizisten und US-Army-Generalität werden herrlich verarscht, und Harolds vorgetäuschte Selbstmorde, mit denen er Anteilnahme seiner lieblosen Mutter erheischen will, gehören zum Köstlichsten, was angelsächsischer schwarzer Humor neuerdings hervorgebracht hat. Der hintergründige Witz, der allerdings manchmal in Klamotte oder pseudo-philosophisches Bla-Bla abrutscht, des Drehbuchs, die sentimentalen Songs von Cat Stevens, der schöne Gegenlicht-Kitsch der Kamera, die auch Altmefall-Halden romantisch verzaubert und das Können der beiden Hauptdarsteller Ruth Gordon und Bud Cort machen den wochenlangen Erfolg bei der Erstaufführung in einem Hamburger Studenten-Kino verständlich.

Ein unheimlich gut gemachter, netter Film.

H. Schulze

Stefan Siegert:

Rund um



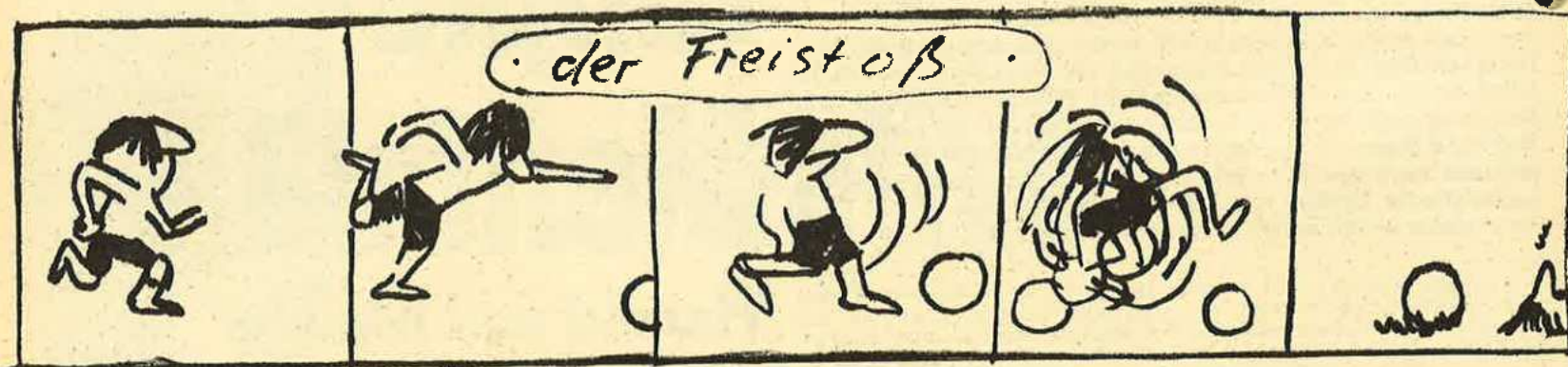
den Ball

2 WM-Seiten für die Fans

des heißen Leders

„Wo bleibt denn da Deutschland?“ Also rief ein westdeutscher Sportreporter. „BRD gegen DDR – das kann man doch unmöglich sagen nach all den Jahren!“ Dies und andere Sorgen bewegen derzeit die Gemüter hierzulande. Und auch die „roten blätter“, im Strudel des Geschehens wie stets um Aktualität bemüht, schickten ihren Fußballexperten steil in die Gasse und siehe: Er fand einiges. Zwar weigerte sich BDA-

Präsident Schleyer hartnäckig über seine Sporterlebnisse in der SS zu erzählen. Auch Altbundestrainer Herberger wollte uns nicht verraten, wie lange er damals mit ausgestrecktem rechten Arm im Mittelfeld verharren konnte. Aber Günther Netzer packte aus, und einiges mehr schnappte er auf, unser Mann im Strafraum. Lesen Sie selbst:



Vom Ursprung der Familie – des Schiedsrichters und des Ballbesitzes

Wenn in diesen Tagen das runde Leder rollt und alle Welt um das Höchste kämpft, sollten wir einhalten und einmal des Schiedsrichters gedenken.

Der Schiedsrichter ist der ehrliche Makler im Kampf zweier widerstreitender Interessengruppen. Er sorgt für Fairneß in der Auseinandersetzung und darf nie eine der beiden Seiten bevorzugen.

Auch darf er sich um Gottes Willen nicht von beiden Seiten aufreiben lassen. Daß man ganze Mannschaften kaufen kann, haben wir leider schon erleben müssen. Solches muß man in einem freiheitlichen Sportwesen wohl auf sich nehmen, sozusagen als Preis. Wenn aber der Schiedsrichter nicht mehr über den Dingen steht... nicht auszudenken!! Gegen Ausschreitungen hat der Schiedsrichter das Regelbuch. Er sollte es immer in guter Verfassung (!) halten. Das Regelbuch teilt sich in Geist und Buchstaben.

Letzteres sollte ein guter Schiedsrichter schnell vergessen. Der Geist des Regelbuches besagt, daß der Ball allen gehört. Behauptet aber jemand, es gebe einige wenige, die sagen, er gehöre nur ihnen, während fast alle den Ball gemacht hätten, und darum müsse er ihnen allein gehören, so hat der Schiedsrichter dagegen zunächst die Abseitsregel anzuwenden. Ist ein solcher radikaler Spieler aber offensichtlich nicht abseits, hat der Schiedsrichter die rote Karte, den Platzverweis zur

Verfügung. Sollte hingegen auch das nichts nützen, gibt es schließlich das Berufsverbot, welches allerdings nur für solche Schiedsrichter Geltung hat, die auf dem rechten Auge blind sind. Bei Versagen dieses ansonsten recht flexiblen Mittels muß bei fortschreitender Polarisierung das Spiel abgebrochen werden. Dann wird's ernst. Daß es soweit nie kommen möge, dafür ist der Schiedsrichter erschaffen. Der Schiedsrichter darf nie zum Spielball der Interessen werden!

Wichtiger Hinweis

Falls Sie vorhaben, die nächste Weltmeisterschaft als aktiver Profifußballer mitzuma-

chen, denken Sie bitte daran, daß Sie damit Ihre BAFÖG-Zahlung gefährden. Außerdem sollten Sie sich rechtzeitig eine Turnhose besorgen. Denn die Turnhosenpreise sind so gut wie fast noch beinahe stabil.

Auf unsere Frage, wer bei der kommenden Fußball-Weltmeisterschaft Letzter werden würde, antworteten nahezu 53 Prozent der Befragten mit „Vielleicht“, während sich der übergroße Rest nicht entscheiden mochte.

WM-Splatter

Nach Ansicht des Bundestrainers hat man im modernen Fußball keine Außenstürmer mehr nötig. Solche Aufgaben könnten Verteidiger und Mittelfeldspieler übernehmen. Außerdem sei an diesem Problem bereits die Weimarer Republik zerbrochen.

Nach eigenen Aussagen wird die chilenische Nationalmannschaft nun doch nicht mit dem Firmenemblem der Deutschen Bank auf ihren Trikots antreten.

3 goldene Regeln für Fußball-Fans

1. Nichts ist so unberechenbar wie das kleine weiße Leder.
2. Das Spiel ist erst mit dem Schlußpfiff beendet.
3. Das ist ja gerade das Schöne am Fußball.

Bundesminister Leber demonstrierte noch kurz vor der WM, daß sein Ministerium der Nationalelf geraten habe, Verteidigung sei der beste Angriff.

Das Zentralkomitee des KSB/ABC (nicht zu verwechseln mit der Barmer Ersatzkasse) nannte die Fußball-Weltmeisterschaft gestern „einen frechen Verrat an den Volksmassen“ und schlug vor, stattdessen unverzüglich die Revolution auszurichten.

Libero Beckenbauer bestritt energisch, jemals eine Flasche Spül in der Hand gehabt zu haben. „Ich nasche meistens Radi“, verteidigt er uns, „und wenn's hochkommt, greife ich auch mal zum Bayernkurier.“

Ein Mann steht dieser Tage im gleißenden Rampenlicht der Öffentlichkeit. Günther Netzer, Europas Hoffnung im Mittelfeld, einst gefeierter Held von Brüssel, muß sich dieser Tage des harten Vorwurfs erwehren, Offizier der Volksarmee zu sein. Bundesregierung und DFB dementierten bereits entschieden und bezeichneten Netzer als unermüdlichen Vertreter des freiheitlich freien Spiels der Kräfte. Die DKP erklärte, es handle sich im Fall Netzer um die innere Angelegenheit eines souveränen Fußballverbandes. Unter schärfster Beachtung der inneren Pressefreiheit gelang es unserem Experten, den Fußballstar für ein Interview zu gewinnen, in dem er schonungslos aufräumt mit Glanz und Elend Günther Netzers.

Günther Netzer — ein DDR-Agent?

rb: Herr Netzer, dem Bericht eines sogenannten Nachrichtenmagazins zufolge sollen sie seit Jahren ein Agent des DDR-Geheimdienstes sein.

Formtief, o. k. Aber alles geht vorbei. Außerdem ist auch Wimmer außer Form.

rb: Es wird behauptet, Sie hätten intime Beziehungen zu Frauen, insbesondere zu Frau Herberger unterhalten.

Netzer: Das mag ja alles stimmen. Aber ohne Wimmer läuft mein Spiel eben nicht so gut. Der Herbert ist für mich goldrichtig.

rb: Stimmt es, daß sich in Ihrer Diskothek in Mönchengladbach ein toter Briefkasten befindet?

Netzer: Es kann natürlich auch daran liegen, daß ich früher eher dazu neigte, links am Gegner vorbeizuziehen, während ich heute meistens rechts durchbreche.

rb: Ihr Agentenführer soll ein gewisser Holger gewesen sein?

Netzer: Denken Sie an den Hammer links oben in den Winkel, mit dem ich Gladbach dem Pokalgewinn bescherte.

rb: Werden Sie zur Weltmeisterschaft wieder in bester Form sein?

Netzer: Ich kann dazu nur sagen, daß ich meiner Meinung nach heute insgesamt eine gute Leistung gezeigt habe.

rb: Nun heißt es aber, sie seien bereits 1953 aus der DDR zu uns herübergekommen, während Ihr Bruder drüben noch heute SED-Mitglied zu sein scheint.

Netzer: Ja sicher, ich habe aufgrund meiner Verletzung vom Februar noch nicht wieder die Kondition der großen Europameisterschaftstage, aber ich bin sicher, daß ich das bis zur Weltmeisterschaft wieder drin habe.

rb: Ihnen ist bekannt, daß Sie wegen Ihrer guten Beziehungen zu höchsten Persönlichkeiten dieses Staates ein gewisses Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik darstellen, sofern die gegen Sie erhobenen Vorwürfe zutreffen.

Netzer: Wissen Sie — ich bin übrigens glücklich, das alles hier in den „roten blättern“ mal sagen zu können — ich habe doch jahrelang sehr guten Fußball gespielt. Wer außer mir hat den Leuten denn solche Steilpässe zu bieten gehabt? Nun habe ich ein



5. von links auf der Tribüne: Netzer.

Netzer: Als Mittelfeldspieler stehe ich jederzeit auf dem Boden der freiheitlich ... äh ...

rb: ... demokratischen Grrr ...
Netzer: Vollkommen richtig!

rb: Herr Netzer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

(Der Autor ist der deutschen Sozialdemokratie nahe und steht, eigenem Bekunden zufolge, mit allen Vieren auf dem Godesberger Programm.)



Ich hab' meine Tore nie gezählt



Aus „zas“, Zeitung der Hamburger Asten, mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

Frage: Halten Sie es für möglich, daß die BRD schon in der Vorrunde ausscheiden muß und z. B. Chile und die DDR weiterkommen?

Uwe Seeler: Also, wenn Sie mich so fragen, glaube ich das nicht. Möglich ist im Fußball alles, Überraschungen wird's immer geben. Aber ich glaube, daß wir sicherlich im eigenen Lande uns vor solchen Überraschungen hüten werden. Ich bin der Meinung, daß wir auf jeden Fall die nächste Runde erreichen werden.

Frage: Wie schätzen Sie den Olympiasieger Polen ein und die DDR, haben diese beiden Mannschaften Chancen auf einen der vorderen Plätze?

Uwe Seeler: Sicherlich hat jede Mannschaft Chancen auch auf einen vordersten Platz. Die Polen sind spielerisch sehr stark — sie haben das vor allem bewiesen in den Qualifikationsspielen gegen England. Die DDR hat ebenfalls unheimlich aufgeholt in den letzten Jahren, wobei ich aber doch glaube, daß sie spielerisch international noch nicht so stark sind, wie sie vielleicht jetzt im Moment eingeschätzt werden. Die Polen

haben für meine Begriffe eine Schwierigkeit, daß sie im Ausnutzen der Torchancen zum Teil sehr verspielt und auch sehr schwach sind und das immer wieder bewirkt, daß sie dann im letzten Moment auch dann, um ganz oben mitzuspielen — versagt haben. Auf jeden Fall müssen wir beide Mannschaften sehr stark einschätzen und die Chance, zumindest die nächste Runde zu erreichen, haben beide Mannschaften, ja!

Frage: Eine obligatorische Frage. Wie lautet Ihr Tip für die WM? Man könnte es wie beim Pferdeto machen: als Einlaufwette.

Uwe Seeler: Sehr sehr schwierig. Gerade im WM-Fußball, weil man auch in den nächsten Runden nicht genau weiß, wer gegen wen spielt, und es gibt so viele Fakten, die eine Rolle spielen. Ich glaube aber, daß im Endeffekt doch ganz oben stehen werden: Italien, Argentinien, Brasilien — und natürlich unsere Mannschaft. Ich habe sehr viel von den Holländern gehalten. Ich glaube aber, daß die Holländer einfach mit der Vorbereitung nicht das Nötige tun, um auch wirklich erfolgreich zu sein.

**Aus einem Interview
mit Uwe Seeler—
von Ulrich Maske und
Ingwald Dolberg**



Frage: Finden Sie's eigentlich schade vom sportlichen Standpunkt, daß kommerzielle Gesichtspunkte doch eine immer größere Rolle im Fußball spielen?

Uwe Seeler: Ja, das ist sicherlich 'ne Entwicklung, die vielleicht nicht ganz so schön ist. Es wäre besser, wenn sich die Vereine unabhängig davon alle selbst tragen könnten.

Frage: Wenn ich mich recht entsinne, haben Sie selbst nie Werbung für Zigaretten gemacht. Würden Sie es für richtig halten, daß man für bestimmte Produkte keine Trikotwerbung macht?

Uwe Seeler: Ich persönlich habe da viele Angebote gekriegt. Ich würds nicht machen, weder für Schnaps, weder für Alkohol noch für Zigaretten, auch wenn viel Geld damit zu verdienen wär. Das würde ich nicht machen. Wie die Vereine sich in der Not entscheiden, weiß ich nicht. Wenn man jetzt auf den Fall Jägermeister raus will: Jägermeister ist ja ein Gesundheitslikör, ein Magenbitter, (herzliches Lachen der Interviewer und des Interviewten) den trinkt man nicht in Mengen, das kann man vielleicht akzeptieren.

Frage: Aus Anlaß der WM wurden verschiedene Stadien mit erheblichen öffentlichen Mitteln ausgebaut. Sind Sie für solche Ausgaben angesichts erheblicher Mängel im Breiten- und Leistungssport? Stimmen da die Relationen?

Uwe Seeler: Ich bin zwar jetzt nicht über die einzelnen Summen informiert. Aber, wenn wir eine Fußball-WM im eigenen Lande austragen, daß man vernünftige Stadien haben muß, das verlangt man, man braucht ein bißchen Komfort. Außerdem sind es ja Stadien, wovon die Bundesligamannschaften leben. Wir sehen z. B. im Falle München, daß Bayern mit einer guten Mannschaft von dem Stadion recht gut profitiert. Wobei, wenn wir jetzt gerade beim Münchener Stadion sind, was ja für die Olympiade gebaut worden ist. Darüber schweigen wir am liebsten. Denn für den Preis für das Olympiastadion hätte man vier, fünf Stadien bauen können. Nur mal als Anhaltspunkt.

Frage: Ähnlich ist es ja mit der Hamburger Alsterschwimmhalle?

Uwe Seeler: Da hätte man auch im Raume Hamburg einige Schwimmhallen, nämlich da, wo sie notwendig sind, bauen können.

Frage: Eine Frage zum Breitensport: meinen Sie — das ist auch eine Forderung der Studenten — daß der Breitensport stärker gefördert werden müßte, und daß auch die öffentlichen Haushalte zugunsten der Breitensportförderung umgestaltet werden sollten?

Uwe Seeler: Na ja, ich hab' mal den Ausspruch gemacht, daß ich sehr viel vom Breitensport halte. Der gesamte Breitensport muß in den Schulen anfangen. Da liegt es ja mehr im argen als je zuvor. Ich weiß es von meinen eigenen Kindern, wenn die in der Woche eine Sportstunde haben. Darüber kann man nur lachen.

Wir brauchen den Breitensport, der Leistungssport braucht den Breitensport und der Breitensport braucht auch den Leistungssport, das ist meine Meinung. Das kann nur über die Schule anfangen, und sicherlich muß man da weitaus mehr dafür tun. Die Kinder sind zu 36 bis 40 in einer Klasse und dann fast keine Lehrer da, nicht, was wollen Sie denn machen? Da ist halt nichts möglich.

Frage: Da gibts ja auch Forderungen der Aktion „Kleine Klasse“. In der Universität gibt es den NC, mehr Lehrer sind also nicht in Sicht, soll man da nicht für die Aktion Kleine Klasse eintreten?

Uwe Seeler: Auf jeden Fall, auf jeden Fall! Unsere Kinder sind benachteiligt wenn sie mit 36... aber auch der Lehrer ist benachteiligt, das ist doch 'ne absolute Tortur, wenn du 6—7 Stunden hast und immer 36 bis 40 Kinder. Es ist also notwendig, daß man da also echt die Klassen kleiner macht und mehr Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Aber es scheint, daß das ein Wunschdenken ist, wenn man so hört, was sich tut und was sich nicht tut. Trotzdem müssen die Mittel dafür bereitgestellt werden.

Ja, Uwe, das war ja ein richtungsweisendes Schlußwort. Wir bedanken uns für das Interview.

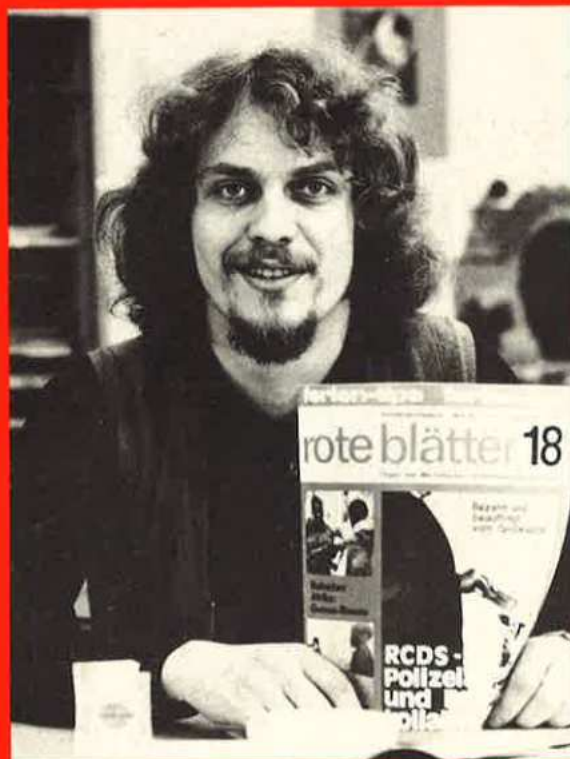


Unser Autor Uli Maske abonniert rote blätter

Das kann jeder



Ab Nr. 20
gibt es
rote blätter
im
Abonnement
für 7 DM
& Porto



1. Preis
8 Tage Moskau
-Leningrad

2. Preis (20 x)
Bücher

3. Preis (40 x)
Jahres-Abo



rote ●
blätter



Ich bestelle **rote blätter** für 1 Jahr :

Name _____

Beruf _____

Adresse _____



MSB SPARTAKUS
53 Bonn
Postfach

Wer bis zum 8. Juli 1974 abonniert,
nimmt teil an der Abo - Preisverlosung

Dokumentation

Politischer Bericht des Sekretariats an die 2. Tagung des Bundesvorstandes, 8./9. 8., 1974
Referent: Steffen Lehnardt, Vorsitzender des MSB Spartakus

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsern 2. Bundesvorstandstagung findet nach Wochen rascher Ereigniswechsel auf der Bremer Bühne und wichtiger Aktionen und Bewegungen in der Studentenschaft statt. Wir wollen uns auf unserer heutigen Tagung deshalb schwerpunktmäßig mit der jüngsten innenpolitischen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf die Studentenbewegung befassen. Dabei ziehen wir eine erste Bilanz der Aktivität des FSB und der gesamten Studentenbewegung seit dem 3. Bundeskongreß.

Heute können wir feststellen, daß die Einschätzung der politischen Entwicklung, die wir auf dem 3. Bundeskongreß vornahmen, sich als gute Grundlage für die sichere Beurteilung der jüngsten Vorgänge in unserem Land bewährt hat. Zugleich ist die Bedeutung des 3. Bundeskongresses als Richtschnur des Handelns des MSB SPARTAKUS plastisch hervorgetreten. Auf der Linie des Studentenaktionsprogrammes haben wir wichtige Erfolge in unserer revolutionären Massenarbeit errungen.

Drei Gedanken beherrschen den 3. Bundeskongreß:

1. "Die Studenten müssen mitten hinein ins politische Leben unseres Landes, ihre Forderungen müssen gewissermaßen in die aktuelle politische Landschaft passen, müssen ansetzen an den brennendsten aktuellen Fragen der Klassenauseinandersetzung." (Protokollbuch, S. 24). Dies ist zugleich sowohl, was die Studenten an die in der Bundesrepublik kämpfende Arbeiterbewegung heranzuführen, als auch, um überhaupt große studentische Bewegungen mit antimonopolistischer Stoßrichtung heute entwickeln zu können.
2. Der MSB SPARTAKUS muß seine Fähigkeit entschieden verbessern, "revolutionäre Tagespolitik" zu betreiben, d.h. den Studenten Schritte anzugeben, mit denen sie dem Monopolkapital greifbare Erfolge abringen können. Dazu müssen wir die Probleme erkennen und aufgreifen, die den Studenten auf den Nägeln brennen, wir müssen den Studenten konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung ihrer Lage geben und sie dazu auf das gemeinsame Handeln mit der Masse der übrigen Studenten, also auf die Aktionsziele des 3. Bundeskongresses orientieren.
3. A und O des Aufschwungs und der Kontinuität der Studentenbewegung ist die weitere Stärkung des MSB SPARTAKUS als aktiver, initiativer und ideenreicher, vorwärtsdrängender, einigender, revolutionärer Kern der Studentenbewegung, als der marxistischen Massenorganisation der Studenten. Was der MSB braucht ist Massenarbeit, solide Leitungsfähigkeit, Erfüllung der Kongreßbeschlüsse zur Bildungsbereitschaft und zum Kasse-Kassen-Verkauf und die ständige, größte Aufmerksamkeit für die Mitgliederwerbung.

Betrachten wir vor dem Hintergrund dieser 3. Grundgedanken des 3. Bundeskongresses die Studentenbewegung der letzten Wochen, ihre Erfolge und ihre Probleme, dann können wir heute mit allem Nachdruck feststellen: Der 3. Bundeskongreß gab richtige Orientierung für die ganze Studentenbewegung. Wie "richtig" das jüngst vor allem in den Hochschulen, die höchsten wichtigen Erfolg im Kampf der Studenten um ihre Tagesforderungen darstellen. Der 3. Bundeskongreß muß sich deshalb als konkrete und detaillierte Handlungsanleitung für unseren Verband in der Tätigkeit des MSB SPARTAKUS vollständig durchsetzen.

Der Regierungswechsel und die Studenten

Die Ereignisse der vergangenen Wochen, vor allem der Rücktritt Willy Brandts und die Regierungsumbildung, haben auch unter den Studenten viele Diskussionen ausgelöst. Daß die Gründe für den Rücktritt weitaus zu suchen sind als in der Affäre Guillaume wurde bereits in der Regierungserklärung bestätigt, in der Schmid selbst sein Programm als "einen neuen Ansatz" zur "Vorrichtung des Möglichen" bezeichnete.

Was sich als wachsende Schwierigkeit für die Brandt-Regierung darstellte, waren und sind die wachsenden Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems. Ein Blick über die Grenzen unseres Landes zeigt uns, wie sich auch in anderen kapitalistischen Ländern die ökonomische Krise verschärft und die Massenaktivitäten zunehmen. So wird es dem neuen französischen Staatspräsidenten schwer fallen, den enormen Aufschwung der Linkskräfte, das kämpferische Auftreten der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten zu bremsen oder gar die zugrundeliegenden Probleme zu lösen. Der Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal zeigt, daß die antifaschistischen Massenstimmungen dort schon auf die Armee als Teil des staatlichen Gewaltapparats übergreifen hatten.

Die wachsenden Probleme des kapitalistischen Systems zeigen sich heute im großen Maßstab auch im Krebsgang der EG, der dazu führt, daß sogar die bestehende Zollunion wieder durchlöchert wird.

Schluß des Bundesvorstandes

Vietnam bleibt unsere Sache - für ein hohes Sammelergebnis bei der Solidaritätsaktion für den Wiederaufbau einer Schule in Nam Ha !

Mit Recht wird das Pariser Vietnam-Abkommen als historischer Sieg des Kampfes des vietnamesischen Volkes, der Weltfriedensbewegung, allen voran der Kampfolidarität der sozialistischen Länder, gefeiert. Im Zuge der Verwirklichung des Abkommens zogen die ausländischen Truppen aus Südvietnam ab, mußte die militärische Aggression gegen die sozialistische DRV eingestellt werden. Gleichzeitig versucht die Saigoner Verwaltung, von der US-Regierung ormentert, die Verwirklichung des Abkommens zu verhindern. Von der US-Regierung bezahlte Flugzeuge und Panzer dienen der Aggression gegen die sozialen und politischen Errungenschaften der Republik Südvietnam; südvietnamesische Soldaten, von US-Spezialisten ausgebildet, wenden diese Waffen gegen die Bevölkerung Südvietnams. Die Gefängnisgebäude, Konzentrationslager, die Ausrüstung der Polizei wurden von der US-Regierung finanziert, mit der Absicht, mit Gewalt und Terror die Bevölkerung daran zu hindern, ihr Recht auf Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt in Anspruch zu nehmen und der Thieu-Clique mit dem Wahlzettel eine Abfuhr zu erteilen. All das sind schwerwiegende Verletzungen des Pariser Vietnam-Abkommens. Ebenfalls in Verletzung des Abkommens weigert sich die US-Regierung, die im Abkommen übernommene Verpflichtung zu erfüllen, einen effektiven Beitrag zum Wiederaufbau der schwer zerstörten DRV zu leisten.

Diese Vertragsbrüche, die eine ernste Gefährdung des Weltfriedens bedeuten, werden von der Bundesregierung aktiv unterstützt. Entgegen ihren eigenen Versprechungen bei Abschluß des Pariser Friedensabkommens, beim Wiederaufbau Vietnams großzügige Unterstützung zu gewähren, ließ diese Unterstützung aus. Millionen DM flossen allerdings in die Kassen der Saigoner Marionetten, mit den Milliardenbeträgen werden die us-imperialistischen Ausbeuter in Indochina noch heute mitfinanziert.

Wir fordern daher von der Bundesregierung:

- sofortige Beendigung jeglicher finanzieller und politischer Unterstützung des Thieu-Regimes !
 - Freigabe aller für den Wiederaufbau in Vietnam vorgesehenen Mittel
 - Schluß mit den Devisenausgleichszahlungen an die US-Regierung !
- Die Verweigerung der diplomatischen Anerkennung der DRV und der PRR der Republik Südvietnam stellt eine Behinderung der Kräfte Vietnams dar, die durch ihre konstruktive Haltung das Zustandekommen des Pariser Abkommens ermöglicht haben und auch jetzt alles tun, um eine konsequente Verwirklichung des Abkommens ermöglichen.

Die PRR der RSV hat durch die Veröffentlichung des Sechsen-Punkte-Plans im März 1974 einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung des Pariser Abkommens getan, der die rückhaltlose Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen auch in der BRD verdient.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- sofortige diplomatische Anerkennung der DRV und der PRR der RSV ohne Vorbedingung !

Damit könnte die Bundesregierung einen wirksamen Beitrag zu der in der Regierungserklärung verkündeten Absicht leisten, den Entspannungsprozeß in der Welt zu fördern. Die Unterstützung der Unterdrückungspolitik der US-Marionetten in Saigon schadet dem Ansehen der BRD in der Welt, vorerst gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der lernenden Jugend in der BRD. Sie nützt den Entspannungsgegnern und Feinden der Verträge mit den sozialistischen Ländern, die auch die innere Entwicklung in der BRD weiter nach rechts rücken wollen. Der MSB SPARTAKUS fordert alle fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen auf:

- Leisten wir gemeinsam einen erfolgreichen Beitrag zur Unterstützung der Sammelaktion der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität für den Bau einer Schule in Nam Ha !
- Machen wir die Sammelaktionen zum Ausgangspunkt politischer Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, zur Propagierung unserer Forderungen an die Bundesregierung nach diplomatischer Anerkennung der DRV und der PRR der RSV !
- Bildet in den Fachbereichen Nam Ha-Aktionsgruppen ! Diskutiert auf Fachschaftsvollversammlungen praktische Maßnahmen zur Unterstützung der Solidaritätsaktion !
- Tragt die Forderung nach Unterstützung der Sammlung für die Schule in Nam Ha in die Hochschulgremien ! Setzt die Blockade gegen diejenigen durch, die eine politische Interessenvertretung an den Unis abschaffen wollen, die Vietnam und Chile aus den Hochschulen heraushalten wollen ! Stellt das Bündnis fortschrittlicher Hochschullehrer mit den Studenten in der Vietnam-Solidarität her !

Auch für die Studenten in der BRD gilt: Vietnam bleibt unsere Sache. Solidarität hilft siegen !

Auf dem 3. Bundeskongreß stellten wir dazu fest: "Die wachsende Labilität des Kapitalismus zieht heute eine spürbare Verminderung der Flexibilität der Großbourgeoisie im Klassenkampf nach sich - wirtschaftlich und politisch. Scharfe koordinierte Angriffe von Monopolen und Staat auf das materielle Lebensniveau der Werktätigen ist jetzt die Regel. Auch in der Politik der Großbourgeoisie zeichnet sich das stärkere Hervortreten offen reaktionärer Strömungen ab. Dem steht ein machtvoller Aufschwung der proletarischen Aktionen in allen Hochburgen des Kapitals gegenüber." (Protokollbuch, S. 15).

Das Bestreben der gesamten herrschenden Klasse, die wirtschaftliche und politische Entwicklung weiter nach rechts zu drängen, hat sich im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel vor allem an zwei Punkten kristallisiert:

1. Der Imperialismus hat Angst vor den Wirkungen der friedlichen Koexistenz auf seinen internationalen Einfluß, auf die innere Stabilität seines Systems. Die reaktionärsten und aggressivsten Teile der Großbourgeoisie unternehmen deshalb neue Anstrengungen, um die vorherrschende Tendenz der Entspannung aufzuhalten und schließlich umzukehren. Sie verknüpfen dies mit der Verschärfung des innenpolitischen Drucks auf alle Linkskräfte und insbesondere mit vielfältig angelegten antikommunistischen Vorstößen. Gegenüber dem Vorgehen der äußersten Reaktion hatte sich die Brandt-Regierung in eine Defensivposition manövriert; Inkonsistenzen und Halbheiten in ihrer Entspannungspolitik, vor allem die Verstärkung des Inflationsbooms, erleichterten es den rechten Kräften, Mißtrauen in die friedliche Koexistenz zu bestärken oder neu zu säen.
2. In dieser Situation hat die Brandt-Regierung in allen wichtigen Fragen den Interessen der Großkapitals den Vorrang gegeben. Diese Tatsache wurde von der CDU/CSU für eine umfassende soziale Demagogie genutzt, die wesentlich dazu beigetragen hat, daß sich viele Wähler enttäuscht von der SPD abgewendet und der CDU - wenn auch in der Regel noch nicht ihrer reaktionären Programmatik - ihre Stimme gegeben haben.

Daß die Abwendung von der Politik der SPD-Führung bei uns meistens noch im Rahmen des bürgerlichen Parteienspektrums und nach rechts hin erfolgt, ist in erster Linie auf die massive antikommunistische Kampagne zurückzuführen, die von reaktionären Kreisen angeheizt und von der Brandt-Regierung mehr oder weniger direkt unterstützt wurde. So können natürlich die Rechtskräfte in unserem Land nicht isoliert werden, im Gegenteil, damit hat die SPD-Führung selbst dafür gesorgt, daß die CDU/CSU für Teile ihrer Stammwählerschaft unter den Arbeitern und Angestellten wählbar wurde.

So sind es die Kommunisten im öffentlichen Dienst und auch in den Gewerkschaften, die überhaupt alle "systemverändernden" Kräfte bis tief in die Sozialdemokratie hinein, die für alle Unglück verantwortlich sein sollen, so daß die Ursachen der Unsicherheit nicht in der Monopolherrschaft, sondern bei "linken Systemverändernern" gesucht werden. Dem Vorwurf der "Führungslosigkeit" versuchte die Regierung konsequenterweise nicht durch Worte gegenüber den Konzernherren, sondern durch Druck auf die Arbeiter und ihre Gewerkschaften, durch Verbot der Aktionseinheit mit Kommunisten, durch Ausweitung und Scheinlegalisierung der Berufsverbote zu "bügeln". Doch damit konnten und können weder die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Bundesrepublik gelöst noch die Systemkritik und Kampfbereitschaft in Teilen der Arbeiterklasse und der Jugend abgeköpft werden.

Vor diesem Hintergrund streuten die reaktionärsten Kräfte mit dem Sturz Willy Brandts an, einen deutlichen Rechteruck in der Innen- und Außenpolitik herbeizuführen. Demgegenüber wollte sich die rechte SPD-Führung durch eine Umgruppierung ihrer Kräfte, einen Kanzlerwechsel und einige neue Akzente in ihrer Politik verbesserte Ausgangsbedingungen, eben - wie Helmut Schmidt bekannte - einen "neuen Ansatz" schaffen. Mit dem neuen Kanzler Schmidt will die SPD-Führung das uneingeschränkte Vertrauen der Bourgeoisie zurückgewinnen und sich ihr gegenüber als wirksamer Ordnungsfaktor profilieren. In einer Studie für die SPD-Spitze, die die "Zeit" am 17. Mai veröffentlichte verrät Schmidt sein Rezept: Man dürfe den "Unternehmern keine unnötigen Ängste machen", sondern müsse ihnen Vertrauen in die Zukunft geben. "Deshalb muß die unvermeidliche Irritation durch die Debatte über Mitbestimmung und Vermögensbildung, sobald wie gesetzgeberisch möglich beendet werden."

Die Ursachen der Regierungsunbildung machen also zweierlei deutlich, und die Erklärung wie die ersten Taten der neuen Regierung haben es bereits bestätigt:

- Wir müssen uns darauf einstellen, daß die gegenwärtige Rechtsentwicklung in allen Bereichen der Politik der herrschenden Klasse noch deutlicher profiliert wird und die Attacken gegen demokratische Kampfpositionen und Organisationen weiter verschärft werden.
- Wir können davon ausgehen, daß damit nicht der geringste Beitrag zur Lösung der drängendsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme geleistet wird, sondern daß sich diese Probleme eher noch vertiefen, die Klassegegensätze verschärfen werden.

Die Tatsache, daß sich die Klassegegensätze weiter verschärfen, erfordert unsere volle Aufmerksamkeit.

Heute. Denn die herrschende Klasse ist bestrebt, durch Terror, Ablenkung, Einschüchterung und Illusionen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten vom Kampf um die eigenen Interessen und damit zur Veränderung des Kräfteverhältnisses abzuhalten, um sich eine Massenbasis für die Rechtsentwicklung ihrer Politik zu schaffen und zu sichern, also eine Wende nach rechts herbeizuführen. Dem steht aber auch in der BRD eine weitverbreitete Kritik an den Auswüchsen der Profitwirtschaft entgegen. Die systemkritische Haltung, vor allem unter der Jugend nimmt zu. Antimonopolistische Bewegungen der Arbeiterklasse und anderer Volksschichten, man denke an die Streiks im öffentlichen Dienst im letzten Winter und Frühjahr oder auch an den Sternmarsch und andere sozialpolitische Kämpfe der Studenten, zeigen, daß große Teile der Bevölkerung sich nicht dem Diktat der Monopole beugen wollen und neue Schichten in den Kampf um ihre Interessen gegen das Monopolkapital einbezogen werden. Namentlich die Arbeiterjugend wird aktiver. Die jüngste IG-Metall-Jugendkonferenz zeigte die Kampfbereitschaft und das Wachstum der antikapitalistischen und sozialistischen Kräfte in der Arbeiterjugend.

Auf ihrem 4. Bundeskongreß konnte die revolutionäre Arbeiterjugendorganisation der BRD, die SDAJ, feststellen, daß sie sich politisch, ideologisch und organisatorisch wesentlich gestärkt hat. Ihr Einfluß unter der lernenden und arbeitenden Jugend ist weiter gewachsen. Die Rolle der SDAJ in der Jugendbewegung ist bedeutender geworden. Das steht natürlich in ganz engem Zusammenhang damit, daß sie sich auf ca. 27.500 Mitglieder vergrößern konnte, die in 500 Gruppen aktiv sind. Der 4. Bundeskongreß war eine eindrucksvolle Demonstration der großen Aktivität und Initiative, die die SDAJ unter der arbeitenden und lernenden Jugend entwickelt.

Die großen Möglichkeiten für die Aktivierung der Massen für den Kampf um ihre eigenen Interessen zu nutzen, - das ist das Gebot der Stunde! Das ist der einzige Weg, auf dem die Arbeiterklasse, die arbeitende und lernende Jugend ihre drängendsten Tagesprobleme lösen kann, das ist auch der einzige Weg, der die Rechtskräfte eindämmt.

Die rechte SPD-Führung will den Eindruck erwecken, daß Verschiebungen auf der linken Bühne neue Aussichten für das Volk eröffnen und daß man der neuen Mannschaft nun erst einmal nicht alle Chancen durch überhöhte Ansprüche an den Staat nehmen sollte, daß man vor allem nicht durch demokratische Passivitäten des Straffungskonzept der sozialdemokratischen Regierung durcheinander bringen solle. Demgegenüber müssen wir die Erkenntnis herausarbeiten, die wir auf dem 3. Bundeskongreß formuliert haben, daß reale Fortschritte für uns nur durch die Entfaltung des Klassenkampfes gegen die große Konzerne und ihren Staat erreicht werden können, daß es dafür notwendig ist, selbst demokratische Alternativen zu entwickeln und für die Sofortforderungen der DDP einzutreten, daß es darauf ankommt, die konkreten, verständlichen und auf das Wesentliche konzentrierten Aktionsvorschläge des 3. Bundeskongresses zu verwirklichen.

Wir müssen unter den Studenten die Erkenntnis vermitteln: Der Schlüssel für die Entwicklung in unserem Land liegt in der Stärkung der marxistischen Organisationen, der DKP, der SDAJ und des MSB. Dazu gäbe es doch nur die Alternative: Auf die Manöver der herrschenden Klasse sterben, die Monopole gewöhnen lassen, das eigene Schicksal den Konzernstrategen und Kulissenschönern im Bonn anvertrauen.

Die neue Regierungserklärung spricht eine klare Sprache - sie gibt sich nur noch wenig Mühe, Demokratie und Reform von oben zu versprechen. Das wird für die Studenten besonders deutlich, wenn der längst als unzureichend kritisierte Bildungsgesamtplan nun als finanziell unrealisierbar bezeichnet wird und damit auf den großen Aktenhaufen gescheiterter staatsmonopolistischer Bildungsreformpläne wandert.

Hätte man noch 1971 große Sprüche von Chancengleichheit, die mit Hilfe des BAföG verwirklicht werden sollte, geklopft, so will die Bundesregierung zur alten Darlehensregelung zurück. Also: weitere Belastungen für Studenten und zukünftige Studenten. Zugleich soll rasch ein Hochschulrahmengesetz verabschiedet werden, mit dem v.a. Bildungskosten gespart, demokratische Rechte eingeschränkt und bürgerliche Studieninhalte gesichert werden.

Gerade in diesen Punkten sind sich die Regierung und die CDU/CSU weitgehend einig.

Bei der Durchsetzung ihrer reaktionären Hochschulpolitik spekuliert die Bundesregierung darauf, daß die angeblich elitären Forderungen der Studenten in der Arbeiterklasse auf Ablehnung stoßen.

Gerade das zeigt, wie notwendig es für die Studentenbewegung ist, eine Solidarisierung in der arbeitenden Bevölkerung mit ihren Kampfzielen zu erreichen.

Die Berufsbildung soll nun, schenkt man der Regierungserklärung Glauben, das Erbe der an Geldangel gestorbenen Bildungsreform, insbesondere den Ausbau der Hochschulen antreten. Wird sich die Arbeiterjugend freuen können? Nun, sie findet in dem entsprechenden Abschnitt nichts, was sie entfernt an ihre Forderungen erinnern könnte. Stattdessen fühlt man sich direkt in eine CDI-Versammlung versetzt:

Die Beherrschung der Berufsausbildung durch die Unternehmer soll nicht einen Deut angetastet werden.

Die Forderungen der Arbeiterjugend nach einem neuen, demokratischen Berufsbildungsgesetz, nach Schaffung von 250 000 zusätzlichen Lehrstellen stehen verstärkt auf der Tagesordnung. Es gilt jetzt erst recht, gemeinsame Aktivitäten von Arbeiterjugend, Schülern und Studenten für eine demokratische Ausbildung zu entwickeln.

Die bildungspolitische Aussage der Regierungserklärung reiht sich ein in ihre Gesamttendenz: Da sollen die Arbeiter ihre "überhöhten" Leistungserwartungen gegenüber dem Staat zurückstellen. Ansonsten sieht Schmidt keinen Grund zur Beunruhigung, - uns ist es ja noch nie so gut gegangen, und mit einer Inflationsrate unter 10 % und einer Arbeitslosigkeit unter 5 % gibt es keinen Anlaß zur Sorge. Gerniert wird das ganze mit einer Kapitalismuspapologie für den kleinen Lokitz: Höhere Löhne brauchen Wirtschaftswachstum, Wirtschaftswachstum braucht Investitionen, Investitionen brauchen höhere Erträge und "sozialen Frieden" - also: Wer höhere Löhne will, muß erst einmal für höhere Gewinne, also niedrigere Löhne sein. Was Helmut Schmidt an der Fingerfertigkeit eines Ori Geller beim Verbiegen der Wahrheit fehlt, das ersetzt er durch Dreistigkeit - man muß nur genau hinsehen, um zu wissen, wie er es machen will: Lohnforderungen stopfen, Preise steigen lassen, "Erwartungen der Bevölkerung" in Reformen zurückschrauben, den Unternehmern höhere Gewinne sichern. Das zeigt uns aber auch, wie die Antwort aussehen muß: Verstärken wir gemeinsam mit den Gewerkschaften, der arbeitenden Bevölkerung den Kampf gegen die Preistreiherei, für Verstaatlichung und demokratische Kontrolle vor allem der Erdölkonzerne, für höhere Löhne, für Geo.-D.-BAFÖG noch in diesem Jahr, für mehr Geld für die Bildung und Reformen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung, weniger Geld für die Rüstung und die Sicherung der Konzernprofite!

Entsprechend sieht auch das Demokratieverständnis der Schmidt-schen Regierungserklärung aus: Die Wahrung des Arbeitsfriedens und die Identifikation mit diesem Staat sollen der Demokratie dienen! Der Staat soll für die Monopolbourgeoisie tätig werden, Demokraten werden weiter mit Berufsverboten verfolgt. Mit einem Wort: Mehr Berufsverbote wegen! Dennoch werden wir ebenso wie bisher solche Schritte der Bundesregierung unterstützen, die bessere Voraussetzung für die Durchsetzung der Forderungen der Studenten und der Arbeiterklasse schaffen und die friedliche Entwicklung in Europa dienlich sind. Wir begrüßen deshalb die Bereitschaftserklärung der neuen Bundesregierung, an der Entspannungspolitik festzuhalten. Allerdings vertritt die Bundesregierung nach wie vor auch schädliche und unrealistische Positionen wie die von den "besonderen" Beziehungen der BRD zur DDR. Auch muß mit Versuchen gerechnet werden, die Attäre Guillaume auf längere Sicht für Hermannsömer im Entspannungsprozeß und für antikommunistische Legenden vorzuhalten.

Die Antwort des 3. Bundeskongresses

Die sozialen und politischen Entwicklungen, die zum Regierungswechsel führten und die mit ihm nicht abgebrochen sind, bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Lage und das Bewußtsein der Studenten. In der letzten Zeit ist auch unter den herrschenden Parteien viel von Angst die Rede, Angstmacherei und Verunsicherung wirkt man sich gegenseitig vor. In der Tat, die kapitalistische Profitwirtschaft macht die Existenzbedingungen für die Arbeiterklasse heute in der Bundesrepublik unsicher. Auch für den Studenten sind die Zukunftsaussichten nicht gerade verlockend! Nach jüngsten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit sind nach dem Abschluß des Exams ca. 15 % aller graduerten Ingenieure zeitweilig als Arbeitslose registriert. Die Schere zwischen Stellenangeboten und Bewerbern, die durch die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise verursacht wird, öffnet sich immer mehr.

Bei steigenden Preisen, insbesondere Mieten, sollen nach dem Willen der Bundesregierung so bald keine BAföG-Erhöhung geben und offenbar ist es immer weniger möglich, ein unter dem Existenzminimum liegendes BAföG durch eigene Arbeit aufzubessern. Zulassungsbefreiungen in immer mehr Fächern lassen es für den Abiturienten zunehmend schwierig werden, seine Zukunft nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. Mit dem Mittel der Berufsverbote soll der Student schließlich Angst vor der eigenen politischen Betätigung bekommen. Es ist das kapitalistische Profitversteckspiel in seiner Armut, es ist der zunehmende politische Druck der Herrschenden, der die Zukunft unsicher und düster macht. Dies bereitet in Teilen der Bevölkerung Angst, und die Herrschenden versuchen, mit ihrem gesamten ideologischen Apparat diese Angst gegen die Marxisten, gegen den realen Sozialismus zu richten, gegen die Länder also, in denen die Angst um die eigene Zukunft inzwischen unbekannt ist, gegen die politischen Kräfte im eigenen Land, die aus der Sicherheit der historischen Perspektive angehen können, daß auch heute konkrete Schritte durch eigenes Handeln erkämpft werden können, die die Zukunft sicherer machen. Der wirtschaftliche und politische Druck der Bourgeoisie auf die Studenten und die Studentenbewegung nimmt zu. Diese von uns auf dem 3. Bundeskongreß eingeschätzte Entwicklung wird unter der neuen Regierung und in Zuge der weiteren Rechtsentwicklung der Politik der herrschenden Klasse durch einige zusätzliche Akteure verstärkt.

Weniger wichtigen Hinweis gab Dietrich Gonscher, als er zum Zeitpunkt seines Wechselns ins Auswärtige Amt ankündigte, die Fortsetzung der Entspannungspolitik mache den "schärfsten Kampf gegen den Kommunismus im eigenen Land" erforderlich. Wir sind veranlaßt, davon auszugehen, daß gezielte und direkte Angriffe und Maßnahmen gegen demokratische Organisationen, unter anderem gegen den MSD SPARTAKUS zunehmen werden.

Ein weiteres Instrument, mit dem die herrschende Klasse verstärkt gegen die Positionen der Studentenbewegung vorgeht, sind die rechten Studentenorganisationen. Auch in diesem Punkt behalten die Aussagen und Einschätzungen des 3. Bundeskongresses volle Gültigkeit. Denn nach wie vor ist aus der politischen Entwicklung in der Studentenschaft, die sich u.a. in den Studentenparlamentswahlergebnissen niederschlägt, keine Wende nach rechts abzulesen, sondern Aktivierung rechten Potentials.

Diese Aktivierung der Rechtskräfte zeigt sich besonders bedrohlich am äußerlichen Auftreten von Burschenschaften und von neofaschistischen Gruppen an einigen Orten. Natürlich hat die herrschende Klasse auch unter den Studenten mehrere Eisen im Feuer.

Wichtigste und gefährlichste, da reaktionärste und größte Organisation der studentischen Rechten ist der RCDS. Er vertritt jetzt wieder offener unverblümt rechte Positionen des Großkapitals. So wurden auf seiner letzten Bundesdelegiertenversammlung die Vertreter einer an den Sozialausschüssen der CDU orientierten Politik deutlich zurückgedrängt. Daraus darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß die soziale Demagogie in der Politik des RCDS keine Rolle mehr spielen werde, - ganz das Gegenteil ist der Fall. Der RCDS legt allerdings besonderes Gewicht darauf, durch einfachste und nackte Formen des Antikommunismus ein gegen den SPARTAKUS und die Aktions Einheit der Studentenbewegung gerichtetes Klima an den Hochschulen zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist ihm unsere Aufklärungsarbeit, z.B. in den roten Blätter, die Roß und Reiter enthüllt, ein Dorn im Auge, dessen er sich mit Hilfe der Justiz zu entledigen sucht.

Wir dürfen nicht übersehen, daß der RCDS ein gewisses organisiertes Potential bereits von den Schulen, aus der "Schülerunion" bekommt. Allerdings dürfen wir dabei auch nicht den Rechtskräften auf den Leim kriechen, die durch sagenhafte Erfolgsmeldungen über die Schülerunion das Gewicht dieser Gruppierung an den Schulen und in der Öffentlichkeit erhöhen wollen.

Dennoch darf der Einfluß der Schüler-Union nicht unterschätzt werden, zumal sie ebenso wie der RCDS massiv vom Wirtschaftsrat der CDU finanziell gefördert wird. Gefährlich ist auch die hemmungslose Demagogie dieser Schülerorganisation, die ihre reaktionäre Politik damit salonfähig zu machen versucht, daß sie einen Teil ihrer Forderungen kurzerhand von fortschrittlichen Organisationen übernimmt. Zugleich zeigt dies jedoch zusammen mit der Tatsache, daß die Schüler-Union an kleinen und mittleren häufig die einzige organisierte

politische Kraft ist, - ohne die Gefahr, die von ihr ausgeht, zu verharmlosen - die großen Möglichkeiten des Kampfes gegen diesen Ableger der Jungen Union an den Schulen. Die Intensivierung der Schülerarbeit der SDAJ und die Veranstaltung eines Kongresses sozialistischer Schüler durch die SDAJ sind wichtige Schritte in dieser Richtung, die wir aktiv unterstützen müssen.

Stärker an sozialliberalen Illusionen vieler Studenten knüpft der SLH an.

Der SLH muß, da er kritisches Potential in der Studentenschaft integrieren will, an eine Reihe von Fragen flexibel herangehen als der RCDS. Es ist auch nicht auszuschließen, daß eine Reihe seiner Anhänger oder sogar einzelne seiner Mitglieder in bestimmten Fragen partiell fortschrittliche Positionen vertreten. Der Charakter und die Politik des SLH sind jedoch grundsätzlich nicht als Ausdruck einer sozialdemokratischen oder liberalen Strömung in der Studentenschaft zu begreifen, sondern im Kern als Ausdruck der Politik der herrschenden Klasse, die an derartigen Strömungen in der Studentenschaft anknüpft und sie auf Antikommunismus und Dejahung der Monopolherrschaft auszurichten versucht. Deswegen koalitiert der SLH auch grundsätzlich nur mit dem RCDS und anderen rechten Gruppen, nicht jedoch mit fortschrittlichen Organisationen. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß die heussischen Jungdemokraten in scharfer Abgrenzung vom angeblichen Liberalismus des SLH jede Koalition mit dem SLH abgelehnt haben. Es gilt, die soziale und politische Demagogie des SLH zu bekämpfen durch die ständige Gegenüberstellung von Worten und Taten dieser Gruppierung.

Es liegt auf der Hand, daß dies wie auch der Kampf gegen den RCDS am besten gelingt, wenn wir nicht in erster Linie als Kommentatoren dessen auftreten, was andere tun, sondern wenn wir eine aktive, initiativreiche Politik betreiben, die die anderen zum Reagieren zwingt. Wenn wir auf dieser Grundlage stets unsere politische Linie und unsere Organisation profilieren und uns deutlich mit gegenrationalen Linien und Organisationen auseinandersetzen, können die Erfolge der Reaktionäre zum Stoppen gebracht werden.

In dieser Situation des verschärften Antikommunismus und Drucks von rechts tragen auch die verschiedenen Spielarten sozialdemokratischer Ideo-

logie zur Föhnung der Kampfkraft bei. Dort, wo es nicht gelingt, die spontane Unzufriedenheit mit der Einsicht in die Notwendigkeit des organisierten Kampfes zu verbinden, wo es nicht gelingt, den Druck der Herrschenden das Bewußtsein von der Möglichkeit der eigenen Kraftentfaltung entgegenzusetzen, wo der Verengung des politischen Blickfeldes auf die herrschenden "Arten nichts entgegenzusetzen wird, dort wird sich spontane bürgerliche, sozialdemokratische Ideologie verbreiten. Dort bleiben solche Fragen unbeantwortet, wie --nützen wir mit unseren Massenaktionen nicht den Rechten? Haben die marxistischen Kräfte denn überhaupt eine Chance? Liefern wir durch unsere Aktivität nicht nur Vorwände, um den Druck gegen uns zu verschärfen?

Um diese Fragen richtig zu beantworten, müssen wir auf die im Massenkampf errungenen Erfolge der Studentenbewegung, der demokratischen Kräfte in unserem Land verweisen. Am besten können wir ihnen entgegenreten, indem wir durch die Praxis auch anderer Länder nachweisen, daß wir durch Erfolge in der Massenmobilisierung den Rechtskräften erfolgreich entgegenzutreten können. Die Aktionseinheit ist und bleibt in der Studentenbewegung ebenso wie in der Arbeiterklasse das entscheidende Kettenglied für die Stärkung ihrer Kampfkraft ebenso wie für die Stärkung der Positionen fortschrittlicher Sozialdemokraten. Der Verzicht auf den Massenkampf, der Zusammenschluß um die Schmidt-Genscher-Regierung, die "Solidarität aller Sozialdemokraten" auf dieser Grundlage, wie es die SPD-Spitze fordert, wird ihnen nichts einbringen.

Die fortschrittlichen Sozialdemokraten können sich auch in ihrer Partei desto erfolgreicher dem Druck der rechten SPD-Führung widersetzen, je stärker sich die demokratischen Kräfte in diesem Lande artikulieren, je stärker der Massenkampf gegen Großkapital und Reaktion entwickelt wird. Worauf spekuliert denn Helmut Schmidt, wenn er die "Konzentration auf das Mögliche" propagiert? Doch auch darauf, daß sich die fortschrittlichen Kräfte in sein Schlepptau begeben, sich auf solche Forderungen beschränken, die das Großkapital als "möglich" zuläßt, und sich stützend um die SPD-Führung als vermeintlich letzte Bastion des Fortschritts scharen. Doch wer Großkapital und Reaktion zurückdrängen will, darf sich in seinen Forderungen und Aktionen nicht darauf konzentrieren, was die Konzernherren nicht vermagt, sondern darauf, was die arbeitenden Menschen im Kampf gegen die Konzernherren durchsetzen können. Konzentration auf das Mögliche heißt deshalb für die fortschrittlichen Kräfte: Mobilisierung der Massen für die Durchsetzung ihrer dringenden Tagesforderungen. Dazu ist die Aktionseinheit nötig.

Das Beispiel Frankreichs zeigt anschaulich, wie gemeinsames Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Stärkung der fortschrittlichen Bewegung insgesamt führt. Opportunistische, die Kampfkraft schwächende Ideologie hat auch eine "linke Variante". Ihre Anhänger erhalten sich eine schöne Vision vom Sozialismus, sehen aber gegenwärtig die unüberwindliche Logik des Kapitals im Werke, der gegenüber die Mobilisierung für die tagespolitischen Ziele im Sumpf des Reformismus verkommen muß und deswegen von ihnen gleichermaßen wie von Rechtsopportunisten abgelehnt wird. Sie treffen sich mit ihnen im Anknüpfen an den Antikommunismus, der sich gegen die marxistischen Organisationen und die sozialistischen Länder richtet, in der Ablehnung des Bündnisses mit der Arbeiterklasse und mit der praktischen Kapitulation vor den Anforderungen des antimonomopolistischen Kampfes.

In der Regel treten diese verschiedenen Varianten des Opportunismus nicht rein und nach Organisationen fein säuberlich getrennt auf. Entscheidend ist, daß sie in ihrer Gesamtheit verstärkt auftreten, und zwar in erster Linie auf Kosten der Maoisten.

Wir registrieren also die Ausbreitung opportunistischer Ideologien, während die Unzufriedenheit und die systemkritischen Einstellungen unter den Studenten keineswegs abnehmen. Die komplizierten Kampfbedingungen lösen bei vielen Studenten Unsicherheit darüber aus, ob sie gegenwärtig etwas zur Verbesserung ihrer Lage und zur Überwindung des bestehenden Systems tun können. Bestimmte Organisationen, z.B. solche im Dunstkreis des "Sozialistischen Büro", propagieren gezielt Kapitulantentum.

Das sind einige der Auswirkungen des im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung weiter verstärkten wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Drucks der herrschenden Klasse auf die Studenten. Da aber ein Stimmungsumschwung unter den Studenten nach rechts nicht zu verzeichnen ist, sondern - wie gesagt - Unzufriedenheit und Systemkritik keineswegs abnehmen, und das Mißtrauen gegenüber dem Treiben der Konzerne eher zunimmt, bieten sich sogar größere Möglichkeiten für uns, breite Bündnisse und Allianzen für die Durchsetzung der dringendsten Forderungen der Studenten gegen Großkapital und Reaktion zu schließen. Mit einem Wort: Die Bündnismöglichkeiten werden größer, aber die Bedingungen, unter denen sie zu realisieren sind, komplizierter. Von unserer Aktivität hängt es ab, ob diese Möglichkeiten genutzt werden oder ob die Rechnung der herrschenden Klasse aufgeht und Resignation und Kapitulantentum sich unter den Studenten breit machen. Für die Nutzung der großen Möglichkeiten sind wir mit dem 3. Bundeskongreß bestens ausgerüstet.

Die Problematik der gegenwärtigen Lage in der Studentenbewegung wurde während der letzten vds-MV sehr plastisch sichtbar. Was für das Zustandekommen der jetzigen Koalition den Ausschlag gab, war neben unserer Flexi-

bilität - getragen von Prinzipienfestigkeit - der Zwang, einer auf den brandgeordneten aktuellen Bedürfnissen und Forderungen aufbauenden Aktionsprogrammatis im Interesse der Studentenzustimmung, wenn man nicht den Anspruch aufgeben will, fortschrittlich zu sein.

Es kommt jetzt darauf an, das vds-Programm in gemeinsamer Aktion der im Vorstand vertretenen Organisationen durchzuführen. Dies ist eine gute Grundlage der Zusammenarbeit mit den Juso-Hochschulgruppen. Diese Zusammenarbeit ist sicherlich häufig nicht einfach. Doch es wäre falsch, wenn wir die Juso-Hochschulgruppen einfach als verlängerten Arm der SPD-Führung betrachten würden. Die Masse der Mitglieder und Anhänger dieser Gruppierung sind schließlich Studenten mit antikapitalistischen Überzeugungen. Allerdings hat ihre Neigung, vor den Problemen des praktischen antikapitalistischen Kampfes zu resignieren und - wie immer "theoretisch" begründet - sich aus der Politik zurückzuziehen; dem SPD-Vorstand Ansatzpunkte im Rahmen seiner Integrationspolitik. Um so wichtiger ist es für uns, jetzt die Aktionseinheit mit ihnen, wie der Name sagt, im gemeinsamen Handeln zu entwickeln.

Seit der letzten MV ist auch der LHV im vds-Vorstand vertreten.

Wir haben dies als eine Notlösung angesehen, sondern weil wir meinen, daß der LHV eine nicht unbedeutende radikaldemokratische Strömung in der Studentenschaft artikuliert und sich auf dieser Basis um positive, eigenständige politische Ansätze bemüht. Natürlich trennen wir sehr viele politische und ideologische Positionen vom LHV.

Doch bestimmend für unser Verhältnis zum LHV ist die Tatsache, daß er die Ausbreitung systemkritischer Einstellungen in der Studentenschaft ausdrückt, so daß die Zusammenarbeit unserer beiden Organisationen zur Einbeziehung neuer, eigenständiger Strömungen in den antimonomopolistischen Kampf führen kann. Wir streben dabei eine Diskussion mit den Mitgliedern des LHV über Fragen der Kapitalismuskritik und der antikapitalistischen Strategie an, die sowohl der Klärung ideologischer Fragen als auch der Aktionseinheit innerhalb der Studentenbewegung förderlich sein kann.

Der Kern der Aktionseinheit der Studentenbewegung bleibt unsere gute Zusammenarbeit mit dem SMB. Wir bekräftigen hier noch einmal unsere diesbezügliche Aussage des Bundeskongresses, nicht weil das eine Pflichtübung wäre, sondern weil uns die Zusammenarbeit unserer Verbände nicht in den Schoß fällt und uns eingedenk des Charakters der Zusammenarbeit unserer beiden Verbände auch nicht in den Schoß fallen kann. Wir schätzen die grundsätzliche Entscheidung des SHB für die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten hoch ein. Der SHB ist die größte Studentenorganisation in der Bundesrepublik, die Sozialdemokraten organisiert. Aber wir dürfen den Druck nicht übersehen, der von der SPD-Führung gegenüber allen Teilen der Mitglieder- und Anhängerschaft der SPD ausgeübt wird, z.B. im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel oder mit der Lösung "Solidarität aller Sozialdemokraten" auf der Plattform der Schmidt-Genscher-Regierung. Unsere beiden Verbände dürfen deshalb in dem Bemühen um

Aktionseinheit nicht nachlassen, wir müssen Initiativen ergreifen, Aktionen vorher durchsprechen, politische und ideologische Probleme diskutieren. Wir können darauf verweisen, daß so, wie sich die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten in anderen Ländern "im Großen" bewährt, die Zusammenarbeit von SHB und SPATAKUS ausschlaggebend für die Stärkung des vds und die für die Weiterentwicklung der Studentenbewegung war und ist.

Kein Zweifel: Entsprechend dem objektiven Gang des Klassenkampfes, entsprechend dem wachsenden Erfordernis der Arbeiter- und Volkseinheit gegen Imperialismus und Reaktion nimmt das politische Gewicht derjenigen Sozialdemokraten, die für die Aktionseinheit mit Kommunisten eintreten, zu und nicht ab!

Neue Probleme in der Studentenbewegung

Wenn wir die neuen Momente in der Studentenbewegung betrachten, so stellen wir fest: Sie sind eng mit den wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in der Bundesrepublik überhaupt verknüpft, die in den Ereignissen um den Kanzlerwechsel besonders drastisch zu Tage getreten sind. Wenn wir erkennen, daß die herrschende Klasse gegenüber der Arbeiterklasse, aber auch gegenüber den Studenten versucht, für ihren Rechtskurs eine Massenbasis zu gewinnen, und wenn wir die über Hochschulfragen hinausreichenden gesamtgesellschaftlichen und gesamtpolitischen Ursachen dieses Vorgangs sehen, dann müssen wir dies auch in unserer Politik, in der Mobilisierung der Studenten für ihre Tagesforderungen berücksichtigen. Die Begründung von Weg und Ziel einer Aktion, ihrer Erfolgchancen, die immer mehr darüber entscheidet, ob die Studenten bereit sind, den Schritt vom Schnüffeln zum Kämpfen zu tun, muß die Stellung der Studenten in der all-gemeinpolitischen Entwicklung, die Stellung der Studenten als Teil des Volkes gegenüber der herrschenden Klasse einbeziehen. So mußte - um ein Beispiel zu nennen - die URG-Aktion am 30.5. stets auch begründet (!) werden als Antwort der Studenten auf die Regierungserklärung.

Die Aussage des 3. Bundeskongresses:

"Die Studenten müssen mitten hinein ins politische Leben unseres Landes", bleibt brennend aktuell.

Genossinnen und Genossen,

wir können für die gegenwärtige Situation folgende Schlußfolgerungen ziehen:

1. erhöht sich die Bedeutung des subjektiven Faktors, d.h. das ideologische, politische, psychische und moralische Bewußtsein der Menschen, Klassen, Parteien, sonstiger sozialer Gruppen, was sich in der praktischen Tätigkeit realisiert,
2. um die Möglichkeit breiter demokratischer Massenaktionen Wirklichkeit werden zu lassen, muß der subjektive Faktor positiv beeinflusst werden, durch diejenigen, die den Weg der gesellschaftlichen Entwicklung kennen. Bewußtheit, Organisiertheit und politische Reife der Studentenbewegung sind abhängig vom MSB SPARTAKUS, und aus der daraus erwachsenden Verantwortung kann und keine andere Studentenorganisation und kein ASTA entlasten.

Die Herrschenden wissen das durchaus: deshalb die ständigen Versuche, den MSB SPARTAKUS in der Studentenbewegung zu isolieren, um damit den Motor der Bewegung auszuschalten.

Die Situation ist klar, Genossen, damit die weiterhin vorhandene und in der Zukunft wachsende Unzufriedenheit von Studenten über ihr Studium und in vielen Fällen auch über die Gesellschaftspolitik in Aktion umschlägt, ist mehr denn je notwendig ^{zu handeln} ~~zu handeln~~ und mit welcher Parasktive die Studenten sich engagieren sollen, ist es mehr denn je notwendig, Sinn und Ziel von Aktivitäten zu begründen. Da wir uns nicht in der Phase eines spontanen anschwellenden Massenprotestes befinden, ist es um so entscheidender, daß sich der MSB SPARTAKUS den drängenden Problemen der Studenten annimmt und Initiativen entwickelt für das gemeinsame Handeln der Studenten und Arbeiter gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Systems. Der MSB SPARTAKUS muß es sich als Vortrupp und bewußtester Teil der Studentenbewegung zur ständigen Aufgabe machen, nicht nur den eigenen Mitgliedern, sondern möglichst vielen Studenten seine langfristige Strategie zu vermitteln.

Die Aufgabe vor der wir stehen, Genossen, lautet also in Theorie und Praxis die Studenten davon zu überzeugen, daß jetzt kein Zurückweichen oder auch nur zeitweiliges Stillhalten hilft, sondern nur das verstärkte Eintreten für die Interessen der lohnabhängigen Massen und der Studenten auch greifbarere Erfolge bringen wird. Schon im Brief des Sekretariats an die Gruppen haben wir deutlich gemacht: "Der Kerngedanke (des 3. BK) besteht darin, und da kühlen wir an den bisherigen Erfahrungen der Umsetzung des 2. Bundeskongresses an, den Studenten Mut zum kämpfen zu geben und Klarheit über den Weg ihres Kampfes zu schaffen durch Konzentration auf die brennendsten Probleme der Studenten und Orientierung auf gemeinsame Massenaktionen ..."

Genossinnen und Genossen,

neue Anforderungen werden an unseren Verband gestellt, denen wir nur gerecht werden können, wenn sich unser Verband als aktive, initiativ Kraft erweist, wenn sich unsere Organisation durch Einigkeit und Geschlossenheit auszeichnet.

Zur Erhöhung der Schlagkraft unseres Verbandes ist es unbedingt notwendig, alle Genossen in die Erarbeitung und Umsetzung unserer Politik einzubeziehen. Das erfordert insbesondere von den Leitungen, daß sie die Initiative aller Genossen wecken und sie entsprechend ihren Fähigkeiten und - soweit wie möglich - entsprechend ihren Neigungen einsetzen. Bereits im Referat zur Vorbereitung der letzten Jahreshauptversammlungen haben wir darauf hingewiesen, daß "die Schere zwischen den objektiven Möglichkeiten unserer Kraft zu schließen", d.h., daß jeder Genosse einzeln angesprochen werden muß, daß persönliche Arbeitspläne und feste Aufgabenteilung die Grundlage für die Einbeziehung aller Genossen sind.

Eine besondere Verantwortung kommt unseren Älteren, erfahrenen Genossen zu, die oft im Examen stehen, und die Arbeit der Gruppen aus einer gewissen Distanz verfolgen. Aber gerade die Erfahrungen dieser Genossen sind wertvoll, wir sollten sie nicht ungenutzt lassen. Die Leitungen sind deshalb dafür verantwortlich, daß die Genossen, die durch die Examenvorbereitung belastet sind, durch abgestimmte persönliche Pläne in die Arbeit der Gruppe weiterhin integriert bleiben.

Genossen, Lenin hat einmal formuliert: "Ohne Diskussionen, Dispute und Meinungsstreite ist keine Bewegung, auch keine Arbeiterbewegung möglich." Wir möchten hinzufügen: Erst recht keine Studentenbewegung. Diese offenen, intensiven politischen Diskussionen über die unmittelbare Tätigkeit und die Perspektiven der fortschrittlichen Bewegung müssen von uns ausgehen. Das setzt voraus, daß möglichst alle Genossen an der schöpferischen Ausarbeitung unserer Politik beteiligt werden. Nur so auch gewährleisten wir, daß unsere Genossen immer und überall unsere Politik

vertreten können, daß der Kampf für die konkreten politischen Ziele erfolgreich und geschlossen geführt werden kann.

Um möglichst viele Genossen zur offensiven Vertretung unserer Verbandspolitik zu befähigen, muß das politisch-ideologische Niveau unserer Arbeit rasch angehoben werden. Das heißt auch gründliche Diskussion auf der Mitgliederversammlung, in den Sektionen über die entscheidenden Fragen der "großen Politik" und über die Begründungen und Ziele unserer hochschulpolitischen Aktivitäten. D.h. auch sorgfältige Durchführung der Bildungsarbeit, wobei darauf geachtet werden muß, daß auch hier möglichst alle Genossen in der einen oder anderen Form teilnehmen. Ausgangspunkt ist stets die Diskussion der Verbandsdokumente.

Genossinnen und Genossen,

es gilt die gemeinsam beschlossene Politik unseres Verbandes gemeinsam durchzusetzen. Die Verwirklichung der Orientierung des 3. Bundeskongresses, der die Grundlage für die Beschlüsse des Bundesvorstandes und seines Sekretariats bildet, ist der Garant für erfolgreiches Handeln. Die Aufgaben, vor denen wir stehen, Genossen, müssen mit Entschlußkraft und Mut bewältigt werden. Daß wir diese Aufgaben meistern, und wir haben keinen Zweifel, daß wir sie erfüllen werden, setzt voraus, daß vor allem die Leitungen mit organisationspolitischer Gründlichkeit ans Werk gehen. Das heißt zu allererst, die Dokumente unseres Verbandes vor allem des 2. und 3. Bundeskongresses und das Protokollbuch "Unsere Politik", Konzentrat des Erfahrungsschatzes unseres Verbandes bis zum 3. Bundeskongress, zu studieren, alle Hinweise des 3. Bundeskongresses für die Weiterentwicklung unserer revolutionären Massenarbeit zu beachten. Deshalb ist es nicht richtig, wenn nicht in allen Gruppen der 3. Bundeskongress groß systematisch ausgewertet wurde. Das führt nur zur Verlängerung alter bekannter Schwierigkeiten, mit deren Lösung wir schon längst hätten beginnen können. Wir wollen eine besonders auffällige Schwäche herausgreifen: Die Anleitung der Sektionen. Wenn heute immer noch Sektionen in der Enge ihres Fachs herumkriechen, so ist das unverstehend und unverantwortlich. Denn nicht umsonst haben wir im Referat des 3. Bundeskongresses darauf hingewiesen, daß es die Aufgabe der Vorstände ist, sich intensiv um die Probleme unserer Sektionen zu kümmern und für die Sektionen konkrete Maßnahmenpläne zu entwickeln. Die Vorstände haben auch dafür zu sorgen, daß sich die Sektionen nicht nur mit ihren fachspezifischen Problemen beschäftigen, daß sie ihre unmittelbare Massenarbeit von den grundlegenden Prinzipien unserer Verbandspolitik her entwickeln.

Ein weiteres Beispiel dafür, daß zentrale Beschlüsse nicht überall durchgesetzt und dann negative Resultate erzielt wurden, ist die Arbeit mit den roten Blättern. Ohne Zweifel sind wir bei der inhaltlichen und äußeren Gestaltung der roten Blätter auf dem richtigen Weg. Das bestätigt die Resonanz nicht nur unserer Genossen auf die ersten beiden Nummern, die seit dem 3. Bundeskongress erschienen sind. Gerade daher werden die roten Blätter ein entscheidender Hebel unserer Massenverankerung. Um die Verkaufsziffern der roten Blätter in die Höhe zu treiben, hatten wir allen Gruppen vorgeschlagen, in dem Referat des 3. Bundeskongresses, einen gezielten und offensiven Verkauf der roten Blätter in Form eines roten Blätter-Verkaufstages durchzuführen. Inzwischen konnten eine Reihe von Gruppen äußerst positive Erfahrungen bei der Steigerung der Verkaufszahlen damit machen. Doch eine große Zahl von Gruppen hat sich bisher nicht entschlossen, diese Form des RB-Verkaufs zu entwickeln und auszubauen. In diesen Gruppen müssen endlich die richtigen Schlüsse gezogen werden, damit die roten Blätter ihre Funktion erfüllen können. Um den Inhalt der roten Blätter noch mannigfaltiger und konkreter zu machen, ist die Intensivierung der Korrespondenz aller Gruppen mit den roten Blättern unverzichtbar. Um den Leserkreis der roten Blätter auszuweiten, aber vor allem um einen festen Leserstamm, der kontinuierlich mit unserer Politik vertraut gemacht wird, zu gewinnen, können die roten Blätter mit der ersten Ausgabe im WS 74/75 mit der Nummer 20 massenhaft abonniert werden. Voraussetzung dafür ist, daß jeder Genosse die roten Blätter selbst abonniert. Jeder Genosse ist zur aktiven Abonnentenwerbung, mindestens aber zur Gewinnung eines RB-Abonnenten aufgerufen. Auf dem 3. Bundeskongress konnten wir bereits eine positive Bilanz über die Entwicklung unseres theoretischen Organs, von facit, ziehen. Um noch mehr Genossen in die Diskussion und Erarbeitung unserer Verbandspolitik einzubeziehen, facit auch bei den Studenten als Diskussionsforum der Studentenbewegung zu verankern, haben wir mit der letzten Nummer das facit-Forum eröffnet und fordern noch mehr Genossen auf, sich aktiv an der Gestaltung unseres theoretischen Organs zu beteiligen. Jeder Genosse sollte facit lesen und dazu beitragen, den festen Leserstamm durch Abonniertung und Gewinnung von Abonnenten zu erweitern.

Genossinnen und Genossen,

die Stärkung des MSB SPARTAKUS muß sich in wachsenden Mitgliederzahlen, in seinem wachsenden Einfluß in den studentischen Massenbewegungen, in wachsenden Stimmenzahlen bei Studentenparlamentswahlen ausdrücken. Und, Genossen, in den Aussagen des 3. Bundeskongresses werden nicht nur allgemein die Bedeutung einer ständigen Mitgliederwerbung hervorgehoben, sondern auch konkrete Maßnahmen, wie die Gewinnung neuer Mitglieder organi-

siert werden muß, vorgeschlagen. Daraus muß in allen Gruppen ohne Ausnahme die Konsequenz gezogen werden. Wir können auch feststellen, daß immer noch nicht restlos begriffen wurde, welche Bedeutung bei Studentenparlamentarismen eine Argumentation von uns zukommt, warum die Studenten ausgerechnet den MSB SPARTAKUS wählen sollen. Dazu plausible Argumentationen zu entwickeln ist die Aufgabe aller Gruppen.

Revolutionäre Tagespolitik, Genossen, d.h. die Studenten in den Kampf für unmittelbare Verbesserung ihrer Lage zu führen, sich dabei als konsequente Interessenvertreter profilieren und in diesen Bewegungen die Studenten von der Notwendigkeit weitergehender grundlagender Veränderungen zu überzeugen. Dabei gilt es die konkreten greifbaren Mißstände an den Fachbereichen, in den Wohnheimen zu erkennen und uns zum Sprachrohr des Unmuts der Studenten zu machen. Im Referat zu den Regionalberatungen haben wir schon eine Vielzahl von Ansatzpunkten genannt: Von dem Kampf gegen Miet- oder Mispapierpreiserhöhungen über die Beseitigung der Gebühren für bestimmte Lehrmittel bis hin zu Vorschlägen zur Abmilderung des Examenstrucks. Doch gerade in dieser Beziehung können wir viel von der Arbeiterjugend und ihrer marxistischen Organisation der SDAJ lernen, konkrete Beispiele enthält der Report über die Tätigkeit einer SDAJ-Gruppe in rote blätter 18. Gerade bei den genannten Problemen sind doch oftmals sehr schnell Erfolge, bzw. Teilerfolge durchzusetzen. Gerade dieser Eindruck, daß man etwas erreichen kann, ist für die Weiterentwicklung der Studentenbewegung unabdingbar.

Revolutionäre Tagespolitik heißt für Sofortforderungen zu kämpfen, für die Aufgaben einzutreten, die dringend gelöst werden müssen, für die Aufgaben, die durch die Entwicklung der Klassenwidersprüche und des Klassenkampfes auf die Tagesordnung gesetzt worden sind.

Wir führen den Kampf gegen die krassensten, spürbarsten Auswirkungen des kapitalistischen Systems, mit Forderungen, die auf unmittelbare Erleichterungen für die Massen orientieren, die die Macht der Monopole schwächen und damit letztlich an die Machtfrage heranzuführen sollen.

Es ist jetzt vorrangig für solche Forderungen zu kämpfen, wie sie auch die HKP auf ihrer 3. PV-Tagung und der MSB SPARTAKUS auf dem 3. Bundeskongress entwickelt haben.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen ist eine Änderung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des Monopolkapitals erforderlich. Der Erfolg von Massenkämpfen mißt sich nicht nur an der unmittelbaren Durchsetzung unserer Kampfforderungen, sondern gerade auch an den politischen Erfolgen: Der Vereinigung der Kräfte, der Entwicklung einer breiten Bündnisfront, den Erfahrungen, die die Betroffenen mit ihrem Gegner machen, der klareren Erkenntnis der bestehenden Machtverhältnisse - all das sind Ergebnisse, die die Bedingungen für die Realisierung der Forderungen schaffen.

Eine wichtige Frage ist und bleibt es für die Mobilisierung der Studenten, darlegen zu können, warum wir ausgerechnet auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse orientieren. Dazu muß ständig und ausführlich argumentiert werden, anhand von Beispielen in der internationalen Entwicklung, anhand der Entwicklungsprozesse in den Gewerkschaften, in der Arbeiterjugend, in der BRD. Wenn wir deutlich machen können, daß die Arbeiterklasse ein entscheidendes Gewicht in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen spielt, und potentielle revolutionäre Kraft ist, schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung für eine wirklich stabile Bewegung an den Hochschulen.

Genossinnen und Genossen, vor allem der Sternmarsch, der HRG-Aktionstag am 30.5. und viele Bewegungen gegen Studienreglementierung und die Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten zeigen uns: Massenaktionen sind möglich. Doch klar ist auch: Es bedarf der gründlichen Vorbereitung solcher Aktionen, einer ausführlichen Argumentation, warum, unter welchen Lösungen, mit welcher Perspektive Aktivitäten entfaltet werden sollen. Massenaktionen sind möglich, wenn nicht abstrakte Aufklärung und Propaganda unser Herangehen an die Politik bestimmen, sondern das Ziel, einen erfolgreichen politischen Kampf zu organisieren. Dabei gilt unser Prinzip, daß wir Politik nicht über die Äuße der Studenten hinweg machen, sondern die studentischen Massen einbeziehen, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen geht.

Von der Berücksichtigung der Grundgedanken des 3. Bundeskongresses hängt auch der Erfolg des HRG-Aktionstages ab. Mit der Orientierung auf Massenaktionen lösten wir den Beschluß des 3. Bundeskongresses ein, den Kampf gegen das HRG zu einem Schwerpunkt unserer Sommersemesterarbeit zu machen.

Der HRG-Aktionstag war nötig,

- weil die Studenten ihre Antwort auf die Regierungserklärung und die drohende Verabschiedung des HRG deutlich machen mußten,
- weil es augenwärtig besonders darauf ankommt, für die eigenen Interessen gegen die Hochschulreformierung und den Abbau demokratischer Rechte aktiv zu werden.

Die Bedeutung dieser Aktion sehen wir darin, daß über 20.000 Studenten den einzig richtigen Weg zur Verbesserung ihrer Lage beschritten haben und sich nicht durch den verabschiedeten Druck der herrschenden Klasse und die Abwiegungsversuche rechter und ultralinker Studentengruppen irremachen ließen. So hat die Taktik der herrschenden Klasse, Mutlosigkeit und Angst unter den Studenten zu verbreiten sich dahingehend ausgewirkt, daß die verschiedenen politischen Studentengruppen um uns herum bis zum Teil nicht an uns heran die Enthaltsamkeit vom Kampf predigten. Auch einige Jugend-Hochschulgruppen haben - leider - Durchführung der vds-Aktion zu boykottieren versucht. Die Rechten und die Maoisten haben unverhüllt wie selten zuvor zum Boykott des Aktionstages aufgerufen.

Der Aktionstag war ein erster wichtiger Erfolg des im vds geschlossenen Bündnisses. Viele Gruppen machten bedeutende Fortschritte im eigenständigen, mutigen Auftreten. Einzelne Tendenzen des Zögerns oder Zurückweichens unserer Genossen waren im Grunde ein passiver Reflex auf die Taktik der herrschenden Klasse und deckten Mängel in unserer Arbeit auf. Das zeigt der Vergleich der Aktionen in den einzelnen Ländern. Die besonders positiven Ergebnisse in NRW und Niedersachsen beweisen, welche Möglichkeiten der Massenmobilisierung bestehen. Wir sind der Auffassung, daß die Probleme, die in der Vorbereitung des 30. Mai aufgetreten sind, vor allem in der ungenügenden Aneignung des 3. Bundeskongresses begründet liegen. So heißt es im Referat des Kongresses: "Wir müssen konkret den Nachweis führen, in welcher Weise die Studenten durch die Hochschulgesetze und das HRG betroffen sind ... Wir müssen Teilbewegungen ... ausnutzen, um Studenten an die gesamte Bewegung gegen das Hochschulrahmengesetz heranzuführen."

Wo diese Aufgaben nicht gelöst wurden, waren die Erfolge nur mäßig. Trotz der sichtbar gewordenen Schwächen, sehen wir in dem vds-Aktionstag eine gute Ausgangsbasis für weitere Massenaktivitäten gegen das reaktionäre HRG in diesem Semester wie in den darauf folgenden Semestern.

Unsere nächsten Aufgaben

Mit dem zentralen Aktionstag des vds haben viele Studenten den Kampf aufgenommen für unsere Sofortforderungen an ein Hochschulrahmengesetz. Es sind dies die zentralen Forderungen, die entscheidende Voraussetzungen für eine demokratische Reform beinhalten, wie das Recht der Studenten zur organisierten Interessenvertretung, zur freien politischen Betätigung; Forderungen, die bessere Bedingungen für inhaltliche Veränderungen schaffen, wie die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen und die Stärkung der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen; Forderungen die zugleich Bestandteil einer demokratischen Hochschule sind. Wir haben die Aufgaben in den Sofortforderungen genannt, die zu allererst gelöst werden müssen, wenn ein weitergehender Kampf überhaupt möglich sein soll.

Für die Verwirklichung unserer Tagesforderungen, erst recht für die Realisierung unserer Vorstellung über ein demokratisches Hochschulrahmengesetz ist ein beharrliches Ringen notwendig. Durch die Entwicklung und Verbreitung des studentischen Massenkampfes an der Seite der Arbeiterklassen werden trotz der Formierungspolitik des Großkapitals Erfolge möglich sein.

Gegenüber allen opportunistischen Versuchen "das HRG zu unterlaufen", gilt: Der Kampf für die Sofortforderungen steht - auch wenn das HRG verabschiedet werden sollte - weiter auf der Tagesordnung. Wir werden daher in jeder Einzelbewegung an den Fachbereichen, an den Hochschulen die Studenten von der Notwendigkeit des Eintretens für die Sofortforderungen zu überzeugen versuchen. Uns geht es um eine materielle Sicherung der demokratischen Rechte der Studenten und um eine Demokratisierung der Ausbildung. Um dies zu erreichen, muß die Studentenbewegung vor allem folgendes beachten:

1. Ziele, Inhalte und Aktionsformen der studentischen Politik müssen darauf ausgerichtet sind, die gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterklasse deutlich und dadurch die Sympathie und Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen.
2. Das kontinuierliche Engagement für Veränderungen in den Fachbereichen, in den Instituten und Seminaren und breite Massenaktionen schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Es geht ja bei Massenaktionen nicht nur um die Demonstration unserer Forderungen vor einer breiten Öffentlichkeit. Die Erfahrung zeigt, daß darüber hinaus solche Aktivitäten eine gute Möglichkeit sind, um Studenten in den kontinuierlichen, organisierten Kampf im Fachbereich und an der Uni einzubeziehen. Der Versuch, gewissermaßen an der Basis durch Massendruck die praktische Durchsetzung des HRG abzublocken muß ergänzt werden durch das ständige Eintreten für gesetzliche Veränderungen, denn Kräfteverschiebungen an den Hochschulen müssen schließlich auch in institutionellen Veränderungen münden.

Genossinnen und Genossen,

wir bekräftigen die Aussage des 3. Bundeskongresses, daß ein Kampfschnitt mit wachsendem Gewicht die Auseinandersetzung um die Studieninhalte und Ausbildungsziele darstellen wird. Man braucht sich nur vorzustellen, daß die Regelstudienzeit ja jetzt an allen Hochschulen durchgesetzt werden soll durch neue Studien- und Prüfungsordnungen. Bis 1976 sollen die zentralen Studienreformkommissionen für alle Ausbildungsgänge neue Studienordnungen vorgelegt haben. Deshalb wächst ohne Zweifel die Bedeutung des Kampfes gegen diese Studienreglementierung und für unsere im Studentenaktionsprogramm formulierten demokratischen Ausbildungsziele. Dabei ist zu beachten, daß diese Auseinandersetzung immer in Verbindung mit Fragen der verfaßten Studentenschaft, der Mitbestimmungsrechte der Studenten und dem Ordnungsrecht gesehen werden müssen.

Um uns für diese Konfrontation in der Studienreform zu rüsten, ist es unbedingt notwendig, daß alle Gruppe verstärkt mit dem Studentenaktionsprogramm arbeiten und die Aussage des 3. Bundeskongresses zum Kampf für eine demokratische Ausbildung zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen. Nur wenn wir die noch weit verbreitete Handwerkerin in den Fachbereichen eliminieren können, wird es auch möglich sein, in der Auseinandersetzung um die Studienreform erfolgreich zu bestehen.

Genossen, die uns noch verbleibende Zeit im Sommersemester muß genutzt werden, um möglichst vielen Studenten zu verdeutlichen: Daß ein Burgfrieden mit den herrschenden Kräften nur Nachteile bringt und der Kampf für die Sofortforderungen des vds auf jeden Fall weitergeführt werden muß.

Genossinnen und Genossen,

die Sternmarschbewegung des Wintersemesters hat ihre Spuren bei den Studenten hinterlassen.

In diesem Semester ist in größerem Umfang als je zuvor der Kampf gegen soziale Verschlechterungen aufgenommen worden. Mietstreiks und Gebührenverweigerungen waren an vielen Hochschulen ein zentrales Thema. Andererseits wurden die vielen Erfahrungen, die die Studenten in der Sternmarschbewegung sammeln konnten, nicht genügend für die Weiterentwicklung des Sozialkampfes genutzt. Eine offensive Auswertung des Sternmarsches mit den Studenten wurde nicht überall durchgeführt. Und dies, obwohl es für die Studententbewegung äußerst wichtig ist, auf jedem politischen und materiellen Erfolg aufzubauen. Dadurch wurde nicht dazu beigetragen, Unklarheiten und Unsicherheit der Studenten über das Ergebnis ihres Kampfes zu beseitigen. Doch vor der ideologischen Überzeugungsarbeit können wir uns nicht drücken. Sie muß in jeder Aktion geleistet werden.

Der Sozialkampf wird weitergehen, denn der Angriff des großkapitalistischen Staates auf unsere Taschen wird verstärkt fortgesetzt. Weitere soziale Verschlechterungen stehen bevor: In vielen Fällen stehen Mieterhöhungen oder Mensapreiserhöhungen, die Anhebung der Sozialgebühren an. In NRW z.B. sollen die Mittel für Kindergärten und Kinderkrippen völlig gekürzt werden. Die einzige Aussage in der Regierungserklärung zur Ausbildungsförderung war die Ankündigung, die Ausbildungsförderung teilweise auf Darlehen umzustellen.

Was zeigt uns die geplante BAFöG-Novellierung mit der Darlehensregelung? Sie beweist, daß der Finanzierungsspielraum des Staates durch den Zwang, die Profite des Großkapitals zu stützen und die Aufrüstung im Interesse der Rüstungskonzerne zu betreiben, eingeengt ist. Die wachsende sozialpolitische Labilität des Imperialismus, der daraus resultierende Zwang für den Staat der Monopole, die Verwertungsbedingungen des Großkapitals sicherzustellen, führt dazu, daß die Kosten für Bildung, Gesundheit und Soziales immer stärkeren finanziellen Restriktionen unterliegen. Die Verschärfung der kapitalistischen Krise soll also auf dem Rücken der lohnabhängigen Massen, der Studenten ausgetragen werden.

Das bestätigt voll und ganz unsere Einschätzung: Die Anhebung der Ausbildungsförderung war kein Geschenk der Bundesregierung, sondern Ergebnis des massenhaften Kampfes der Studenten! Gleichzeitig ist deutlich geworden, daß die Herrschenden immer bestrebt sind, Zugeständnisse, die ihnen abgerungen werden konnten, wieder zurückzunehmen!

Für uns muß diese Einschätzung folgende Konsequenz haben:

1. Die Studenten dürfen nicht auf Maßnahmen von oben warten, Verbesserungen müssen sie sich selbst erkämpfen.
2. Muß jedes Zugeständnis der herrschenden Klasse, aber auch das kleinste Zugeständnis genutzt werden, um Erfolge bzw. Teilerfolge auszubauen.
3. Ist ein zäher kontinuierlicher Kampf für die Durchsetzung der sozialen Interessen der Studenten nötig. Das setzt voraus, daß der Gedanke einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung an den Hochschulen wirklich verankert wird. Die in dem Referat zu den Regionalberatungen gemachten Aussagen zu diesem Thema müssen endlich in die Praxis umgesetzt werden.

Genossinnen und Genossen,

eine sehr wichtige Aufgabe ist es jetzt, die drohenden sozialen Verschlechterungen abzuwehren. Mieterhöhungen, Sozialgebührensteigerungen und die Umstellung von BAFöG auf Darlehen müssen verhindert werden. Hierbei gilt es konsequent auf die Erringung von Erfolgen zu orientieren. In diesen Bewegungen muß der MSB SPARTAKUS eine initiativ Rolle spielen, sich als vorwärtswiegender organisierender, bewußtseinsbildender Faktor erweisen. Es gilt die lokale Borniertheit vieler sozialpolitischer Bewegungen zu überwinden. Nur durch rechtzeitig e Information des MSB SPARTAKUS-Bundesvorstandes, des vds über soziale Verschlechterungen und die Entwicklung des studentischen Widerstandes wird es möglich sein, eine überregionale Solidarisierung herbeizuführen und die Erfahrungen einzelner Bewegungen für die Gesamtbewegung nutzbar zu machen.

Im Kampf gegen die BAFöG-Novellierung gilt es vor allem herauszuarbeiten, daß die Darlehensregelung nur weiter dazu beiträgt, möglichst viele Arbeiterkinder von den Hochschulen entfernt zu halten, um das bürgerliche Bildungsprivileg zu zementieren. Die Umstellung auf Darlehen ist in Verbindung zu diskutieren mit dem drohenden totalen Numerus clausus für 1978. Daran ist aufzuzeigen, daß sich der kapitalistische Bildungsnotstand ausschließlich gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung richtet, die weiterhin auf eine optimale Versorgung mit Lehrern und Ärzten wartet und deren Kindern die Möglichkeit zum Studium immer noch verbaut bleibt. Durch diese Argumentation wird auch dazu beigetragen, die Kämpfe der Studenten zum Protest gegen die kapitalistische Bildungsmisere überhaupt auszuweiten. Es versteht, daß der Sozialkampf auch weiterhin als Kampf für Sofortmaßnahmen gegen die Inflation geführt werden muß.

Es gilt noch in diesem Semester Anstrengungen zu unternehmen, um die betroffenen Kommissionen zu organisieren und öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie sit-ins vor Ministerien etc., durchzuführen. Gleichzeitig müssen wir uns damit vorbereiten auf Aktionen für die Anhebung des BAFöG auf 600,- DM, wie es der DGB gefordert hat und auf Bewegungen gegen den Numerus clausus zu Beginn des Wintersemesters gemeinsam mit Schülern und der Arbeiterjugend.

Genossinnen und Genossen, der Kampf gegen die Berufsverbote, für die Verteidigung der demokratischen Rechte ist nötiger denn je. Die reaktionären rüfte verschärften die verfassungswidrige Berufsverbotepraxis. Mit den Disziplinarmaßnahmen gegen unseren Genossen Holzer werden die Berufsverbote weiter eskaliert. Der Regierungserklärung von Helmut Schmidt ist zu entnehmen, daß die Verabschiedung eines Sondergesetzes gegen Demokraten weiterhin auf der Tagesordnung steht.

Aber auch der Widerstand gegen den Verfassungsbruch entwickelt sich. So haben die jüngsten Aktionen der Initiative "Weg mit den Berufsverboten" gezeigt, daß es gelungen ist, das Bündnis gegen die Diskriminierung von Kommunisten und anderen Demokraten zu festigen, trotz des zunehmenden Drucks gerade der rechtssozialdemokratischen Führung; daß es gelungen ist, die internationale Solidarität mit dem vom Berufsverbot Betroffenen zu stärken.

Überall wurde das Datum "25. Jahre Grundgesetz" zum Anlaß genommen, um deutlich zu machen, wer seit 25 Jahren systematisch das Grundgesetz bricht, wer die wahren Verfassungsfeinde sind. Dadurch wurde ein wichtiger Beitrag geleistet, um die Fronten in der politischen Auseinandersetzung zu klären, um zu zeigen, wer Demokrat ist und wer nicht.

Daß die Aktivitäten der demokratischen Bewegung erste Ergebnisse gebrbracht haben, zeigen nicht nur einige erzwungene Einstellungen von Genossen, sondern auch das Gerichtsurteil in Bremen, das ausdrücklich hervorhebt, daß es das Recht von Lehrern und Beamten ist, sich gegen solche Maßnahmen wie die Berufsverbote auszusprechen.

Es wird weiterhin die Aufgabe des MSB SPARTAKUS sein, alle Maßnahmen und Aktionsvorschläge der Initiative "Weg mit den Berufsverboten" zu unterstützen.

Es gilt jetzt nicht nachzulassen in unserer Verfassungskampagne. Wir müssen weiter dazu beitragen, daß die Verfassungsdebatte auch in Zukunft im Volk geführt und die reaktionären Verfassungsfeindlichen Kräfte angeprangert werden.

Weiterhin darf nicht nachgelassen werden in dem Bemühen, die Solidarität mit den Betroffenen systematisch zu entwickeln. Gegen wen sich die Berufsverbote potentiell richten, kann gerade anhand der jüngsten Urteilsbegründungen bzw. Schreiben der verantwortlichen Ministerien nachgewiesen werden. Mit diesen Dokumenten des offenen Verfassungsbruchs müssen wir immer und überall arbeiten. Es kann hier auf den Nachweis erbracht werden, daß es den Herrschenden bei ihrem heuchlerischen Eintreten für die Verfassung einzig und allein um die Sicherung der großkapitalistischen Herrschaftsordnung geht. Die Mitarbeit der einzelnen SPARTAKUS-Gruppen in den lokalen Bürgerinitiativen muß verstärkt werden, wobei wir von uns aus Vorstellungen entwickeln sollten, welche praktischen Maßnahmen diese Bürgerinitiativen zur Verstärkung und Verbreitung des Widerstandes ergreifen sollen.

Schließlich gilt es dem rechten Denunzianten-Pack von BNP und NCDS, allen Polizeispitzeln und Faschistenkollaborateuren offensiv entgegenzutreten und sie an den Hochschulen wieder stärker in die Isolation zu treiben.

Liebe Genossinnen und Genossen,
die letzten Wochen dieses Semesters müssen noch für vielfältige Aktionen genutzt werden. Örtliche Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Verabschiedung des BNP, die für den 1. Juli geplant ist; Unterschriftensammlungen, Beach-ins und andere Aktivitäten gegen die BAPÖG-Darlehensregelung; Bekämpfung der verfassungsfeindlichen Praxis der Berufsvorbehalte; und vor allem: Veranstaltungen, Sammlungen und viele anderen Initiativen im Rahmen des Monats der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk. So entsprechen wir den Anforderungen, die die politische Lage an uns stellt.

Vorwärts zu neuen Erfolgen, auf dem Weg des 3. Bundeskongresses!

Beschluß des Bundesvorstandes zur Abonnierung der roten Blätter

In einem Beschluß zur Abonnierung der roten Blätter forderte der Bundesvorstand alle Mitglieder des Verbandes auf, aktiv für Abonnenten für die roten Blätter zu werben. Dazu heißt es in dem Beschluß u. a.:

"Um diese Möglichkeiten der Abonnentenwerbung voll zu nutzen, ruft der Bundesvorstand jedes Mitglied unseres Verbandes zu aktivster Abonnentenwerbung unter unseren Kommilitonen auf.

Der Bundesvorstand ruft jeden Genossen auf, mindestens einen Kommilitonen als Abonnenten der roten Blätter zu gewinnen:

Den unorganisierten Kommilitonen im Fachschaftsrat, den Nachbarn in Seminar und Vorlesung, den Flurnachbarn im Wohnheim, den Mitarbeiter in der Examenzgruppe, den Thekenachbarn in der Studentenkneipe. Diese Aufgabe kann jeder Genosse erfüllen, in welchem Bereich er auch aktiv ist."

In diesem Zusammenhang forderte der Bundesvorstand alle Mitglieder des Verbandes auf, bis zum Umtausch der Mitgliedsbücher zu Beginn des Wintersemesters 1974/75 selbst die roten Blätter zu abonnieren.

Zugleich beschloß er die Einbeziehung der Abonnentenwerbung, in den im Sommersemester laufenden Verkaufswettbewerb.

Bundesvorstand beschließt Großverkaufsfaktion für rote Blätter 19

Zur Steigerung des Freiverkaufes und der Abonnentenwerbung für die roten Blätter beschloß der Bundesvorstand die Durchführung einer dreitägigen Großverkaufsfaktion durch alle Gruppen des Verbandes bis zum 30. Juni 1974. Er forderte alle Gruppen auf, sich konkrete Ziele für die Steigerung des Freiverkaufes zu setzen und für die Abonnentenwerbung auf der Grundlage des Beschlusses über die Abonnierung der roten Blätter. In diesem Beschluß heißt es weiter:

"Jede Gruppe muß für die dreitägige Verkaufsfaktion sichern, daß möglichst viele Mitglieder des Verbandes, daß darüberhinaus auch Sympathisanten und unorganisierte Kommilitonen aktiv beteiligt werden...

An der dreitägigen Verkaufsfaktion beteiligen sich aktiv sämtliche Mitglieder des Bundesvorstandes...

Mit dieser Großverkaufsfaktion leisten wir zugleich einen Beitrag, um neue Studenten mit der Politik des MSD (SPARTAKUS) bekannt zu machen und für unsere Arbeit zu interessieren."